

In diesem Heft

Editorial 627

Essay

ILJA SEIFERT

Ein Quentchen Unperfektheit? 629

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

BIRGIT ROMMELSPACHER

PDS und feministische Politik – ein Widerspruch? 641

HANS-GERT GRÄBE

Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt 651

HORST GROSCHOPP

Ende der Weltanschauungspartei? 661

MICHAEL WOLF

Von der ›Konzertierten Aktion‹ zum ›Bündnis für Arbeit‹ 669

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE

Der »letzte Mensch« in einem Totalitarismus
ohne Alternative? Zu George Orwells »1984« 681

Konferenzen & Veranstaltungen

KLAUS STEINITZ

Chancen für ein soziales und demokratisches E uropa 693

ARNDT HOPFMANN

Nachdenken über Auswege aus der Sanierungsfalle 698

JENS BECKER, HARALD JENTSCH

Parteikommunismus in der Weimarer Republik 701

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 704

Bücher & Zeitschriften

Birger P. Priddat: Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht (ULRICH BUSCH)	706
Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955 (STEFAN BOLLINGER)	708
Michael Ploetz: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor (HARALD LANGE)	710
Hans Schafranek unter Mitarbeit von Natalja Mussienko: Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil (ULLA PLENER)	711
Gerhard Kaiser: Rußlandfahrer. Facharbeiter aus dem Thüringer Wald in der UdSSR (JÖRN SCHÜTRUMPF)	713
Harald Werner (Hrsg.): Zwischen Staat und Markt. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive (HORST DIETZEL)	713
Jonathan Strom: Orthodoxy and Reform: The Clergy in Seventeenth Century (JENS LANGER)	717
Summeries	718
Rosa-Luxemburg-Stiftung	
Vorankündigung: Konferenz »Gerechtigkeit oder Barbarei«	720
SIGRID PFEIFFER Was bleibt von Marx? Studienreise vom 11. bis 13. Mai 2000	723
ANNA LEHMANN Leerer Magen studiert nicht gern	727
STEPHAN GRIGAT Marx-Seminar in Frankfurt am Main	729
IRENE RUNGE Zeitgeschichte als politische Bildung	733
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	736

Editorial

Der gewöhnliche »shareholder-Kapitalismus« gebiert nahezu täglich neue Paradoxien. Erst können die mit regierungsoffizieller Billigung und Beihilfe über Megafusionen zusammengenagelten »Welt«-Konzerne gar nicht groß genug sein und dann droht auf einmal der Untergang des Autolandes, wenn besagte »global player« ihrem eigentlichen Zweck – der Gewinnmaximierung – nachgehen und die Geldbeutel via Tankstelle ungeniert anzapfen. Und dort, wo mit dem Kartellrecht gegen die (plötzlich) allzu großen Großkonzerne vorgegangen werden soll, zeigt sich zum Beispiel: Selbst »Kleinstweich« bleibt hart und ist selbst mit Hilfe höchststrichterlicher Anordnungen kaum kleinzukriegen.

Wenn es um eine vernunftgemäße Regulation von Geld- und Marktwirtschaften geht, sind die Regierungen in aller Regel selbst Partei. Nicht, daß sie von einem einzigen »global player« ausgehalten würden – das passiert höchstens in der Dritten Welt, wo Regierungen weitaus »billiger« sind –, nein, die Regierenden selbst denken in den Grenzen des Systems. Und aus dieser Weltsicht ist das »Gekonnte das Gesollte«. Denn gegen die Logik, daß nur der kommerzielle Verwertungstrieb Innovationen und dazu auch noch Vernünftiges hervorzubringen vermag, ist seit Adam Smith offensichtlich kein Kraut gewachsen. Damit wird »das Gekonnte« nicht nur das »Gesollte, sondern auch das Gesollte das Unvermeidliche« (Günther Anders) – nur vermittelt über Geldbeziehungen und (ihre höchste Form) »Profitinteressen« könnten die Menschheitsprobleme gelöst werden, und wenn sich dann trotzdem erweist, daß Milliarden Menschen von dieser Art Zukunftslösung ausgeschlossen sein sollten, dann ist dies eben unvermeidlich.

Daß es auch ganz anders zu gehen im Begriff ist, darüber weiß Hans-Gert Gräbe in diesem Heft bemerkenswertes am Beispiel des open source projects LINUX zu berichten. Mit dem Computerbetriebssystem LINUX und der dazugehörigen Anwendersoftware wird unter freiwilliger Beteiligung von Tausenden Computerexperten weltweit seit einigen Jahren der Beweis erbracht, daß gegen »Kleinstweich« (alias Microsoft) ein ganz anderes als bloß ein juristisches Kraut gewachsen ist. Das vermeintlich allgewaltige Motto der Business-Lobby »kost nix, taugt nix« ist in diesem Geschäftsbereich längst ad absurdum geführt. Die freiwillige und interessen geleitete Zusammenarbeit von Software-Experten hat längst zu einem billigen und ausgesprochen funktionalen Produkt geführt, daß nicht nur den Vergleich mit den Kleinstweich-Erzeugnissen nicht zu

scheuen braucht, sondern diese in Stabilität, Fehlerfreiheit und Entwicklungsperspektiven deutlich übertrifft.

Strategien, die auf die Entfaltung von Selbstverwirklichung setzen, sind nicht nur nicht ausgerottet, sie weisen vielmehr den Weg zu Entwicklungspotentialen von gesellschaftlichen Produktivkräften, die unter dem übermächtigen Wust an profitfixiertem Kommerz schon vollständig verschüttet schienen.

Auf die mögliche Öffnung von sozialen Entwicklungsspielräumen verweist in diesem Heft auch Birgit Rommelspacher, die sich mit den bemerkenswerten Unterschieden in der Gestaltung der Geschlechterverhältnisse in Ost- und Westdeutschland auseinandersetzt. Sie plädiert dafür, beide Diskussionsstränge in der Frauenbewegung – das Streben nach Gleich-»Berechtigung« im Osten und den Kampf um das Recht auf eine geschlechterspezifische Lebensgestaltung im Westen – so zu verschmelzen, daß es einerseits gelingt, verkrustete Strukturen aufzubrechen und andererseits möglich wird, aus diversen (selbsterrichteten) Sackgassen (in Ost wie in West) wieder herauszufinden.

Die hier erwähnten Beiträge dieses Heftes sind nur ein, zweifellos insgesamt noch ziemlich unbefriedigender Aufriß jener Probleme, Entwicklungstrends und empirischen Erfahrungen, denen »UTOPIE kreativ« in den folgenden Ausgaben gern mehr Raum für eine vertiefte Diskussion widmen würde – die Redaktion begrüßt es daher ausdrücklich, wenn es mit und durch Sie – liebe Leserinnen und Leser – gelingen könnte, die begonnene Debatte durch weitere Beiträge zu ergänzen, auszuweiten und damit auch zu beleben.

ARNDT HOPFMANN

ILJA SEIFERT

Ein Quentchen Unperfektheit?

Die erreichte Stufe – naturwissenschaftlicher – Entwicklung läßt keinen Zweifel mehr daran, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, Menschen nach eigenem Bilde zu formen. Als Goethe seinen Prometheus dem Gottvater Zeus diese Worte entgegenschleudern ließ, wurden sie zu einem der Fanale des sich aufklärend emanzipierenden Bürgertums. Sie prägten ein neues Menschenbild. Es war – und ist! – ein Bild voller Kraft, Selbstvertrauen und Stolz.

Heute läßt mich der Gedanke erschauern, jemand begänne, Menschen nach dem eigenen Bilde zu formen. Perfekt! Er (oder sie) nimmt dazu keinen biblisch überlieferten Lehmklumpen, sondern eine DNA. Er (oder sie) betätigt sich nicht, am Ufer sitzend, bildhauerisch gestaltend, sondern, im Reinstlabor abgeschirmt, gentechnisch manipulierend.

Kommen wir da mit dem Goethe-Prometheusschen Menschenbild noch aus? Ist Wissenschaft tatsächlich mit Fortschritt gleichzusetzen? Fordert uns dialektisches Herangehen nicht dazu auf, immer zumindest auch die Möglichkeit des Gegenteiligen anzunehmen? Kann ein Zeitpunkt eintreten – gegebenenfalls schon eingetreten sein –, von dem an wissenschaftlicher Fortschritt zum Fluch wird? Jedenfalls stärker zum Fluch als zum Segen? Daß also negative (menschheitsgefährdende!) Auswirkungen die positiven (menschheitsbeglückenden) Aspekte weit überwiegen?

Eine demokratische Bewegung, die sozialistische Lebensverhältnisse anstrebt, kommt nicht daran vorbei, ein Bild vom Menschen zu entwickeln, das aktuelle Ergebnisse und vorhersehbare Möglichkeiten junger und traditioneller Zweige der Naturwissenschaften berücksichtigt. Ebensovienig darf es eine Partei, die sich in dieser Bewegung sieht: die PDS. Zumal von seiten der Apologeten des bestehenden Gesellschaftssystems – ich kann auch sagen: des Kapitalismus – philosophischer Flankenschutz längst existiert: in erster Linie in Gestalt der Bioethik.

Mir ist klar, daß schon der Terminus »Bild vom Menschen« viel zu kurz greift. Es gibt eben nicht »den Menschen«. Auch nicht – um feministischen political-correctness-Illusionen zuvor zu kommen – »die MenschIn«.

Ich habe aber keinen geeigneteren Begriff anzubieten. Das bleibt ein Manko. Es wird noch an anderen Stellen auftreten. Da sich dieser Essay jedoch als ein Diskussionsbeitrag versteht, mag vielleicht schon das (abermalige) Benennen offener Fragen geeignet sein, zukünftigen Antworten näher zu kommen.

Ilja Seifert – Jg. 1951, MdB, Dr. phil., Diplomgermanist, Literaturkritiker, Lyriker, stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland – »Für Selbstbestimmung und Würde«, ABID e.V., Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes e.V., Behindertenpolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion.

»Wie naiv man doch gewesen war, als man die Gegenposition gegen die biblische Ebenbild-These in einer Evolutionstheorie sah! Wie harmlos und human war doch der Darwinismus gewesen, da er die ›Unmenschlichkeit‹ nur in die Vorgeschichte des Menschen verlegt hatte, verglichen mit der Gen-Manipulation, die *Unmenschliches erzeugen* könnte, und zwar durch die Herstellung von Wesen, die die *›Ebenbilder‹* oder Kopien von *aus politischen, ökonomischen oder technischen Gründen wünschenswerten Typen* wären!«
 Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 25.

Das Ganze in seinen Teilen finden

Wichtige Grundprobleme spiegeln sich – pars pro toto – in allen Teilen der Gesellschaft wider. Es ist also fast egal, anhand welcher Beispiele untersucht wird, mit welchem Menschenbild wir konfrontiert sind. Ebenso muß sich eine sozialistische Alternative nicht nur im großen Ganzen, sondern auch in seinen Teilen finden. Deshalb erlaube ich mir, unter besonderer Berücksichtigung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten, über Perspektiven eines Menschenbildes nachzudenken, das für sozialistische Verhältnisse Bedingung wie Ziel sein könnte.

Menschenbilder sind ja nicht einfach so da. Sie erlangen im alltäglichen Verhalten von Frauen und Männern materielle Kraft. Deshalb will ich versuchen, Verhältnisse zu beschreiben, in denen ethische Maßstäbe geformt werden. Wer eine sozialistische Alternative will, muß schließlich Verhältnisse ändern. Es geht also nicht zuletzt um Ansatzpunkte für Gesellschaftsveränderung.

Nehmen wir das Gesundheitswesen. In der aktuellen, öffentlichen Diskussion darum scheint völlig aus dem Blick zu geraten, daß es eigentlich um Menschen geht. Um Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche oder Alte, die sich nicht wohl fühlen. Ob man sich einen Arm gebrochen hat oder starker Husten reizt, ob psychischer Druck jemanden belastet oder eine Operation erforderlich wird, ob Zahnweh mich zur Verzweiflung bringen will oder eine junge Frau ihr erstes Kind gebiert – immer ist man in der Situation, sich in fremde Hände begeben zu müssen. Da schwingt sehr viel Vertrauen mit. Vertrauen in die Kunstfertigkeit der Ärzte, in die Freundlichkeit von Schwestern, in das Können von Physiotherapeuten, in das Einfühlungsvermögen von Psychologen, in die Funktionstüchtigkeit der Geräte, in die Wirksamkeit von Medikamenten, in die Heilwirkung an Kurorten usw. usf. Der Zweck dessen, was Gesundheitspolitik genannt zu werden verdient, besteht darin, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, es zu stärken und auszubauen. Das erfordert, ein im Gesundheitswesen häufig noch immer vorhandenes, nahezu blindes Vertrauen zu den »Göttern in Weiß« in vertrauensvolle Partnerschaft zwischen Ärzten und sonstigem medizinischen und medizinisch-technischem Personal einerseits sowie Patientinnen und Patienten andererseits zu überführen.

Im Schoße des Kapitalismus

Damit muß nicht gewartet werden, bis voll ausgereifte sozialistische Verhältnisse bestehen. Daran können wir bereits heute arbeiten. Im Grunde genommen ist dieser Prozeß bereits im Gange. Es geht nicht mehr um erste Schritte. In der Praxis geht es bereits darum, diese – zugegebenermaßen noch schwache – Bewegung zur vorherrschenden Tendenz zu machen. Dialektische Gesetze lassen sich nicht außer Kraft setzen: Auch der Sozialismus muß im Schoße der alten Gesellschaft entwickelt werden.

Zurück zum Gesundheitswesen als Teil des bestehenden gesellschaftlichen Systems. Insbesondere mit Blick auf die in Talk-Shows zelebrierte öffentliche Diskussion wird ein ganz anderer Eindruck vermittelt. Dort geht es nicht um Menschen und deren Gesundheit. Es scheint einzig und allein um »Effizienz«, um »Wirtschaftlichkeit«,

um »Kostenreduzierung«, um »Einsparungen«, um »Geld« zu gehen. Das wird nur leicht verschleiert. Da sorgt man sich um die »Beiträge der Versicherten«. Da fühlt man sich verantwortlich für »Beitragsstabilität«, da wittert man allerorten »Leistungsmißbrauch«. Von Patienten ist kaum die Rede. Eher noch von »Versicherten«. Davon, daß es sich um Frauen und Männer, Kinder und Alte, Menschen mit und ohne Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten handelt, scheint das Denken weit entfernt. Niemand nimmt Leistungen des Gesundheitswesens gern in Anspruch. Wer geht schon aus Jux und Tollerei zur Computertomographie, zum Zahnarzt oder zum Urologen?

Hier sehe ich eine ernste Verzerrung des Bildes vom Menschen: Obwohl Werbung uns einem superegoistischen Individualitätskult aussetzt, ging (nicht nur im Gesundheitswesen) der Blick auf die Individuen (scheinbar) verloren. Selbst diejenigen Ärztinnen und Ärzte, die sich einer »ganzheitlichen Medizin« verschreiben, sehen vor sich fast immer »Patienten«. Gelegentlich unterscheiden sie wenigstens nach »Patientinnen und Patienten«. Daß es sich um Leute handelt, die sich während der längsten Zeit ihres Lebens als Frauen oder Männer verstehen, die älter werden, arbeiten gehen, lieben, verreisen, sich streiten, politisch auftreten, in Karnevalsclubs schunkeln, sich in sozialen, ökologischen oder kulturellen Projekten engagieren, beten, Kinder erziehen, lesen, ins Konzert gehen, sich sportlich betätigen und/oder vorm Fernseher sitzen usw., will offenbar kaum jemand bemerken, geschweige denn, ernst nehmen.

Aber ich will hier nicht einseitig Schuld zuweisen. Umgekehrt beobachte ich häufig ein analoges Rollenverhalten: Ein gestandener Literaturwissenschaftler kommt zum Arzt, weil er seit Tagen Fieber hat – und ist (spätestens ab Warteraum) ausschließlich »Patient«. Er benimmt sich nicht nur wie jemand, der sein Leben lang Patient *wäre*, nein, sein ganzes Verhalten deutet darauf hin, daß er es wirklich *ist*. Oder: Eine Sängerin bricht sich beim Skilaufen den Oberschenkel – und denkt sich selbst von dem Moment an nur noch als »Gipsbein«. So liefern sich beide bedingungslos denen aus, die sie behandeln.

Hinzu kommt eine äußerst widersprüchliche Verquickung von Schein, Sein und Wesen: Der Arztberuf lebt nach wie vor vom Nimbus des uneigennütigen Helfers. In der Praxis sind Ärzte aber Unternehmer. Als Angestellte in Krankenhäusern haben sie Managerfunktionen. Das Vergütungssystem ist auf »abrechenbare Leistungen« fixiert, nicht auf Zuwendung. Ökonomischer Druck steht medizinischem Ethos also entgegen.

Hier finden wir eine klassische Überforderungssituation beider Seiten vor. Medizinern wird eine gottähnliche Verantwortung aufgebürdet. Kranke begeben sich in eine sklavenähnliche Unterwürfigkeit. Unter solchen Voraussetzungen sind wir von partnerschaftlichem Miteinander sehr weit entfernt.

Einander ernst nehmen

Dabei ginge es wahrscheinlich – nach einer gesellschaftlichen Gewöhnungsphase – allen Beteiligten wesentlich besser, wenn sie einander als ebenbürtige Partner begegneten. Jeder kennt seine

»(Die) fixe Idee der dritten industriellen Revolution äußert sich ... noch anders: als skandalös wird nämlich nicht nur die Nicht-Verwertung eines möglichen Rohstoffes betrachtet; nein, sogar die Unterlassung, in etwas Vorhandenem Rohstoff zu erkennen und dieses als Rohstoff zu behandeln. (...) Die Aufgabe der heutigen Wissenschaft besteht also nicht mehr darin, das geheime, also verborgene *Wesen* oder die verborgene *Gesetzmäßigkeit* der Welt oder der Dinge aufzuspüren, sondern darin, deren *geheime Verwertbarkeit zu entdecken*. Die ... metaphysische Voraussetzung der heutigen Forschung ist also, daß es *nichts gibt, was nicht ausbeutbar wäre*. ›Wozu dient der Mond?‹ ... Daß er zu etwas dienen müsse, wird keinen Augenblick bezweifelt.« Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 32.

Fähigkeiten. Jeder achtet die der anderen. Ärzte sind Spezialisten für (bestimmte) Heilungsprozesse. Kellnerinnen sind Spezialistinnen in der Betreuung von Restaurantgästen. Schweißer können Metallteile zusammenfügen, Logopäden sprechen lehren. Keiner ist wichtiger als der andere. Jeder kann eben etwas anderes. Aber alles wird gebraucht. Auf allen Gebieten darf man erwarten, daß die jeweiligen Hauptakteure ihr Bestes geben. Das schließt natürlich ein, daß Irrtümer unterlaufen, daß jemand mal lustlos werkelt. Meist leiden dann andere darunter. So bedauerlich, z.T. verwerflich, gelegentlich fahrlässig, manchmal sträflich das ist: Es kommt auch im Gesundheitswesen vor. Es ist also sinnvoll, den Glorienschein verblassen zu lassen. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, Ärzten a priori mit größerer Dankbarkeit entgegen zu treten als Kellnerinnen. Es besteht auch keinerlei Grund, anzunehmen, daß sie quasi qua Beruf(ung) automatisch »bessere Menschen« wären. Ich bin mir verhältnismäßig sicher, daß es ihre Arbeit nur erleichtern würde, gelänge es uns, ihnen die Bürde zu nehmen, sich selbst ständig als etwas fast Übernatürliches sehen zu müssen. Ich halte ein gesellschaftliches Klima für wünschenswert, in dem ich mit meinen gesundheitlichen Beschwerden, Fragen, Vermutungen, Ängsten usw. zum Arzt komme, in dem ich jemanden sehe, dessen Fachwissen geeignet ist, die Komplexität meines Problems zu erfassen und diejenigen Aspekte, die sich medizinisch erklären lassen, so zu behandeln, daß ein Teil meiner Sorgen geringer wird bzw. verschwindet. Er (oder sie) seinerseits sieht in mir einen Mann bestimmten Alters, dessen Fähigkeiten auf ganz anderem Gebiet liegen. Heute nehme ich seine (ihre) Hilfe in Anspruch. Morgen kann die umgekehrte Situation eintreten: Er (sie) nimmt Fähigkeiten desjenigen Menschen in Anspruch, der in diesem Moment als Patient bei ihm (ihr) ist. Das kann ein Computerspezialist sein oder eine Friseurin. Jeder erwartet vom jeweils anderen Entgegenkommen, Verständnis, saubere Arbeit.

In einer solchen Situation gewänne der Hippokratische Eid eher noch an Bedeutung. Genauer gesagt, die ihm zugrunde liegende humanistische Herangehensweise. Einige seiner Passagen – insbesondere die zu bestimmten Behandlungsmethoden wie Operieren usw. – müssen ja heute als überlebt betrachtet werden. Er gewänne die Funktion einer freiwilligen Selbstverpflichtung zurück. Er wird vom Sockel glorifizierender Unfehlbarkeit genommen. Man darf sich ja nichts vormachen: Obwohl der Eid ursprünglich wohl tatsächlich eher den Charakter einer Selbstverpflichtung hatte, erlangte er im Alltagsbewußtsein breiter Massen im Verlaufe der Zeit immer tiefere mythologische Kraft. Zahlreiche Arztromane und moderne Seifenopern-Serien tragen ihr Scherflein dazu bei, das schillernde Feuer dieses Mythos' immer wieder zu entfachen. Damit wird der Würde des Berufs ein Bärendienst erwiesen. Dieser Mythos entfaltet große suggestive Wirkung auf (potentielle und wirkliche) Patientinnen und Patienten. Er wirkt aber – nicht weniger gefährlich – auch autosuggestiv auf Ärzte und solche, die es werden wollen.

Partnerschaftliche Achtung voreinander schließt aus, daß Ärzte einfach »anordnen«, welche Behandlung diesem oder jener zuteil

»Welt« ist also nicht nur der Inbegriff dessen, woraus sich etwas machen ließe, sondern der Inbegriff dessen, woraus etwas zu machen wir verpflichtet sind – wobei unausgesprochen unterstellt wird, daß es, weil nichts sein kann, was nicht sein darf, letztlich nichts gibt, woraus sich nicht etwas machen ließe. Umgekehrt gilt, daß demjenigen, woraus sich nichts machen ließe, Existenz abgesprochen werden muß, daß es, wo es uns im Wege ist, vernichtet werden darf. Analog zu dem nationalsozialistischen »lebensunwerten Leben« gibt es »existenzunwertes Seiendes«. Kurz: ... *Sein ist Rohstoffsein* – dies ist die metaphysische Grundthese des Industrialismus ...«
Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 33.

wird. Ein solches Verhältnis schlosse auch aus, daß sich Patientinnen und Patienten derartige »Anordnungen« gefallen ließen. Beide Seiten haben Rechte, beide Pflichten. Dem Recht der Patienten auf Aufklärung ist nicht dadurch Genüge geleistet, daß man ihnen mit möglichst vielen unverständlich ausgesprochen lateinisch klingenden Worten sagt, was man tun wird. Aufklärung unter sich partnerschaftlich achtenden Menschen unterschiedlicher Profession bedeutet sachliche Information über den Wissensstand zur Diagnose (einschließlich möglicher Ungenauigkeiten). Alternative Behandlungsmöglichkeiten werden aufgezeigt, eine Vorzugsvariante begründet. Erst nach deren Erörterung legen beide – gemeinsam – den zu beschreitenden Weg fest. Ärzte mögen ja Fachleute für die jeweilige Krankheit sein. Immer aber sind die Patienten diejenigen, welche die Konsequenzen tragen. Deshalb müssen sie in die Entscheidung zur Behandlungsmethode wirklich einbezogen werden. Da genügt es nicht, sich ein Zustimmungspapierchen unterschreiben zu lassen, von dem die/der Unterzeichnende (noch dazu in der Streßsituation) kaum ahnt, es zumindest aber verdrängt, daß es sich vor allem darum handelt, Schadensersatzansprüche zu mildern oder ganz und gar auszuschließen, falls die Behandlung fehlschlägt.

Meint jemand, ich hätte das Thema gewechselt? Gar das Thema verfehlt? Wer einen rein philosophischen Traktat erwartete, mag Recht haben. Mir aber geht es auch um Politik, um heute zu Tuendes. Und um dessen philosophische (theoretische) Grundlagen. Deshalb bleibe ich bei der Gesundheit und rede vom Wesen.

Wie können Ärzte kranken Menschen aufrecht ins Auge blicken, wenn sie gezwungen sind, ihnen zur eigenen (finanziellen!) Sicherheit versicherungsrechtliche Verträge unterzuschieben? Verfälschen sie nicht das tatsächliche Risiko – nämlich, einen dauernden gesundheitlichen Schaden davonzutragen – in ein Haftungsrisiko? Was für Verhältnisse sind das, die weder Patienten noch Ärzte so vor möglichen Irrtümern schützen, daß beide sich mit aller Kraft auf die Vermeidung des Fehlers konzentrieren können? Statt dessen müssen sie schon vor der ersten Behandlung darauf achten, im Falle eines Mißerfolgs nicht als »schuldig« dazustehen! Patienten riskieren ihre Gesundheit, Ärzte ihr Vermögen. Wer über Rechtsanwälte miteinander verkehren muß, wird nicht vertrauensvoller Partner. Wo Haftungsverträge vor der Behandlung stehen, bleibt Humanismus höchstens eine Fußnote. Hier sehe ich einen Widerspruch, der sich innerhalb der bestehenden Ordnung nicht lösen läßt.

Mutierte Goethes Prometheus zum Versicherungsvertreter? Vom stolzen Bürger, der jeder Obrigkeit – sogar der göttlichen – frei trotzt, sehe ich in diesem Bild sehr wenig. Für eine sozialistische Alternative ist es unbrauchbar.

Nun bringt es die konkrete Lebenssituation eines großen Teils der Bevölkerung mit sich, daß sie – ohne dort zu arbeiten – mit verschiedenen Einrichtungen und Leistungen des Gesundheitswesens in der einen oder anderen Weise praktisch ständig verbunden sind: Die Statistik nennt sie »chronisch krank«. Hinzu kommen Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen. Ich will an dieser Stelle nicht lange darüber diskutieren, daß körperliche, geistige und/oder sensorische Beeinträchtigungen nicht automatisch unter

»Daß es von Natur aus diskrete Einzelwesen gibt, das ist zwar ein bedauerlicher kreatürlicher Defekt, und diesen abzuschaftern, werden wir vermutlich niemals fähig sein. Aber darüber zu verzweifeln, liegt kein Grund vor. Einzelwesen sind sowenig Lücken in unserem totalen System, wie Sieblöcher Lücken im Siebe sind. Obwohl nicht aus Siebmaterial bestehend, funktionieren diese doch als Teile des Siebs, sogar als dessen wichtigste. Und irgendetwas zu leisten, was ihnen nicht durch Größe, Stoff und Form des Siebes diktiert wäre, sind und bleiben sie außerstande.«
Aus dem molussischen ›Lehrbuch des Konformismus‹; nach Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 131.

»Nicht anders als ... Häftlinge kann man auch die eremitenhaften Konsumenten von heute ins Freie lassen, weil man weiß, daß sie auch dort nicht aufhören werden, sich als Eremiten zu benehmen ... (...) Obwohl einander völlig gleich, also zu Massenwesen, gemacht, besteht doch kaum die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich zur Masse zusammenballen werden. Niemals ist die Gefahr einer revolutionären Massenaktion geringer als in demjenigen Stadium höchster Industrialisierung, in dem jedermann durch die Massenmedien-Manipulierung zum Massenwesen gemacht worden ist. (...) Da die Masseneremiten nicht mehr zusammenkommen, mindestens nicht mehr zusammenzukommen brauchen, sind sie durchweg harmlos, durchweg passiv durchweg unrevolutionär.« Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 83 und 90.

die Rubrik »krank« zu subsumieren sind. Es gibt Menschen, zu deren Lebensalltag es gehört, nicht sehen, hören oder laufen zu können. Es gibt welche, deren Denkstrukturen anders organisiert sind als die der meisten. Wir, die wir sie nicht oder nur schlecht verstehen, nennen sie »geistig behindert«. Etliche kommen von Geburt an mit weniger Gliedmaßen aus. Manche verlieren infolge eines Unfalls oder auch »ärztlicher Kunstfehler« bestimmte Fähigkeiten. Immer dann, wenn es darum geht, behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen, haben sie es mit »dem Gesundheitswesen« zu tun.

Fähigkeiten definieren, nicht Defizite

Jahrzehntelange Diskussionen und politische Aktivitäten behinderter Menschen, ihrer Angehörigen und Freunde (die ja von bestimmten Benachteiligungen, Ausgrenzungen und zusätzlichen Belastungen immer mitbetroffen sind) führten zu der Erkenntnis, daß Leben mit Behinderungen nicht »minderwertig« oder gar eine »Strafe« ist. Erst recht ist es kein »immerwährendes Leid«. Dennoch werden im allgemeinen Sprachgebrauch noch immer solche – inzwischen nicht nur albernen, sondern regelrecht die Tatsachen verdrehenden – Bilder kolportiert wie »an den Rollstuhl gefesselt« oder »mit Blindheit geschlagen« oder »unter spastischer Lähmung leidend«. Wer sich im Rollstuhl fortbewegt, nutzt eines seiner wichtigsten Hilfsmittel. Man ist nicht daran »gefesselt«. Ansonsten wäre das ein Fall für den Staatsanwalt: Freiheitsberaubung. Der Unterschied ist klar. Das sollten auch diejenigen (gemeint sind in erster Linie Journalisten, Politiker und andere Multiplikatoren) endlich zur Kenntnis nehmen, die meinen, mit einer besonders blumigen Sprache glänzen zu müssen. In Wahrheit polieren sie nur längst verbrauchte Klischees – zum Schaden anderer – neu auf. Sie verfestigen in der allgemeinen Öffentlichkeit jahrtausendealte, diskriminierende Vorurteile. So erschweren sie auch den Selbstbesinnungsprozeß unter den Betroffenen. Wer immer wieder gesagt bekommt, ein »Leistungsempfänger« zu sein, »etwas in Anspruch zu nehmen«, hilfs-, pflege- oder sonstwie »bedürftig« zu sein, daß die Gesellschaft bestimmte »Lasten trägt« usw., hat es sehr schwer, genug Selbstvertrauen, genug Selbstbewußtsein zu entwickeln, sich nicht als »Makel«, als »mangelhaft«, als »defizitär« zu betrachten.

Noch ist es längst nicht Allgemeingut, dennoch ist ein Trend humanistischer Menschenbild-Entwicklung unverkennbar und sollte nach Kräften gefördert werden: *Menschen (mit und ohne Behinderungen) sind nach ihren Fähigkeiten zu definieren, nicht nach ihren Defiziten!* Wenn es die höchstmögliche, für (uns) andere erkennbare Leistung eines Menschen ist, gelegentlich zu lächeln, dann ist diese Fähigkeit sein (ihr) wichtigstes Merkmal.

Niemand will – qua Definition – leugnen, daß ein blinder Mensch nicht sehen kann. Aber er soll nicht darauf reduziert werden. Blindheit ist bei weitem nicht seine wichtigste Eigenschaft.

Niemand will – qua Definition – in Abrede stellen, daß gehörlose Menschen Kommunikationsschwierigkeiten mit der hörenden Umwelt haben. Aber sie sollen nicht mit dieser Eigenschaft identifiziert werden. (Ganz nebenbei gesagt: Politiker, Journalisten und andere Meinungsmacher, die nicht auf Betroffene hören *wollen*,

werden ja auch nicht nach dieser Eigenschaft bezeichnet. Oder soll ich sie *ungehörig* nennen?)

Ich bestreite auch nicht, daß querschnittgelähmte Rollstuhlfahrer nicht laufen können. Aber das ist nur eins von sehr vielen Merkmalen.

Ob blind, ob taub, ob gehunfähig: Es sind entweder Frauen oder Männer. Es sind junge oder alte Menschen. Sie lernen, sind berufstätig oder nicht. Sie leben in der Familie, im Heim, in Wohngemeinschaften. Sie haben Kinder (oder auch nicht). Sie spielen, lieben, ärgern sich, verreisen, gehen (rollen) ins Kino, treiben Sport, malen Bilder usw. Sie streiten sich. Sie freuen sich. Manchmal verzweifeln sie. All das – und vieles andere mehr – *sind* sie. Das ist wesentlich wichtiger als das, was sie *nicht sind*. Worin unterscheidet sie das von allen anderen Menschen?

Auch bei denen, die gemeinhin als »geistig behindert« bezeichnet werden, ist eine defizitäre Betrachtungsweise unangemessen. Auch bei ihnen handelt es sich nicht um Neutren, sondern um Frauen oder Männer. Auch sie haben intensive Bedürfnisse nach Liebe, nach Geborgenheit, nach Anerkennung. Auch sie registrieren sehr aufmerksam, ob ich sie ernst nehme oder nicht. Und: Wo ist denn der Beweis, daß diese Menschen die Welt nicht unter Umständen wirklichkeitsnäher widerspiegeln als wir, die wir so stolz auf unsere hohe Bildung sind? Jedenfalls sind auch sie Teil der Gesellschaft, die ohne ihre Anwesenheit ärmer wäre.

Brandmarkende Bezeichnungen überwinden

Nicht anders sehe ich Menschen mit psychischen Krankheiten. Es mag ja sein, daß vielen von uns der Umgang mit ihnen schwerfällt. Mir auch. Aber an wem liegt das? Und außerdem: Warum heben wir es in diesem Falle so hervor? Bei Dutzenden anderen Gelegenheiten nehmen wir es hin, ohne damit auch nur einen Moment lang diskriminierende Gedanken zu verbinden. Mit bestimmten Personen unserer Umgebung – sei es auf Arbeit, sei es in der Nachbarschaft – kommen wir zu keiner wirklichen Kommunikation. Dann denken (und sagen!) wir: »Die kann ich nicht leiden.« Oder wir gehen davon aus, daß es umgekehrt ist. Jedenfalls denken wir da in den Kategorien Sympathie und Antipathie. Damit setzen wir uns zueinander ins Verhältnis. Und wir gehen ganz selbstverständlich davon aus, daß jemand, der mir sympathisch ist, jemand anderem durchaus unsympathisch erscheinen mag.

Wenn hingegen jemand »behindert« genannt wird, ist das eine Brandmarkung. Diese Bezeichnung gilt! Da spielen andere Faktoren keine Rolle.

Nun wäre es also an der Zeit, zutreffendere Bezeichnungen zu finden. In manchen Ländern – z.B. in den USA – sagt man »Menschen mit besonderen Fähigkeiten«. Immerhin, da ist eine positive Grundhaltung deutlich. Aber ich befürchte, der Begriff wird sich nicht durchsetzen. Es gibt eben auch Gesetze der Sprachentwicklung, die nicht außer Kraft gesetzt werden können. Sprachökonomische Faktoren gehören genauso dazu wie eine gewisse Spracheleganz. Zeitweilig können derartige Begriffe also durchaus hilfreich sein. Sie weisen auf bestimmte Widersprüche im gesellschaftlichen

»Diktatorische Systeme, die noch auf Gummiknüppel oder Liquidierungsandrohung angewiesen sind, sind bereits beklagenswert altertümlich, jedenfalls ungleich weniger verhängnisvoll als diejenigen, die sich bereits auf Unterhaltung, oder gar nur noch auf Schnulzen, verlassen dürfen. (...)

Das hat zur Folge, und zwar unvermeidlicherweise, daß auch wir uns nun in Alles-schlucker und Allesverdauer verwandeln. Und da wir bei der Glätte und Bequemlichkeit der Bissen schon gar nicht mehr spüren, daß und was wir schlucken, da wir also bereits reflexartig schlucken, absolvieren wir diese Verwandlung im Handumdrehen. Die Zeiten, in denen als »arme Schlucker« diejenigen galten, die nichts zu schlucken hatten, die sind längst vorbei. Heutzutage sind »arme Schlucker« umgekehrt diejenigen, die dem Terror ihrer Mästung keinen Widerstand mehr leisten können, die mit jedem Bissen, den sie schlucken, auch ein bißchen Freiheitsberaubung mitherunterschlucken müssen. *Wer unfrei konsumiert, konsumiert Unfreiheit*« Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 138f.

Denken hin, die zu sprachlichen Floskeln gerannen. Ein Beispiel dafür bietet das Aufkommen, kurze Blüten und nun wieder Vergehen des Begriffs »Mensch mit Behinderungen« im deutschen Sprachgebrauch. Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre gewann er innerhalb sehr kurzer Zeit relativ große Bedeutung im politischen Wortschatz. Nachdem in den Jahrzehnten vorher mit dem »Krüppel«-Begriff bewußt provoziert worden war, tauchte dieses Streckwort als Kompromißvorschlag, als Angebot zu verständiger Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen auf. Und tatsächlich wurde der Begriff weit in Kreise hinein aufgegriffen, die sich bis dato nicht (oder nur am Rande) mit der dahinter liegenden Problematik gesellschaftlicher Beziehungsverhältnisse auseinandergesetzt hatten. Der Grund ist einleuchtend. Der Begriff stellte das Bild vom Kopf auf die Füße: *Es handelt sich um Menschen, die unter anderem behindert sind, nicht um Behinderte, die unter anderem Menschen sind.*

Diese Erkenntnis darf inzwischen als weithin gesichert gelten. Dennoch ist zu vermuten, daß der Terminus seinen Bedeutungshorizont bereits überschritt. Das liegt zum einen sicherlich an seiner Umständlichkeit. Zum andern genügt aber auch er heutigen Ansprüchen nicht mehr. Denn auch er kennzeichnet Menschen noch immer über ihre Defizite.

Bei Begegnungen auf internationaler Ebene fällt mir übrigens auf, daß französisch- oder russischsprechende Gesprächspartner – auch selbst Betroffene! – noch ziemlich unbefangen den Begriff »Invalide« benutzen. Seine etymologischen Wurzeln (in = ohne; valid = wert; also: invalid = wertlos) scheinen keinerlei Bedeutung mehr zu haben. Das Wort, ursprünglich rein pejorativ (abwertend), siedelt in einer neutralen emotionalen Zone.

Noch ist *der* treffende Begriff nicht gefunden. Auch ich kann – wie bereits angedroht – keinen neuen Vorschlag unterbreiten. Wir sind eben in einem gesellschaftlichen Verständigungsprozeß. Da sind viele Fragen zu stellen. Etliche Antworten erweisen sich als zu kurz gegriffen. Manche nehmen den Charakter von Teilschritten auf einem noch unbestimmbar weiten Weg zu einer (vorläufigen) Lösung an. Von einigen ist zu vermuten, daß sie fester Bestandteil dessen werden, was eines Tages ganz selbstverständliches Allgemeingut ist. Dazu gehört meines Erachtens, daß nicht von dem Gegensatz »behinderte« Menschen einerseits und »Gesunden« andererseits gesprochen werden kann. Wenn eine junge Frau, die mit spastischer Lähmung auf die Welt kam, krampfartig zuckt und beim Sprechen Artikulationsschwierigkeiten hat, kann sie durchaus »kerngesund« sein. Einen heftigen Schnupfen hingegen empfindet sie – wie alle anderen auch – als Krankheitssymptom.

Es gibt keine »unnormalen Menschen«

Genauso wenig akzeptabel ist der Gegensatz von »behindert« und »normal«. Mir ist durchaus bewußt, daß viele Betroffene gerade dieses Wortpaar selbst benutzen. Dennoch führt es in eine gefährliche Sackgasse. Es unterstellt nämlich, daß es eine »Norm für Mensch« gäbe. Wie sollte die denn sein? Gäbe es überhaupt jemanden, der alle normativen Kriterien erfüllt? Wer möchte eigentlich

»... die Reputation, die die heutige Psychologie genießt, ist ungeheuer. Nur ist sie das nicht deshalb, weil der wissenschaftliche Rang, den sie einnimmt, objektiv so hoch wäre – umgekehrt schmückt man sie mit diesem Wissenschaftsprestige, damit sie ihr Hauptamt mit soviel Autorität wie möglich erfüllen kann. Und dieses ihr Hauptamt besteht eben darin, als *Sprachrohr der konformierenden Mächte* zu funktionieren, also die Adaptionforderungen, die diese Mächte an uns stellen, in ein popularisiertes Wissenschaftsvokabular zu kleiden, sie in diesem Kostüm an den Mann zu bringen und uns, sofern wir noch gegen den Stachel löcken, durch effektive Behandlung in Adaptionlustigere oder besser Adaptierte zu verwandeln.«

Günther Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen*, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 157.

»normal«, also ein »Normmensch« sein? Wenn es also keine »Norm« für »Mensch« gibt, kann es auch keine »normalen Menschen« geben, logischerweise erst recht keine »unnormalen«. Mit einer (oder mehreren) Beeinträchtigungen zu leben, ist also alles andere als »unnormal«. Für Betroffene ist das – im Gegenteil – Lebensselbstverständlichkeit. Europäer haben nicht die Wahl, äquatorialafrikanische Hautfarbe anzunehmen. Es gehört zur Lebensselbstverständlichkeit von Männern, keine Kinder gebären zu können. Eine Frau, die in den sechziger Jahren auf Grund dessen, daß ihre Mutter der (be)trägerischen Contergan-Werbung aufsaß, mit Stummelärmchen und Stummelbeinchen geboren wurde, steht nicht eine Sekunde lang vor der Alternative, so gehen und zupacken zu können, wie die meisten ihrer Freunde. Ihre Lebensweise ist eine andere. Für sie die *normalste* von der Welt, die einzig mögliche nämlich.

Nun gebe ich zu, in Ermangelung eines neuen Begriffsvorschlags einen kleinen Trick angewandt zu haben. Ich wechselte vom Behinderten- zum Beeinträchtigtenbegriff (und zog dann auch noch den Betroffeneneterminus hinzu). Damit bewege ich mich auf einer international zwar durchaus üblichen, in ihrer Unzulänglichkeit aber bereits erkannten Ebene. Sie unterscheidet zwischen dem *Defizit*, der Beeinträchtigung, und den daraus erwachsenden gesellschaftlichen *Benachteiligungen*, den Behinderungen. Hier ist die gesellschaftliche, die soziale Determiniertheit des Behinderungsbegriffs klar benannt. Behinderung ist nicht der Zustand eines Menschen, sondern sie ergibt sich aus den gesellschaftlichen Bedingungen. Dazu gehören in Jahrtausenden entstandene und fest in Köpfen und traditionellen Riten verankerte bauliche und kommunikative Barrieren, überkommene Vorstellungen vom Rollenverhalten und – nicht zuletzt – eine darauf fußende Selbstbescheidung zahlreicher betroffener Frauen und Männer.

Was dieser ganze Exkurs mit einem anzustrebenden, sozialistischen Menschenbild zu tun hat? Sehr viel. Denn es geht darum, eben jene gesellschaftlich bedingten, also von Menschen produzierten Benachteiligungen abzubauen. Damit geht es also auch um ökonomische Ressourcen. Spätestens an dieser Stelle stößt man auf solche Totschlagfragen wie: »Wie viele Rollstuhlfahrer würden denn jemals diese Straßenbahn benutzen, wenn sie denn berollbar wäre?« Oder: »Wie viele werden denn dieses Kino je besuchen, wenn sie denn barrierefrei hinein gelangen?« Derartige Fragen sind nicht beantwortbar. Die Straßenbahnbenutzung hängt ja unter anderem davon ab, welche Anschlußmöglichkeiten es gibt, wo öffentliche Toiletten erreichbar sind, ob sie überhaupt zu dem betreffenden Kino führt, welche Wohn-, Arbeits- und Freizeitangebote Rollstuhlfahrern zur Verfügung stehen usw. Vor allem aber – und das ist das wirklich empörende an der Fragestellung – muß die Beantwortung schon deswegen abgelehnt werden, weil sie den Gleichheitsgrundsatz aufs tiefste verletzt. Entweder öffentliche Verkehrsmittel, Toiletten, Kultur-, Sport-, Bildungs-, Einkaufs- und sonstige Einrichtungen wie Rathäuser, Krankenhäuser, Apotheken, Hotels usw. stehen *allen* zur Verfügung oder sie sind nicht wirklich öffentlich!

»Deutlich kann uns der ursächliche Zusammenhang des Syndroms allein dann werden ... wenn wir ... erkennen, daß von denen, die in der konformistischen Gesellschaft als »krank« gelten ... viele *durch* den Konformismus selbst krank geworden sind ... *Gesunde, die, um in der konformistischen Gesellschaft leben zu können, den falschen Maßstab, mit dem sie gemessen werden, als rechtmäßig akzeptieren und die diesen sich aneignen, die stecken sich an dessen Falschheit an und werden dann durch ihre hektischen Versuche, ihre angebliche Krankheit zu überwinden, effektiv krank.*« Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 158.

»In der Tat können wir unserem ›*prometheischen Gefälle*‹ nur eine dritte Version geben. Denn dieses besteht nun *zwischen dem Maximum dessen, was wir herstellen können, und dem (beschämend geringen) Maximum dessen, was wir bedürfen können.* (...)»

Unsere heutige Endlichkeit besteht nicht mehr in der Tatsache, daß wir ... bedürftige Lebewesen sind; sondern umgekehrt darin, daß wir (zum Bedauern der untröstlichen Industrie) viel zu wenig bedürfen können – kurz: in unserem Mangel an Mangel.«

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 18f.

»Im Wörterbuche der Werbelügen hat das Wort ›*diskret*‹ den Sinn von ›*hinterücks*‹ und das Wort ›*geschmackvoll*‹ den Sinn von ›*meuchlings*‹. Der Betrug wird fein, selbst bei Freiheitsberaubung geht nichts über Kultiviertheit.«

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 162.

Hier stehen wir also vor einer gewaltigen Aufgabe. Ihre ökonomische Dimension leuchtet leicht ein. Die philosophische aber, die des Menschenbildes, ist nicht weniger relevant: Gibt es Menschen unterschiedlicher Wertigkeit? Wer diese Frage verneint, darf ab sofort keine neuen Barrieren mehr zulassen. Niemand verlangt ernsthaft, sofort alle bestehenden Hürden zu beseitigen. Aber es dürfen keine neuen mehr errichtet werden! Hier sind Ausnahmen inakzeptabel. Technisch ist es ohnehin kein Problem mehr, barrierefrei zu bauen. Und dann kann Schritt für Schritt daran gegangen werden, die überkommenen abzutragen.

»*Ewige Gesundheit*« durch *bioethischen* »*Fortschritt*«?

Im Alltagsbewußtsein ist die Kosten-Nutzen-Fragestellung weit verbreitet. Sie sieht so unheimlich »realistisch« aus. So realpolitisch. So unheimlich. Und sie hat eine philosophische Basis: Die Bioethik kommt als Fortschritts-Ideologie daher. Sie unterscheidet zwischen »Menschen« und »Personen«. Nur letztere sind achtbare Subjekte. Nur sie haben Rechte. Die Bezeichnung »Person« muß man sich verdienen: Man muß sich seiner selbst bewußt sein. Neugeborene gehören (noch) nicht dazu, altersdemente Frauen oder Männer nicht (mehr), Menschen mit bestimmten sogenannten »geistigen Behinderungen« nie. Nicht-Personen »belasten« die Gesellschaft. Sie leisten keinen wirtschaftlich verwertbaren Beitrag zu ihrer (also zu unser aller) Entwicklung. Sie sind überflüssig. Ja, sie binden sogar noch Kapazitäten von »Personen«, die eigentlich anderweitig, eben wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden könnten. »Moderne« biotechnologischen Verfahren, biomedizinische Forschungen und ähnliche »Zukunftsprojekte« basieren – bewußt oder unbewußt – auf bioethischen Grundlagen. Sie verheißen »den Fortschritt« schlechthin. Sie knüpfen an urchensliche Träume an und versprechen »ewige Gesundheit« und »Schönheit«. Mit der Angst vor unheilbaren Krankheiten gewinnt man Zutrauen. Ihre Beseitigung stehe bevor. Was bedeuten auf so lichtem Wege schon »einige Opfer«, »gelegentliche Irrtümer«, vielleicht »Fehlschläge«?

Aber: Wie erstrebenswert ist »erbbiologische Reinheit«? Wer will die »Umweltresistenz« von Menschen? Welch unmenschliches Ergebnis bringt die pure Kosten-Nutzen-Kalkulation jedes Individuums? Nur wer die Gesellschaft nicht als Gesamtorganismus achtet, der sich aus unzähligen Individuen zusammensetzt, die von unterschiedlichsten Interessen angetrieben werden, unterschiedlichste Erfahrungen, Handlungen und Gefühle einbringen, mit unterschiedlichsten Fähigkeiten ausgestattet und sowohl eigenständiges (und eigenwertiges!) Universum als auch Teil der Gesamtgesellschaft (also aller gleichzeitig lebender Menschen) sind, kann quasi-betriebswirtschaftliche Effektivitätskriterien zum Maßstab für (s)ein Menschenbild machen. Die intellektuelle Überheblichkeit derartiger Philosophien dürfte konsequenterweise nicht davor zurückschrecken, die eigene Existenz als »Person« für den Fall zur Disposition zu stellen, daß man – infolge eines Unfalls, einer Krankheit oder auch »gewöhnlicher« Alterserscheinungen – irgendwann selbst nicht mehr in der Lage ist, sich als Subjekt zu erkennen. Logischerweise müßte man sich dann selbst – ohne

Ansehen eventueller früher erworbener Verdienste – als »überflüssig«, die Gesellschaft »belastend« und »reinen Kostenfaktor« (zu unseligen Zeiten hieß das »unnütze Esser«) betrachten und entsprechende Konsequenzen fordern.

Ohne Zweifel spiegelt die Bioethik dominierende Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft wider. Seit einigen Jahrzehnten beginnt sie sogar, humanistische Traditionen, die sich politisch beispielsweise in den Menschenrechts-Deklarationen wiederfinden, zu verdrängen. Noch werden sie in Sonntagsreden gefeiert. Noch sind sie von weiten Teilen der Bevölkerung durchaus tief verinnerlicht. Wenn aber auf der Bioethik fußende Philosophien wirklich zu den herrschenden werden, ist für alles und alle von der »Norm« abweichende höchste Gefahr im Verzuge.

Bioethik ist eine philosophische Basis des Machbarkeitswahns. Sie tut so, als könnte alles wissenschaftlich erklärt und folgerichtig auch beeinflußt werden. Jegliches Dasein unterwirft sie ökonomischen Kriterien. Fortschritt wird zum Fetisch. Alles ordnet sich ihm unter. Nutznießer dieses »Fortschritts« sind diejenigen, die als »Personen« bezeichnet werden. Da ist – zumindest tendenziell – kein Platz für Bettler, Sozialhilfeempfänger, Krüppel, Aussteiger, »Versager«, altersdemente Frauen und Männer, chronisch Kranke (die ständig teure Medikamente und/oder Apparate benötigen), »geistig Behinderte«, Träumer, Spinner, Sozialisten, Pazifisten usw.

Bioethisches Denken fand längst Eingang in die (medizinische) Forschung. Indem es – nicht nur in der Pharmakologie – immer weitere Schranken einreißt, errichtet es neue Barrieren für Nicht-»Ideales«. Gesundheitspolitik hat immer auch gesamtgesellschaftliche Dimension. Sie muß sich dessen bewußt sein und energisch gegensteuern. Nicht alles, was »machbar« ist, sollte auch getan werden. Das gilt in hohem Maße für Medizinforschung. Würdevolles Leben braucht nicht die Verheißung »ewiger Jugend«, »ewiger Schönheit«, »ewiger Gesundheit«. Es braucht die Achtung vor der Individualität, vor der Einmaligkeit jedes Menschen. Dazu gehören Krankheiten, Behinderungen, das Altern, auch das Sterben.

Volle Teilhabe am Leben der Gemeinschaft

Deshalb geht es – um auf politisches Terrain zurückzukehren – um nicht mehr und nicht weniger als um die *volle Teilhabe aller Menschen am Leben der Gemeinschaft*. 1993 proklamierte die UNO-Vollversammlung das weltweit als Ziel. Die »Rahmenbestimmungen zur Herstellung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen (standard rules)« beziehen sich ausdrücklich auf die allgemeine Deklaration der Menschenrechte. Darunter geht es nicht! Und sie setzen die sozialen Menschenrechte gleichberechtigt daneben. Den standard rules liegt also ein universelles Menschenbild zugrunde, das Gleichheit nicht nur fordert, sondern konkrete Wege aufzeigt, wie sie realiter herzustellen ist. In diesem Zusammenhang benennen die standard rules ausdrücklich die Aufgaben, die von den Staaten zu lösen sind.

In Ermangelung eines ureigensten, ursozialistischen Menschenbildes finde ich hier für gegenwärtiges politisches Handeln einen hinreichend humanistischen Gestus. Ich habe keine Scheu,

»Wie geschäftig wir uns auch vorgekommen sein mögen, als wir vorgestern in demjenigen Wagen, den man vorgestern gerade fuhr, dorthin fuhren, wohin man, um als vollwertige Null zu zählen, vorgestern eben zu fahren hatte ... die Tatsache, daß wir uns vorgestern dabei wirklich anstregten und daß wir uns heute noch davon zerrädert fühlen, die beweist nicht, daß wir gestern und vorgestern wirklich etwas aus eigener Initiative getan hätten. Unsere Sache war unsere Geschäftigkeit *nicht*, sondern die Sache derer, deren Geschäft sie war.«

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 2, Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 147f.

»Durch unsere unbeschränkte promethische Freiheit, immer Neues zu zeitigen (und durch den pausenlosen Zwang, dieser Freiheit unseren Tribut zu entrichten), haben wir uns als zeitliche Wesen derart in Unordnung gebracht, daß wir nun als Nachzügler dessen, was wir selbst projiziert und produziert hatten, mit dem schlechten Gewissen der Antiquiertheit unseren Weg langsam fortsetzen oder gar wie verstörte Saurier zwischen unseren Geräten einfach herumlungern.«

Günther Anders: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 1, Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, München 1980, S. 16.

ihn meinen Entscheidungen zugrunde zu legen. Obwohl ich weiß, daß die UNO ein von imperialen Staaten weitgehend beherrschtes Gremium ist, freue ich mich, der menschenverachtenden Logik der Bioethik ein Pendant entgegengestellt zu sehen. Es repräsentiert (noch?) nicht die herrschende Meinung. Aber es beschneidet die Hegemonie des Mensch-versus-Person-Denkens.

In ihrer Phantasie sollen meine Enkel – und deren Kindeskinde – Hexen, Zauberer, Schornsteinfeger, Teufel, Engel, Feuerwehrleute oder sonstwas sein können. Aber sie sollen nicht genetisch so »konstruiert« werden! Wer über Menschenbilder redet, denkt in Visionen. Ich möchte, daß uns – demokratischen Sozialisten – klar wird, daß wir einer zu einschichtigen Wissenschaftsgläubigkeit aufgefressen sind. Es reicht nicht (mehr) aus, sich im Galileischen Sinne die Frage nach der Verantwortung von Wissenschaftlern zu stellen. Mythen, Unerklärbares, Unveränderbares sind Bestandteil des Lebens. Ihre letzte Deutung würde unsere Phantasie töten. Ebenso gehören Krankheiten, Defizite, Rückschläge, Altern und Tod zu unserem Leben. Wer sie uns (der Menschheit) nähme, brächte uns (die Menschheit) um. Der Fortschritt, den wir brauchen, heißt Sozialismus. Die Menschen, die ihn erleben, gestalten und entwickeln sollen/können/wollen, dürfen in keiner Retorte entstehen.

Vielleicht gehört gerade das Quentchen Unberechenbarkeit, das Quentchen Unperfektheit, ein kleiner Hang zu chaotischem Verhalten zum wertvollsten, zumindest zum interessantesten an uns Menschen.

BIRGIT ROMMELSPACHER

PDS und feministische Politik – ein Widerspruch?

Ich habe mir die »Programmthesen zur programmatischen Debatte« der PDS unter feministischer Perspektive angeschaut und möchte meinen Eindruck thesenhaft vorstellen. Da es hier um grundsätzliche Fragen geht, müssen einige Dinge doch etwas genauer ausgeführt werden. Um aber möglichst deutliche Anknüpfungspunkte für die Debatte zu liefern, werde ich dennoch versuchen, die entscheidenden Punkte pointiert herauszuarbeiten.

Als erstes fällt auf, daß eine enorme Kluft zwischen den Ansprüchen der PDS bezüglich feministischer Politik und deren Umsetzung besteht, denn eine Analyse der patriarchalen Machtverhältnisse und eine entsprechend daraus abgeleitete politische Strategie wird in den Thesen nicht ausgeführt. Es wird zwar immer wieder an durchaus prominenter Stelle auf die Absicht verwiesen, patriarchale Dominanz abbauen und feministische Politik umsetzen zu wollen, aber man sucht vergebens nach einem Abschnitt, in dem dies konkreter ausgeführt würde. Das ist um so überraschender, als die PDS nach außen ein durchaus anderes Bild bietet: In wichtigen Positionen gibt es eine Reihe von starken und interessanten Frauen, und immer wieder hört man von parlamentarischen Anfragen oder Gesetzesinitiativen der PDS mit feministischer Intention. Wenn man sich jedoch die Programmthesen anschaut, fragt man sich, inwiefern diese Politik tatsächlich ausgewiesen ist.

Diese Kluft zwischen Praxis und Theorie läßt sich aus theoretischer Perspektive wohl vor allem damit erklären, daß bei der Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse die Unterschiedlichkeit der Systeme von Herrschaft nicht berücksichtigt werden – ob es um das kapitalistische Wirtschaftssystem geht, um patriarchale Machtverhältnisse oder z.B. um kulturelle Dominanz im Sinne von rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung. Diese Dominanzverhältnisse hängen zwar unmittelbar zusammen, sind aber weder von ihrem historischen Ursprung noch in der Systematik ihres Funktionierens miteinander identisch. Und nur wenn die Spezifik der jeweiligen Machtsysteme herausgearbeitet wird, kann deren Wechselwirkung genauer untersucht werden.

Das wesentliche Charakteristikum der Unterdrückung im Geschlechterverhältnis sehe ich – grob formuliert – hauptsächlich in den folgenden beiden Dimensionen: Zum einen in der besonderen Ausbeutung der Arbeitskraft von Frauen, und zwar in der Erwerbssphäre, in der sie schlechter bezahlt werden und weniger Aufstiegschancen haben und zum anderen im Privatbereich, in dem sie im

Birgit Rommelspacher – Jg. 1945, Dr. phil., Professorin für Mädchen- und Frauenarbeit an der Alice Salomon Fachhochschule für Sozialwesen Berlin; Privatdozentin an der Technischen Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Feministische Psychologie, Rassismus und Antisemitismus. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: Behindertenfeindlichkeit. Ausgrenzungen und Vereinnahmungen (1999).

Vortrag in der Veranstaltung des AK Feministische Politik der PDS-Bundesfraktion am 16. Februar 2000.

Florence Montreynaud beschloß, Vorurteilen zu Leibe zu rücken, stöberte in den Bibliotheken, durchflog Nachschlagewerke, Bücher und Zeitschriften, sprach mit Zeitzeugen. Kistenweise häuften sich die Dokumente in ihrer Wohnung. Bis sie eines Tages zur Feder griff, um das Leben dieser Frauen und ihren Beitrag zu den Umwälzungen des 20. Jahrhunderts aus der Sicht einer Feministin zu erzählen. Die turbulenten siebziger Jahre mit den Frauen der feministischen Befreiungsbewegung (MLF) waren vorüber. Anfang der achtziger Jahre hatte sich die Gegenoffensive der Machisten durchgesetzt, Verleger wollten nichts mehr von Frauenbewegung oder Frauenbefreiung wissen. Brigitte Pätzold: Die »Rudelführerin«. Wie Florence Montreynaud, die Autorin des »20. Jahrhunderts der Frauen«, zur Gründerin der zähnefletschenden Wachhündinnen wurde, in: Freitag, 9. Juni 2000, S. 23.

Vergleich zu Männern ein Vielfaches an unbezahlter Arbeit leisten. Das ist die eine Dimension. Die andere ist die Frage der Inhalte, was machen Frauen im Vergleich oder im Unterschied zu Männern? Und hier ist ebenfalls im Erwerbs- wie auch im Privatbereich Frauen eher Fürsorge, Dienstleistung und Assistenz zur Reproduktion der Arbeitskraft von Männern und Kindern zugeordnet bis hin zu sexuellen Dienstleistungen, die, wie wir wissen, oft genug auch mit Gewalt eingefordert werden.

Wir haben also einerseits das direkte Interesse an der Ausbeutung der Arbeitskraft der Frauen und andererseits eine symbolische Ordnung, die den Frauen bestimmte inhaltliche Rollen zuweist, die sie sich selbst auch aneignen. Dieses kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit wird reproduziert durch bestimmte Bilder, was in dieser Gesellschaft Weiblichkeit und Männlichkeit bedeutet, was für Frauen erstrebenswert erscheint, und was als unweiblich sanktioniert wird; was Männer zu tun haben, um nicht als feminin zu gelten, und welche Einstellungen sie zu sich selbst und Frauen gegenüber vermittelt bekommen. Auf der symbolischen Ebene wird also verhandelt, was Weiblichkeit und Männlichkeit in unserer Gesellschaft bedeuten, und warum es für Frauen bzw. Männer auch attraktiv ist, diesen Vorstellungen zu entsprechen. Eine Politik, die diese Ordnung aufbrechen möchte, muß nun auf beiden dieser Ebenen ansetzen: auf der Ebene der Ressourcen wie auf der der symbolischen Ordnung. Dies ist meine Grundthese.

Nehmen wir ein Beispiel: Seit 1950 bis heute hat sich die Diskrepanz der Einkommen zwischen voll erwerbstätigen Frauen und Männern in der BRD (West) nicht verändert. Frauen erzielen etwa 70 Prozent des Einkommens der Männer und das, obwohl Frauen inzwischen von der Ausbildung her die Männer nicht nur eingeholt, sondern teilweise sogar überholt haben und spätestens seit den achtziger Jahren eine aktive Gleichstellungspolitik betrieben wird. Trotzdem verdienen sie nach wie vor wesentlich weniger. Was sind die Gründe für die ungleiche Bezahlung trotz gleicher und teilweise besserer Qualifikation von Frauen? Ein Grund ist der, daß weniger qualifizierte Männer Frauen bei den Stellenbesetzungen vorgezogen werden. Ein anderer ist der, daß auf dem geschlechtsgetrennten Arbeitsmarkt frauentypische Arbeiten immer niedriger als männertypische Tätigkeiten eingestuft werden. Und wenn Frauen in männerorientierte Berufe vordringen – was ja auch mit vielen Gleichstellungs-Programmen versucht worden ist –, dann werden diese Bereiche abgewertet und Männer ziehen in andere Erwerbssektoren weiter, z. B. in den Bereich der Kommunikationstechnologie und Informatik oder in den Geldhandel etc. und überlassen die geringer bewerteten Erwerbssektoren den Frauen.

In der DDR – das wissen wir – war das deutlich anders: Dort gab es die Geschlechtersegregation nicht entfernt in dem Maße, wie das im Westen der Fall war. Das erstaunliche, um nicht zu sagen, erschütternde ist jedoch, daß innerhalb kürzester Zeit auch die Mädchen aus den neuen Bundesländern sich sehr schnell umorientiert haben und nun auch vorwiegend typische Frauenberufe wählen. Das läßt sich sicherlich nicht allein auf Marktmechanismen zurückführen, sondern auch darauf, daß sehr schnell eine symbolische

Ordnung gegriffen hat, beziehungsweise eine latente Struktur offensichtlich geworden ist, die die Zuschreibungen von dem was weiblich und dem was männlich ist, auch öffentlich hat wirksam werden lassen.

An diesem Beispiel sehen wir auch, daß die Umverteilung der Ressource Bildung, die selbst im Westen gelungen ist, nichts oder zumindest wenig an der symbolischen Ordnung und damit den Einstellungen von Frauen und Männern an ihrer Rolle geändert hat. Trotz Chancengleichheit werden das traditionelle Geschlechterverhältnis reproduziert und Bilder weiter gegeben, die Mädchen dazu veranlassen, unbedingt Friseurin, Verkäuferin oder Krankenschwester werden zu wollen, und es Jungen nahelegen, doch eher Maurer, Automechaniker oder Techniker zu werden. Das heißt, die Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen genügt nicht, um auch die symbolische Ordnung zu verändern. Sicherlich kann sie auch etwas zu Einstellungsänderungen beitragen. Der Erfolg bleibt allerdings prekär beziehungsweise ist nicht nachhaltig genug, so daß sich unter anderen Bedingungen die Situation sehr schnell wieder ändern kann.

Es geht also nicht nur um die Frage der Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen, sondern auch um die Umverteilung symbolischer Macht, das heißt um die Anerkennung der unterschiedlichen Lebensbedingungen, Interessen und Perspektiven von Frauen und Männern und darum, daß ihre Sicht jeweils die gleiche gesellschaftliche Bedeutung hat. Eine solche Politik der Anerkennung hätte das Ziel, für Frauen dasselbe Anrecht auf Respekt, Schutz und öffentliche Teilhabe durchzusetzen wie für Männer.

Geschlechterpolitik in Ost und West

Nun ist das Interessante, daß beide Politiken, also die Politik der Umverteilung und die Politik der Anerkennung – um es pointiert und kurz zu formulieren –, von den Frauen in Ost und West jeweils nahezu paradigmatisch vertreten worden sind. Und das finde ich so enorm spannend an der Entwicklung, daß wir hier in Deutschland zwei völlig gegensätzliche Entwicklungen hatten und mit der Vereinigung zwei Systeme aufeinandergeprallt sind, die kaum unterschiedlicher hätten sein können. In den Programmthesen wird ja auch darauf hingewiesen, daß Ost- und Westdeutschland jeweils die Exponenten der Hegemonialmächte waren und in Deutschland die Grenze der Systemopposition verlief. Und das spiegelt sich eben auch im Geschlechterverhältnis wider.

Das zeigt sich in der eklatanten Diskrepanz zwischen der Position der Frauen im Westen und im Osten. Die Ostfrauen nahmen bekanntlich weltweit eine Spitzenposition ein, was die Erwerbsquote anbetrifft: Über 90 Prozent waren erwerbstätig, was es sonst in keinem Land der Welt gab – zumindest soweit dies statistisch erfaßt ist und sich auf die bezahlte Erwerbsarbeit bezieht. Die Westfrauen hingegen hatten eine relativ niedrige Erwerbsquote, und die BRD war, was die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen anbetrifft, so gut wie das Schlußlicht in Europa; nur Portugal hatte noch weniger. Bestimmend war also das traditionelle Familien- und Mutterbild.

Wie aber schreibt man die Enzyklopädie eines Jahrhunderts als Mutter von vier Kindern? Die präzisen Gesten, das immer wohlwollende Lächeln, die eiligen, zielstrebigten Schritte von Florence Montreynaud veraten Selbstbeherrschung, Disziplin und Energie. Und die braucht es, um ein solches Werk zu schaffen, das unter der Devise entsteht: »Et liberi et libri«, sowohl Kinder als Bücher, ihr Gegenargument zu: »aut liberi aut libri«, entweder Kinder oder Bücher, womit man früher die Mädchen vom Studieren abhalten wollte. Ebenda.

Die Geschichte der Frauen der ganzen Welt, Jahr für Jahr, von 1900 bis zum Jahre 2000 – samt historischem Kontext – zu schreiben, das ist eine Herausforderung. Sie ist umso bedeutender, als es um die Geschichte des 20. Jahrhunderts geht, in dem es zu den entscheidendsten Umwälzungen im Leben der Frauen kommt: zur Befreiung der Köpfe durch die Aufnahme der Frauen in Universitäten und männliche Eliteschulen; zur Befreiung der Hände dank technischer Errungenschaften wie Waschmaschine oder Mikrowellenherd; zur Befreiung der Bäuche durch Empfängnisverhütung. Ebenda.

Dementsprechend haben sich natürlich auch die Einstellungen der Frauen in den beiden Teilen Deutschlands ganz anders entwickelt. Im westlichen Feminismus der siebziger Jahre war die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsbereich zwar auch Thema, aber die zündenden und mobilisierenden Ideen waren der Kampf um die Abschaffung des § 218, die Gewalt gegen Frauen, der sexuelle Mißbrauch – wie auch der Aufbau einer autonomen Frauenkultur mit Frauenzentren, Frauenkunst und Frauenwissenschaft. Es wurden die Bilder von Frauen in den Medien und in den Schulbüchern hinterfragt, die Funktion von Pornographie und der Umgang der Geschlechter im Alltagsleben; die Bedeutung von Sprache und Körpersprache, wie Männer auftreten, wie sie gehen und stehen, wer wen anlächelt oder die Hand über die Schulter legt ... also wo und wie die Machtverhältnisse wirksam sind und wie sie die ganze Lebensweise durchdringen.

Hier setzte auch die Kritik der Ostfrauen an, die sich vielfach darüber mokierten, was die Westfrauen doch für Probleme hätten: »Die kümmern sich doch hauptsächlich um das große »I« in der Sprache und um solche Kinkerlitzchen. Wir haben da ganz andere Probleme und ganz andere Dinge geschafft, von denen die keine Ahnung haben«. Aber auch die Westfrauen hatten natürlich ihre Kritik auf Lager. Sie warfen den Ostfrauen u.a. vor, daß sie sich ihre Emanzipation von den Männern hätten schenken lassen und ihnen deshalb ihr Leben lang dankbar seien. Insofern sind sich wohl weder die West- noch die Ostfrauen viel schuldig geblieben.

Das Auseinanderklaffen völlig unterschiedlicher Lebensverhältnisse hatte zu unterschiedlichen Formen des Geschlechterverhältnisses geführt, und dementsprechend unterschiedlich waren auch die Umgangsweisen zwischen den Geschlechtern und das Selbstverständnis von Frauen und Männer. Das führte notwendig zu Konflikten und gegenseitigem Unverständnis – wie in der allgemeinen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen West und Ost auch. Hier machen die Frauen keine Ausnahme. Da aber beide Politikansätze notwendig sind, wäre es außerordentlich konstruktiv, wenn Ost- und Westfrauen zumindest jetzt in eine kritische und konstruktive Debatte einsteigen würden, denn beide Strategien, die Politik der Umverteilung wie auch die Politik der Anerkennung haben ihre Vor- und ihre Nachteile. Diese möchte ich im folgenden kurz skizzieren.

Politik der Anerkennung und Politik der Umverteilung: Vor- und Nachteile

Was die Politik der Umverteilung anbetrifft, so liegen die positiven Aspekte unmittelbar auf der Hand: Es geht um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, indem Frauen und Männer den gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen beanspruchen.

Der Nachteil dieser Politik liegt in erster Linie darin, daß Frauen sich dem patriarchalen Modell anpassen müssen, um diese gleichen Chancen tatsächlich auch zu bekommen. So müssen sie im Erwerbsbereich dieselben Karrieremuster aufweisen, wenn sie mit den Männern gleichziehen wollen. Und hier greift die unsichtbare Asymmetrie des kapitalistischen wie sozialistischen Wirtschaftssystems:

Als Arbeitskräfte sind Frauen und Männer zwar gleich, tatsächlich haben die Frauen aber durch ihre nahezu exklusive Verantwortung für den Privatbereich kaum eine Chance, im Erwerbsbereich wirklich gleichgestellt zu werden. Im Land des homo oeconomicus kommt Familie einfach nicht vor, obgleich es darauf gründet. Frauen können sich nur dann emanzipieren, wenn auch sie die Realität der Privatheit leugnen und sich dem männlichen Modell von Leben unterworfen haben. Dementsprechend wurde in der DDR auch das Konzept männlicher Gesellschaftsentwürfe nicht hinterfragt. Der Mann war der Schöpfer, die Frau seine Genossin, wie es schon in der Bibel vorgezeichnet ist.

Ein zweiter Negativposten bei der Politik der Umverteilung hängt mit dem ersten eng zusammen, nämlich daß das herrschende patriarchale System bestimmt, in welcher Hinsicht Gleichberechtigung zu verstehen ist. In erster Linie geht es meist um Gleichstellung in bezug auf Erwerbstätigkeit. Die Frage nach der Gleichstellung könnte aber auch ganz anders gestellt werden, z.B. aus der Perspektive des Privaten. Da würde die Situation vollkommen anders aussehen, was die Arbeitsteilung, die Bedeutung von Familie, das Sozialversicherungssystem, Arbeitszeitregelungen etc. anbetrifft. Die ganze Politik würde anders aussehen. Das heißt, es fragt sich, von welchem Standpunkt aus wird Gleichheit definiert – gleich in bezug worauf.

Und der dritte problematische Punkt ist, daß eine solche Politik relativ machtlos ist gegenüber Motivationen und Einstellungen, also gegenüber der normativen Ebene, gegenüber dem, was ich die symbolische Ebene genannt habe. Hierzu noch einmal ein Beispiel. Es gibt Untersuchungen über sogenannte dual-career-families, also Familien, in denen sowohl der Mann als auch die Frau Karriere machen wollen und in denen beide sehr gute Bildungsabschlüsse haben. Beide versuchen also gemeinsam ins Berufsleben einzusteigen. Nun kann man feststellen, daß bereits nach fünf Jahren die Schere zwischen der Position des Mannes und der der Frau auseinanderklafft. Die Frau hat in der Regel, wenn überhaupt, eine erheblich schlechtere berufliche Position als der Mann. Wie kommt das? Einmal natürlich, weil Männer bessere Chancen im Beruf haben. Das alleine genügt aber nicht, vielmehr ist es so, daß beide meist auch privat einem Arrangement zustimmen, das dem Mann eine bessere Startposition ermöglicht: Muß der Mann z.B. in eine andere Stadt ziehen, um einen lukrativen Posten zu bekommen, ist es nahezu selbstverständlich, daß die Frau dem Mann nachzieht und nicht umgekehrt. Und damit hat sie in der Regel ihre Chancen bereits verspielt – ganz zu schweigen von der Frage der Kinderbetreuung und dem Erziehungsurlaub. Das heißt, es ist auch eine Frage der Einstellung, nicht nur eine Frage der objektiven Chancen. Und hier setzt die Politik der Anerkennung an, ihr geht es im wesentlichen um die Einstellungen und Bilder, die über Weiblichkeit und Männlichkeit in der Gesellschaft weiter gegeben werden.

Welche Vor- und Nachteile hat nun diese Politik, die mehr auf der symbolischen Ebene ansetzt? Ziel dieser Politik ist es, die ganze Lebensweise zu politisieren und alle Bereiche des Lebens in die kritische Reflexion einzubeziehen. Das ist, denke ich, der große

Aufmerksamkeit und Ermütigung durch den Vater hat wohl auch die deutsche Mathematikerin Emmy Noether, Tochter von Max Noether, erfahren, um nur ein Beispiel aus dem »20. Jahrhundert der Frauen« herauszugreifen. Wer kennt schon die Erfinderin der modernen Algebra, die im Jahr 1900 zur Universität zugelassen wurde – allerdings nur als freie Zuhörerin – und 1915 Professorin wurde – allerdings ohne Gehalt. Wer weiß schon, daß die »Noetherschen Knoten« auf der Relativitätstheorie einer Frau beruhen, die sich trotz aller Hindernisse durchgesetzt und eine eigene Mathematikschule gegründet hat?
Ebenda.

Vorteil dieser Form von Politik. Es geht dann eben nicht nur um den Erwerbsbereich, sondern wie gesagt auch um die Frage, welches Bild von Frauen und Männern in den Medien, in der Politik, in der Kunst, Literatur und Wissenschaft wie auch im Alltagsleben ständig reproduziert wird. Jeder Bereich ist durchdrungen von dem kulturellen System der Zweigeschlechtlichkeit. Selbst die Wetterlage wird danach bestimmt. So mußten Frauen lange dafür kämpfen, daß nicht immer das schlechte Wetter, also das Tief, mit einem Frauennamen und das schöne Wetter mit einem Männernamen belegt wurde.

Der Nachteil einer solchen Politik liegt auf der Hand: Es besteht die Gefahr, daß sie auf der Ebene des Symbolischen bleibt und nicht mehr auf die Ebene der materiellen Verhältnisse durchdringt. Und das war ja auch der Kern des Vorwurfs der Ostfrauen gegenüber den Westfrauen, daß sie sich um Nebensächlichkeiten wie die Sprache anstatt um die wesentlichen Dinge der materiellen Existenz kümmerten.

Ein zweites Problem dieser Politik liegt darin, daß die Gefahr besteht, die Geschlechterdifferenzen festzuschreiben, daß also genau die Unterschiede, die frau eigentlich aufheben möchte, auf neue Weise reproduziert werden. Frauen haben im Zuge der Frauenbewegung Frauenräume geschaffen, Frauenbildung, Frauenkultur und Frauenforschung. Diese Identitätspolitik war und ist ein mächtiges Instrument, um der herrschenden Definition von dem, was Frauen zu tun, zu denken und zu träumen haben, eine andere Sicht und Realität entgegenzusetzen. Gleichzeitig liegt in dieser Form der emanzipatorischen Segregation immer auch der Kern einer affirmativen, konservativen Segregation verborgen. Und da Differenzen zwischen den Geschlechtern in der Geschichte bisher so gut wie immer mit einer Hierarchisierung einhergingen, besteht die Gefahr, sich selbst auch in einem solchen Geschlechterarrangement zu verfangen.

Die Identitätspolitik versuchte, den Frauen eine eigene Stimme zu geben, aber letztlich ist sie damit immer wieder auch ein Stück weit bei den traditionellen Frauen- und Männerbildern angekommen. Ich denke zum Beispiel an die Diskussion um die Frau als das friedfertige Geschlecht (Margarete Mitscherlich). Wie unterscheidet sich diese Vorstellung von dem traditionellen Bild der Frau als fürsorgliche Mutter und dem Mann als Krieger? Es liegt eine große Paradoxie in einer Politik, die Unterschiede betont, um sie aufzuheben.

Ein dritter problematischer Punkt ist, daß sich in der Frauenbewegung zunehmend die Frage stellte, wer bestimmt hier eigentlich, wer die »richtige« Feministin ist, wer übernimmt eigentlich innerhalb der Frauenbewegung die Definitionsmacht. Denn in der Entgegensetzung gegen die herrschende Politik und Kultur schälte sich immer deutlicher ein einheitliches Bild von Frauen heraus, in dem sich letztlich nur sehr wenige Frauen wirklich wiedergefunden haben. Vor allem aber haben Immigrantinnen, schwarze Frauen, jüdische Frauen protestiert und gesagt, das ist nicht unsere Frauenbewegung, wir können uns hier nicht wiederfinden, ihr nehmt unsere Sicht und unsere Probleme nicht zur Kenntnis.

Manchmal, wenn die Autorin den Bogen vom Anfang bis zum Ende des Jahrhunderts spannt, stellt sie fest, daß Utopien nicht immer umsonst geträumt werden. So wollte schon 1917 die brillante sowjetische Intellektuelle Alexandra Kollontai die Frauen vom »Joch der Hausarbeit« befreien. Diese zeitverschlingenden Aufgaben sollten gemeinsam bewältigt werden. Im Jahr 2000 hat die Finnn Liisa Joronen den Traum der sowjetischen Politikerin in die Tat umgesetzt – wenn auch nur auf Unternehmens- statt auf Landesebene. Unter den 2700 Angestellten ihrer Firma gibt es weder Sekretärinnen noch Putzfrauen. Diese undankbaren Aufgaben werden von allen geteilt. Ebenda.

Es waren zwar zuvor auch schon Differenzen zwischen Frauen diskutiert worden – vor allem die zwischen lesbischen und Hetero-Frauen und die zwischen Müttern und Nichtmüttern, auch gab es erhebliche konzeptionelle Differenzen –, aber es gab eben keine Diskussion zwischen Frauen unterschiedlicher ökonomischer Klassen, zwischen einheimischen und eingewanderten Frauen, zwischen behinderten und nichtbehinderten Frauen, christlichen und islamischen Frauen etc. – all diese Differenzen hatten bisher keine Rolle gespielt. Weiße Mittelschicht-Frauen mit meist christlich-säkularem Hintergrund hatten sich in der Frauenbewegung die Definitionsmacht über andere angeeignet, ein Vorgang, den sie bisher bei den Männern aufs heftigste kritisiert hatten.

So können wir resümieren, daß beide politische Strategien, die der Umverteilung und die der Anerkennung ihre Vor- und Nachteile haben. Gleichwohl sind beide notwendig, und die eigentliche Chance besteht darin, daß sie sich gegenseitig ein Korrektiv sein könnten. Und darin könnte eben auch die große Chance in der kritischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West bestehen, wenn sie offen die Fallstricke der unterschiedlichen Strategien deutlich macht und eine produktive Weiterentwicklung ermöglicht.

Dazu noch ein Beispiel aus den Thesen zur programmatischen Debatte:

In einem Abschnitt geht es um die zukunftssträchtige Entwicklung in Ostdeutschland. Und in der Hauptthese heißt es: »Wir betrachten die kulturellen Unterschiede zwischen West und Ost auch als eine Bereicherung, die für die ganze Bundesrepublik produktiv gemacht werden sollte«. Wenn man nun anschließend die Punkte liest, die dies ausführen sollen, dann geht es ausschließlich um Wirtschaftsförderung, um den ökonomischen Umbau, um innovative Arbeitsplätze, um nachhaltige Entwicklung, Regionalisierung der Arbeit, aber um die Grundfrage, wie können die kulturellen Unterschiede zwischen den beiden Gesellschaften produktiv gemacht werden, geht es nicht. So geht es nicht um die Frage, wie und durch wen die Ost-Perspektive eingebracht werden soll; welches Bild von der DDR z.B. in den Medien und in den Schulbüchern verbreitet wird, welche Forschungen betrieben werden, wie Erinnerung gestaltet und das kollektive Gedächtnis bestimmt wird; also wer die Geschichte schreibt und wie mit ihr umgegangen wird. Wer hat hier die Definitionsmacht und wie wird darum gekämpft? Also ich denke, auch hier wäre die Ebene der symbolischen Auseinandersetzung von großer Bedeutung und möglicherweise ebenso wichtig wie die ökonomische und materielle Ebene. In einer solchen Auseinandersetzung könnten die Frauen durchaus eine Vorreiterrolle spielen, indem sie in einen kritischen Dialog zwischen West und Ost eintreten, der nach der Wende nach meiner Einschätzung sehr schnell abgebrochen worden ist, weil er zuvor vielfach in Polemik untergegangen oder lediglich auf der Ebene von Befindlichkeit stehen geblieben war.

Die bisherigen Aussagen und Analysen möchte ich nun im folgenden dritten Teil einschränken und zugleich erweitern. Und zwar habe ich bisher ausschließlich das Geschlechterverhältnis betrachtet – losgelöst von anderen Machtverhältnissen. Gleichwohl hatte

ich am Anfang gesagt, daß es notwendig ist, sich die unterschiedlichen Machtverhältnisse und deren innere Logik anzuschauen, und dann zu sehen, wie sie miteinander in Wechselwirkung treten; also zu fragen, wie ökonomische Klassen, kulturelle Dominanz, Marginalisierung z.B. von Behinderten und sexuellen Minderheiten mit der patriarchalen Ordnung interagieren. So zeigt uns die Geschichte, daß es das Geschlechterverhältnis als solches nie gab, sondern es immer mit anderen Machtverhältnissen verbunden war: Denken wir an die Widersprüche der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung; aber auch an die Geschichte der westlichen Frauenbewegung – also der Kolonialmächte – im Gegensatz zu der Frauenbewegung in den kolonisierten Ländern. Schon diese Geschichte zeigt deutlich, daß immer verschiedene Dimensionen gleichzeitig relevant sind. Aber ich denke, der Blick in die Zukunft unter dem Aspekt der Globalisierung macht es inzwischen völlig unmöglich, Geschlechterverhältnisse ausschließlich als solche zu sehen und nicht gleichzeitig Klassendifferenzen wie auch Unterschiede in bezug auf Ethnizität mit zu diskutieren. Ich möchte mich im folgenden auf die Beziehung zwischen Ethnizität und Geschlecht konzentrieren.

Ethnizität und Geschlecht

Die Globalisierung bringt, wie wir alle wissen, keine Egalisierung mit sich. Die Welt rückt zwar näher zusammen, aber das heißt noch lange nicht, daß sich damit die Lebensverhältnisse angleichen. Im Gegenteil, die Kluft zwischen Nord und Süd beziehungsweise West und Ost wird eher größer als geringer.

Zugleich wird diese Kluft durch das Zusammenrücken immer deutlicher spürbar – auch in der »ersten Welt«. Durch die Verbilligung und Verkürzung der Kommunikations- und Transportwege wird nicht nur die sogenannte erste in der dritten Welt zunehmend präsent, sondern auch umgekehrt die dritte in der ersten. Aufgrund der Medien und des Tourismus einerseits sowie Flucht und Einwanderung andererseits vermischen sich die Welten, ohne daß die Kluft zwischen ihnen aufgehoben würde.

Für die hochindustrialisierten Länder des Westens hat das in erster Linie zur Folge, daß eine soziale Unterschichtung stattfindet und hier eine neue Unterklasse entsteht aus ArbeitsmigrantInnen und vor allem auch aus Flüchtlingen, denen hier Dokumente und legale Arbeitsmöglichkeiten verweigert werden. Die Folge ist einmal eine harte Konkurrenz um Löhne, Wohnung und Arbeit in den unteren Schichten und zum anderen Aufstieg und Prestigegewinn für die mittleren und oberen Schichten. Die Einwanderinnen und Illegalisierten machen die schlechten Arbeiten und niedrigen Dienstleistungen, so daß die einheimischen Frauen und Männer aufsteigen können. So sind – um es plastisch auszudrücken – die deutschen Putzfrauen immer mehr durch türkische Putzfrauen ersetzt worden; und diese werden möglicherweise immer mehr durch polnische Putzfrauen oder illegalisierte Flüchtlingsfrauen ersetzt, die oft hochqualifiziert sind.

Ein Resultat dieser Entwicklung ist, daß auch die Kluft zwischen Frauen immer größer wird. So können sich einheimische Frauen

Träume sind nötig, schreibt Florence Montreynaud am Schluß ihres Werks. Wer hätte 1900 gedacht, die Frauen könnten den Zyklus ihrer Fruchtbarkeit und damit ihr Leben bestimmen? Warum sollte man also nicht von einer Welt ohne Prostitution und ohne Gewalt gegen Frauen träumen, ja, solch eine Welt auch einfordern, wie es die Organisatorinnen vom Weltmarsch der Frauen 2000/2001 tun? Nur wer seine eigene Geschichte kennt, kann sich auch in die Zukunft projizieren. Zu diesem Zukunftsprojekt soll ihr Werk, das auf 20 Jahren feministischer Forschung beruht, beitragen.
Ebenda

mit guter Bildung auf Kosten von eingewanderten Frauen emanzipieren. Und damit fragt sich, welche Bedeutung dann der Begriff der Emanzipation noch hat? Kann man dann noch von Befreiung oder von Selbstbestimmung sprechen, wenn man sich damit gleichzeitig von anderen abgrenzt oder auf ihre Kosten aufsteigt?

Der Begriff der Emanzipation hat inzwischen – um es pathetisch zu formulieren – seine Unschuld verloren. Er ist zu einem Distinktionsbegriff geworden, also einem Begriff, der die Absetzung und Abwertung des/der Anderen impliziert. Wenn heute türkischen jungen Frauen die Lehrstelle mit dem Argument verweigert wird, sie wären zu traditionell, und ihnen deutsche Frauen vorgezogen werden, die von vornherein als emanzipiert gelten, dann wird der Emanzipationsbegriff eben zu diesem Distinktionsbegriff, zur Markierung einer Grenzlinie, die Macht- und Dominanzverhältnisse legitimiert. Der Begriff der Emanzipation hat also somit eine doppelte Bedeutung bekommen, zum einen meint er nach wie vor Selbstbestimmung, schließt aber zugleich den der Fremdbestimmung mit ein. Insofern muß ein Feminismus, der sich weiterhin die Gleichstellung aller Frauen zum Ziel setzt, ein kritischer Feminismus sein, der nicht einfach nur nach vorne schaut, wem gegenüber Frauen sich befreien sollen, sondern zugleich auch nach hinten, auf wessen Kosten sich Frauen emanzipieren.

Eine solche kritische Hinterfragung des Emanzipationsbegriffs betrifft auch allgemeine Begriffe der Selbstbestimmung – so auch den Begriff der Demokratie. Damit möchte ich wieder auf die Thesen zur programmatischen Debatte zurückkommen, in denen ein Kernpunkt auch die »Demokratisierung der Demokratie« ist – zweifellos ein zentrales Anliegen jeder emanzipatorischen Politik. Allerdings denke ich, daß auch bei aller prinzipiellen Bedeutung dieses Ziels dennoch auch hier kritische Reflexionen notwendig sind. Demokratie hat heute unter den Bedingungen von Globalisierung nicht mehr nur die Funktion von Selbstbestimmung, sondern bedeutet zugleich auch immer Fremdbestimmung.

So ist strukturell mit Demokratie auch die Macht der Mehrheit gemeint. Sie bedeutet Herrschaft des Volkes. Wer aber ist das Volk und worüber herrscht es? Alexis de Tocqueville sprach bereits nach seiner 1831 durchgeführten Reise in die USA in der Abhandlung »Über die Demokratie in Amerika« von der »Tyrannei der Mehrheit«, denn die Mehrheit bestimmt die öffentliche Meinung und die gesetzgebende Versammlung und damit über das Schicksal der verschiedenen Minderheiten. Die Minderheit hat niemals die Chance, zur Mehrheit zu werden und Tocqueville sah angesichts der Dominanz des Christentums und der Realität der Sklaverei die Gefahr einer neuen Art von Despotismus entstehen. Heute können wir diese mit einem Zitat des Bürgermeisters von Gollwitz belegen, der sagte: »Demokratie heißt ja immer noch Herrschaft des Volkes und wir sind das Volk, und wir bestimmen, wer in diesen Ort zieht und wer nicht«. Damit begründete er die Abweisung von osteuropäischen Juden, die in Gollwitz untergebracht werden sollten. Das heißt, die Mehrheit bestimmt, was mit der Minderheit geschieht. Bei der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft wurde dieses strukturelle Problem der Demokratie unmittelbar deutlich: Wer bestimmt

Zu diesem Thema siehe vor allem:

- Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995;
- Neue Polarisierungen und neue Konvergenzen: Das Geschlechterverhältnis im Zeitalter der Globalisierung, in: Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts;
- Gert Schmidt und Rainer Trinczek (Hg.): Soziale Welt, Sonderband 13, Baden-Baden 1999;
- Le XXe siècle des femmes, Florence Montreynaud, Paris 1999;
- Florence Montreynaud: LOVE. Ein Jahrhundert der Liebe und Leidenschaft, Köln 1998.

eigentlich darüber, wer zu diesem Volk gehört oder nicht und wer die Staatsbürgerschaft bekommt oder nicht.

Im Zuge der Globalisierung und angesichts der krassen Gegensätze zwischen Reichtum und Armut oder auch diktatorischer und freiheitlicher Regierungssysteme, kann die Staatsbürgerschaft zu so etwas wie einem Feudalprivileg werden, in dem allein aufgrund der Abstammung jemand ganz andere Vorrechte genießt als Menschen, die zufällig einige hundert Kilometer weiter weg geboren wurden. Insofern denke ich, daß auch im Zusammenhang mit Demokratie die Frage, was Selbstbestimmung und was Fremdbestimmung heißt, unter den globalisierten Bedingungen kritisch hinterfragt werden muß, und daß sich hier ein kritischer Feminismus und auch eine kritische Demokratiedebatte gegenseitig durchaus befruchten können.

Damit komme ich zum Schluß. Demokratie heißt nicht nur Herrschaft der Mehrheit, im Sinne der Mehrheit der Personen, sondern sie bedeutet auch Herrschaft der Normalität, der herrschenden Normen, was auf die Frage zurückführt: Wer bestimmt hier, was in dieser Gesellschaft als normal zu gelten hat, wer hat die Definitionsmacht und wer die symbolische Macht? Ich denke, daß es heutzutage unabdingbar ist, das Geschlechterverhältnis, die Klassenverhältnisse und die Machtverhältnisse zwischen der sogenannten ersten Welt und dritten Welt und all die Fragen, die mit ethnischer Dominanz zu tun haben, aber auch mit der ökologischen Ausbeutung der Welt, zunächst jeweils in ihrer eigenen Logik zu betrachten, aber dann auch ihre Wechselwirkungen zu analysieren, da wir uns heute nicht mehr abschotten und kleinräumig innerhalb des Nationalstaates denken können. Wobei es sicherlich notwendig ist, die feministische Perspektive in alle Bereiche einzubringen, ob es sich um das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen handelt, um eine kritische Reflexion von Demokratie oder um das Thema Globalisierung. So könnte eine feministische Perspektive in all diesen Bereichen die Debatte bereichern und umgekehrt die Analyse der anderen Machtverhältnisse die feministische Perspektive differenzieren.

HANS-GERT GRÄBE

Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt

Vorbemerkungen

In der programmatischen Debatte im Umfeld der PDS ist (wieder einmal) ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob bzw. inwiefern die kapitalistische Gesellschaftsordnung auch als »moderne Gesellschaft« begriffen werden kann und muß. Im Kern geht es dabei um eine realistische Interpretation der Marxschen Erkenntnis: »neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle alter, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind« (MEW 13: 9).

Diese These wird auch von den Kritikern des Moderne-Ansatzes nicht in Frage gestellt.¹ Die Differenzen beginnen allerdings bereits bei der Frage, welche Entwicklungen als Keime einer sozialistischen Alternative anzusehen sind und wie sich diese entwickeln werden.

Methodisch konsequent zu Ende gedacht muß ein derartiger Ansatz auch danach forschen, wie solche Keime in die alte Gesellschaft eingebettet sind und diejenigen Prozesse und Instrumente heraus finden, die schon heute, in der Logik *gegenwärtiger* gesellschaftlicher Verhältnisse, in der Lage sind, diesen Keimen ein Substrat zu bereiten, auf dem sie knospen, sich entwickeln und Früchte tragen können, statt einzugehen. Ein solches Herangehen kann selbstverständlich kein Ersatz für die Kritik der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse sein, bedeutet aber, viel intensiver und unmittelbarer in diese Gesellschaft hinein zu schauen und in der Summe der Widersprüche und Perversionen auch Tendenzen und Prozesse aufzuspüren, die weit unter der Oberfläche auf sehr subtile Weise globalen Trends entgegen wirken. Zweifellos bedarf es sehr genauer analytischer Arbeit, um die Kraft und Dynamik solcher Gegentrends *realistisch* einzuschätzen. Diese Arbeit steht wohl, wenigstens die Analyse *heutiger* Umbrüche betreffend, im wesentlichen noch bevor.²

Daß solche unscheinbaren Trends wichtig für Analyse und Prognose gesellschaftlicher Veränderungen sind und nicht nur Fluktuationen um einen ansonsten stabilen »Endzustand der Geschichte« (Fukuyama) darstellen, wird aus marxistischer Sicht damit begründet, daß »die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne (...) sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren« (MEW 4: 465).

Im Gegensatz zu Marx sehen wir heute die historische Dynamik solcher Umwälzungsprozesse klarer. Sie ist keineswegs so linear,

Hans-Gert Gräbe – Jg. 1955; Dr. rer. nat. habil., Studium und Graduierung im Fach Mathematik, forscht seit Mitte der achtziger Jahre zur Computeralgebra im Grenzbereich zwischen Mathematik und Informatik, seit 1990 am Institut für Informatik der Universität Leipzig Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

1 Siehe etwa I. Wagner: Für einen neuen Sozialismus als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, Schriftenreihe des Marxistischen Forums, Heft 23, Berlin, September 1999, S. 12.

2 Im Vorwort zum »Kommentar« (vgl. nächste Fußnote) stellt L. Bisky auf Seite 8 fest: »Die Multi-Media-Entwicklung, die Dynamik der Informations- und Kommunikationsindustrie aber haben wir politisch und programmatisch

bislang nur unzureichend im Griff. Auch das vorliegende Buch weist in diesem Bereich seine bedauerlichste Lücke auf.«

wie es das Zitat nahelegt, sondern wird durch ein Wechselspiel von Phasen größerer Umbrüche und Zeiten relativer Konstanz wenigstens der wichtigsten Formen der Produktionsorganisation geprägt. Die größeren Umbruchphasen korrelieren eng mit wichtigen technologischen Durchbrüchen und haben wie die Kondratjew-Wellen eine Periode von etwa 70 bis 80 Jahren. Es waren wohl auch diese Umbrüche, die Marx um 1850 und Lenin um 1920 zu sehr optimistischen Prognosen für eine sozialistische Perspektive verleitet haben. Der Kapitalismus hat jedoch in beiden Umbruchphasen ein erstaunliches Anpassungsvermögen unter Beweis gestellt und war jeweils in der Lage, zu neuen Formen der Produktionsorganisation überzugehen (von der Manufaktur zum Fabrikssystem der industriellen Produktion und später zum Fließbandssystem des Fordismus), ohne die eigenen Grundpfeiler in Frage zu stellen. Eine solche einigermaßen schlüssige Anpassung steht für die aktuelle Umbruchphase bisher aus.

Wenn wir uns in der Analyse heutiger Umbrüche auf Marx stützen wollen, dann gilt es also zu berücksichtigen, daß er zu seiner Zeit die Wellenform dieser Umbruchprozesse nicht genauer erkennen konnte und somit sicher an vielen Stellen die Charakterisierung des *speziellen* Umbruchs um 1850 (des Übergangs zur industriellen Produktion) und die Momente der allgemeineren Dynamik (insbesondere die wachsende Rolle allgemeiner Arbeit) nicht sauber genug trennt. Ein solches Defizit gilt es heute zu vermeiden, wobei sowohl die *spezielle Dynamik* der aktuellen Umbrüche (Übergang zu einer Gesellschaft, die durch die Allgegenwart von Computern geprägt wird) als auch die *allgemeine Dynamik* (das Ende der »Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft« – MEW 13: 9) zu analysieren sind.

Ein großer Teil der Irritationen, die die programmatische Debatte in der PDS bisher begleiten, liegt zweifellos darin begründet, daß sich die »Modernisierer« (etwa im »Kommentar«³ oder den Mehrheitsthesen⁴) stärker auf die Dynamik zivilgesellschaftlicher Instrumente und damit auf diese allgemeinen Fragen konzentrieren, während eine fundierte Charakterisierung des speziellen Umbruchs der neunziger Jahre noch weitestgehend aussteht. Auch die Kritiker des Moderne-Ansatzes erkennen die Rolle an, die zivilgesellschaftlichen Instrumenten in dem Versuch zukommt, eine Klammer um Prozesse und Entwicklungen zu legen, die unter alleiniger Wirkung der Marktgesetze die Gesellschaft längst atomisiert hätten.⁵ Ihr Verweis sowohl auf deren (wenigstens in »ruhigen Zeiten«) vordergründig systemstabilisierende Wirkung als auch die Tatsache, daß sie sich nicht im Selbstlauf entwickeln, sondern ihr Aus- oder Abbau von harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen begleitet ist, bleibt für ein besseres Verständnis der vielfältigen Wirkungen dieser Instrumente genauer zu analysieren.

Ein solches voll funktionsfähiges *zivilgesellschaftliches Substrat*, also eine ausgebautе sowohl technische als auch soziale Infrastruktur, ist für technologische Prozesse in ihrer heutigen Komplexität notwendiger denn je. Erst ein solches gesellschaftliches Umfeld schafft den notwendigen Raum für den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Technologien und kann verhindern, daß

3 Zur Programmatik der PDS – Ein Kommentar, Berlin 1997.

4 Vgl. Thesen der Programmkommission zur programmatischen Debatte, Berlin, November 1999 (<http://www.pds-online.de>).

5 Vgl. Minderheitenvotum zu den Thesen der Programmkommission der PDS, Berlin, November 1999 (<http://www.pds-online.de>). – Abschnitt III: »Zur Moderne-Konzeption«).

sie in scheinbar blinder Gewalt soziale oder gar biologische Existenzbedingungen der Menschheit zerstören. In der Austrocknung dieses Substrats liegt anerkanntermaßen eines der Grunddefizite der Sozialismusversuche des 20. Jahrhunderts, die letztlich zu deren Scheitern führten. Die Art und Weise, wie die Austrocknung des zivilgesellschaftlichen Substrats in den neunziger Jahren ihre Fortsetzung findet, läßt Schlimmes befürchten, befindet sich aber nicht im Gegensatz zu realsozialistischen Defiziten, sondern führt sie fort. Es ergibt sich damit die Frage, ob neoliberale Politik nicht eher das auf die Spitze getriebene Alte als der Beginn einer neuen Epoche ist, der große Krach also nicht hinter uns liegt, sondern unmittelbar bevorsteht.

Deshalb sind auch Argumente zu entwickeln, mit denen sich prognostizieren läßt, ob die aktuellen technologischen Umbrüche noch einmal in primär am Profit orientierten Formen der Produktionsorganisation stabil aufgefangen werden können oder diesmal Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse erschüttert werden. Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß der Stand der Produktivkräfte die Transzendierung dieser Strukturen auf die Tagesordnung stellt. Marx schreibt in seinen *Grundrissen* dazu, daß in einem stark wissenschaftlich geprägten Arbeitsumfeld »die Schöpfung des wirklichen Reichtums weniger abhängt von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder (...) in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie« (MEW 42: 592).

Eine solche Gesellschaft, die mehr auf die individuelle Kompetenz als die austauschbare Arbeitskraft des einzelnen angewiesen ist, wird damit in wichtigen Bereichen auch einem anderen Gesetz als dem der Ökonomie der Zeit folgen. Die Gültigkeit dieses Gesetzes ist aber die Prämisse für die Anwendbarkeit der ökonomischen Theorie von Marx, wie er selbst im Anschluß an die oben zitierte Stelle herausarbeitet. Im Zuge der Analyse einer »modernen« Gesellschaft wird man also diesen Rahmen zu überschreiten haben.

Linux versus Windows

Für ein solch umfassendes neues Theoriegebäude ist die detaillierte Analyse realer, insbesondere ökonomischer Prozesse eine unabdingbare Voraussetzung, wobei der Analyse ausgewählter Trends »unter der Oberfläche« bei der Suche nach Keimen alternativer Organisationsformen besondere Bedeutung zukommt. In meinen Augen illustriert gerade ein sehr interessantes Projekt aus dem Bereich der Computersoftware, worauf es dabei ankommt.

Im März 2000 fand in Hannover wie jedes Jahr die *Cebit*, die deutschlandweit größte Computerschau, statt. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand der Software-Riese *Microsoft* mit der Europapremiere seines neuen Betriebssystems *Windows 2000*. Mit einem Upgrade-Preis ab etwa 300 DM pro Lizenz ist es nicht ganz billig und deshalb zunächst auch nicht so sehr für Privatnutzer gedacht (diese werden auf den Sommer und eine Variante vertröstet,

6 Darauf verweist z.B. die *Leipziger Volkszeitung* vom 26. Februar 2000, die im Beitrag »Pinguin macht Windows 2000 Konkurrenz« von der diesjährigen Cebit berichtet.

7 So enthält eine Winword-Datei zum Beispiel Informationen über vorgenommene Änderungen, um diese gegebenenfalls rückgängig machen zu können. Das ist sogar schon Profis auf die Füße gefallen, wie über eine Pressemitteilung von *Microsoft* berichtet wird, in dem sich noch »interessante« Informationen zwischen den Zeilen fanden. Die jeder Winword-Lizenz eigene Identifikationsnummer, die offensichtlich in jedes damit erstellte Dokument eingebrannt wird und etwa zur Überführung des (angeblichen) Autors des Killer-Virus »I love you« diente, verdeutlicht die »überwachungsstaatliche« Dimension solcher Geheiminformationen, die nur durch Code-Transparenz selbst transparent gemacht werden kann.

8 Noch einmal zur Erklärung: Will ich die 20 Rechner im Computerkabinett einer Schule (klingt unreal, zugegeben, wäre aber schön und eigentlich notwendig) betreiben, so brauche ich auf jedem von ihnen ein Betriebssystem. Wähle ich *Linux*, so investiere ich *einmal* 100 DM für die CDs, kann das System damit (rechtlich einwandfrei) auf *allen Rechnern* installieren und habe als Dreingabe noch eine große Auswahl freier Software wie Editoren, C- oder Pascal-Compiler usw. Wähle ich *Windows*, muß ich 20 Lizenzen (zu je etwa 800 DM) erwerben und noch einmal eine erkleckliche Summe für *Word, Excel*

die den klangvollen Namen *Windows Millenium Edition* tragen soll), zumal die Unterstützung einschlägiger Computerspiele wohl auch noch zu wünschen übrig läßt⁶. Statt dessen soll *Windows 2000* die mit *Windows NT* vor allem im Bereich der Server und Geschäftsanwendungen erreichten Positionen festigen, wo sich heute noch verschiedene *Unix*-Varianten großer Firmen wie *IBM* oder *Sun* hartnäckig behaupten.

Hat sich die neue *Windows*-Version erst einmal an zentralen Stellen wie Ämtern, Schulen und Büros durchgesetzt, wird auch der Privatnutzer nicht um einen Griff ins Portemonnaie herum kommen, auch wenn er bereits für die Vorgängerversionen *Win95* und *Win98* kräftig zur Kasse gebeten worden ist. Schließlich gibt es zum neuen *Windows* auch ein neues (und natürlich extra zu bezahlendes) *Word 2000* mit einem neuen, wiederum nur aufwärts kompatiblen Format.

Und wenn erst einmal genug Dateien im neuen Format eingegangen sind, wird der gebeutelte Privatnutzer die eigene Informationsinfrastruktur zähneknirschend »aufrüsten«, auch wenn weder Absender noch Empfänger die neu eingebauten Möglichkeiten nutzen oder zu nutzen gedenken. Die Möglichkeiten, aus der Position eines proprietären de-facto-Standards heraus Geld zu scheffeln, sind faktisch unbegrenzt, bedürfen wenig Einfallsreichtums und stehen kaum in Relation zum tatsächlichen Aufwand für die Neuentwicklungen. Die mit diesen Werkzeugen erstellten Produkte sind sperrig, intransparent und enthalten teilweise Informationen, die der Absender eigentlich nicht zur Weiterverbreitung vorgesehen hatte.⁷ Andererseits sind die Programme mit Mechanismen ausgestattet, die sie vor »unbefugter« Weitergabe effektiv schützen sollen, indem die Software ständig prüft, ob die Charakteristika des jeweils verwendeten Rechners, die in der Registrierungsphase gespeichert wurden, noch zutreffen. Ist dies nicht der Fall, aus welchem Grund auch immer, wird der Dienst verweigert.

Eine völlig andere Philosophie verfolgen die Entwickler des Betriebssystems *Linux*. Dieses System, das heute Distributoren wie *Red Hat, Debian, Caldera* oder *SuSe* auf CD-Rom zusammen mit einem großen Berg weiterer freier Software für knapp 100 DM (pro CD-Set mit dickem Handbuch) vertreiben, ist eines der zentralen, aber bei weitem nicht das einzige Projekt, das die wachsende Schar der Anhänger offenen Quellcodes vorantreiben. Auf Intel-Rechnern stellt es inzwischen eine ernst zu nehmende Alternative zu *Windows* dar. Wem der Preis von 100 DM immer noch zu hoch ist, der kann sich die CD von einer Freundin oder einem Freund leihen, denn der Preis ist ausschließlich für die CD, nicht aber für das System selbst zu zahlen.⁸

Dieses unterliegt den Lizenzbedingungen der GPL, der *GNU® Public Licence*, die fordert, daß das System frei (und nur zusammen mit all seinen Quellen) verbreitet werden darf und daß alle Weiterentwicklungen und Programme, die in irgendeiner Form unter GPL lizenzierten Code enthalten, wiederum unter der GPL veröffentlicht werden müssen. Die subtile Wirkung dieser auch als *CopyLeft* im Gegensatz zum *CopyRight* bezeichneten Regelung ist kaum zu unterschätzen.

Auch ohne aggressive Marketing-Kampagnen hat dieses Betriebssystem in den reichlich acht Jahren, die seit dem ersten »offiziellen« Release 0.02 am 5. Oktober 1991 vergangen sind, bereits einen festen Platz im akademischen Bereich erobert. Die steile Karriere des Pinguins (das Markenzeichen von *Linux*) in unternehmensweiten IT-Konzepten in den letzten beiden Jahren liegt vor allem in der Verfügbarkeit verschiedener Profisoftware für *Linux* und *Windows* begründet.

Das folgende längere Zitat aus dem Jahre 1998 erhellt, warum sich auch industrielle Anwender zunehmend für *Linux* und damit gegen *Windows* entscheiden: »Früher in den Unternehmen mit den Worten ›Kost nix – taugt nix‹ belächelt, entdecken nun professionelle Anwender das alternative Unix-Betriebssystem *Linux*.

In der Regel sind dafür nicht nur die Kostenvorteile der unentgeltlich zu beziehenden Software verantwortlich, sondern Stärken wie Stabilität, rasche Weiterentwicklung und schnelle Problemlösung, falls irgendwo ein Fehler auftritt. Der Grund dieser Vorzüge ist die Offenheit. Alles liegt im Quelltext für jeden zugänglich vor. Jeder kann sich an der Fortentwicklung des Betriebssystems beteiligen. Millionen aus der Internet-Gemeinde tun dies. Allerdings zeigt sich hier die Hauptschwäche des *Linux*-Konzepts: Es gibt weder *das Linux* noch ein Unternehmen, das hinter dem »virtuellen« Produkt steht. Bei Problemen hat man im Prinzip keinen Ansprechpartner. *Linux* ist ein zusammen gewürfeltes Software-Konglomerat. Zwischenzeitlich bieten viele kleine Softwarehäuser sorgsam zusammen gestellte *Linux*-Software und Support – besonders für professionelle Anwender. (...) *Linux* stammt aus den Universitäten. (...) Viele der Studenten von damals sitzen heute in den Softwarefirmen und drängen mit Erfolg darauf, entsprechende Programme auch auf *Linux* zu portieren. Beispiele sind etwa Star Division oder die Software AG.«¹⁰

Der weitere Siegeszug von *Linux* zeichnet sich bereits ab¹¹, auch wenn *Microsoft* offensichtlich viel Kraft und Geld in eine Gegenstrategie investiert¹².

Zur Geschichte des Open-Source-Projekts

Wie kommen derart viele Menschen und Unternehmen im heutigen gesellschaftlichen Umfeld auf die absurde Idee, Teile ihrer Arbeitsergebnisse anderen großzügig und im wesentlichen kostenfrei zur Verfügung zu stellen, statt diese in klingend Münze zu verwandeln? Ein Blick in die Entstehungsgeschichte des Open-Source-Projekts erhellt einige Zusammenhänge.¹³

Die Wurzeln des Projekts reichen bis in die Anfänge des Computerzeitalters zurück, wo das entscheidende Geschäft mit Verkauf und Wartung von Hardware gemacht wurde. Für diese wurde meist nur eine minimale Softwareausstattung mitgeliefert. Weiter gehende Software wurde von den Anwendern selbst entwickelt und in vielen Fällen, besonders im akademischen Bereich, freizügig ausgetauscht. Gute Bedingungen hierfür ergaben sich besonders, nachdem *AT&T* im Ergebnis eines Kartellrechtsprozesses im Jahre 1956 ihre Patente im Softwarebereich gegen nominelle Gebühren an die Konkurrenz lizenzieren mußte. Auch die Entwicklung

oder gleich eine *Office Suite* berappen. Allerdings ist der Softwaregigant gegenüber Schulen derzeit sehr »großzügig« ...

9 Das Akronym *GNU* kommt im Zusammenhang mit vielen Open-Source-Projekten vor und steht für *GNU Not Unix*, da es ein Hauptziel der Open-Source-Gemeinde war, ein freies Unix-ähnliches Betriebssystem zu schaffen. Der rekursive Charakter des Akronyms nimmt Bezug auf eine in der Informatik verbreitete Programmiertechnik. Daß gerade das *G* als der (in diesem Kontext willkürliche) Anfangsbuchstabe ausgesucht wurde, hat mit einer zweiten »Marotte« in der Gemeinde zu tun: Viele Projekt wählten sich ein Maskottchen: Neben dem Gnu sind Pinguin (*Linux*), Kamel (*Perl*), Schlange (*Python*) und viele weitere Tiere vertreten. Mit dem Buchstaben *G* beginnen auch die Namen vieler Open-Source-Versionen klassischer Unix-Software (*gcc* = GNU C Compiler, *gtar* = GNU-Version des Archivprogramms *tar*, *gzip* = GNU zip) sowie einzelner Projekte (*GIMP* = GNU Image Manipulation Program, der freie »Photoshop«; *GNOME* = GNU Network Model Environment, ein freies Desktop-Projekt).

10 Computer Zeitung (CZ) vom 16. April 1998, S. 16.

11 Einige Überschriften aus dem ersten Quartal 2000: »Die Linuxworld zeigt den Microsoft-Jüngern den Vogel« (CZ vom 10. Februar); »Linux-Tag mausert sich zur IT-Messe« (CZ vom 16. März); »Regierungsberater wollen Windows ausrangieren« (CZ vom 23. März).

12 Vgl. die »Halloween-Paper«, <http://www.open-source.org>, die der Open-Source-Gemeinde zugespielt wurden. In diesen internen Arbeitspapieren von *Microsoft* werden die zu erwartenden Entwicklungen im Open-Source-Bereich aus der Sicht des Softwareriesen analysiert und Gegenstrategien entworfen.

13 Nach Open Source. kurz & gut, Köln 1999.

14 Mit dem Wort »Gemeinde« bezeichne ich den weltweiten Kreis der mehr oder weniger aktiven Mitstreiter am Open-Source-Projekt, der nach vorsichtigen Schätzungen (<http://www.linux.de>) mehr als zehn Millionen Personen umfaßt. Die Sozialisationsformen, die sich durch die Kommunikation per Internet in diesem Kreis herausgebildet haben, legen eine solche Bezeichnung nahe.

15 Den genauen Wortlaut der GNU Public Licence, der obligatorischer Bestandteil jeder regulären Kopie einer entsprechend lizenzierten Software ist (und gewöhnlich in einer Datei namens COPYING steht), findet der Leser im Internet unter der Adresse <http://www.gnu.org/copyleft/gpl.html>. Nach einigen Versuchen, diesen Text auch in andere Sprachen zu übertragen, und damit verbundenen Irritationen hat sich die Gemeinde geeinigt, ausschließlich das englische Original zu verwenden. Um die komplexen Bedeutungsinhalte zu erhalten, die inzwischen mit den Begriffen »share«, »change« und »freedom« aufgerufen werden, folge ich dieser Regel in meinem Text.

magnetischer Datenträger beförderte die Austauschbarkeit von Softwareprodukten.

1969 entwickelten Thompson und Ritchie in den *AT&T Bell Telephone Labs* die erste Version von *Unix*, die unter den speziellen Bedingungen des Kartellabkommens fast ausschließlich an Universitäten zum Einsatz kam und von *AT&T* kaum weiter gehende Unterstützung erfuhr. Entsprechende Eigeninitiativen der Nutzer ließen nicht auf sich warten und wurden über das *Usenet* vernetzt. Die Universität von Berkeley, Kalifornien, koordinierte diese Aktivitäten, indem sie unter maßgeblicher Beteiligung von Bill Joy, dem späteren Gründer von *Sun Microsystems*, einen eigenen Zweig von *Unix*, die *Berkeley Software Distribution* (BSD), entwickelte und an andere Universitäten vertrieb. Das Jahr 1982 ist das Geburtsjahr des kommerziellen *Unix*. *IBM*, *HP* und *DEC* veröffentlichten *Unix*-Versionen unter neuen Namen für ihre eigene Hardware. Nach einem weiteren Kartellprozeß trennte sich *AT&T* 1984 von 26 Firmen der Bell-Gruppe und durfte fortan als Wettbewerber im Computergeschäft auftreten. Damit nahm die Ära der liberalen *Unix*-Lizenzierung, des Zugriffs auf den Quellcode sowie des Austauschs von Programmen und Verbesserungen ein Ende. Die Lizenzgebühren für *Unix* wurden drastisch angehoben. Jahre vor *Windows* war damit der Goldesel, den ich weiter oben beschrieben habe, bereits entdeckt.

Derartige Restriktionen stehen allerdings im Widerspruch zur Funktionalität, die gerade grundlegende Software wie ein Betriebssystem für kommunikative Zwecke erfüllen muß. Entsprechender Widerstand regte sich in der Gemeinde¹⁴, in deren Ergebnis Richard Stallman im Jahr 1984 das GNU-Projekt mit dem Ziel ins Leben rief, ein freies *Unix* zu schaffen und hierzu als Koordinationsstelle die *Free Software Foundation* gründete. Das Open-Source-Projekt, damals noch unter dem Banner »freie Software«, war geboren. Das Credo aller zukünftigen Anstrengungen wird mit den ersten Sätzen der GPL¹⁵ umrissen: »The licences for most software are designed to take away your freedom to share and change it. By contrast, the GNU General Public License is intended to guarantee your freedom to share and change free software – to make sure the software is free for all its users.«

Unter diesem Banner wurden Schritt für Schritt wichtige Software-Werkzeuge wie Compiler (C), Editoren (Emacs), Programmiersprachen (Perl, Python, Tcl und andere), Standards und Programme (wie sendmail, make, tar, awk) entwickelt, um den Computer zu einem effektiven Werkzeug für kreative geistige Arbeit zu machen. Mit dem Erscheinen von *Linux* ist die letzte Lücke im GNU-Projekt geschlossen, und es steht erstmals in der Geschichte der Datenverarbeitung ein komplettes freies Betriebssystem zur Verfügung.

Die entwickelten Werkzeuge sind nicht nur billiger, sondern ihren kommerziellen Geschwistern in Zuverlässigkeit und Funktionalität oft überlegen. Allerdings fehlt ihnen in vielen Fällen der »letzte Schliff«, die intuitiv zu bedienende Oberfläche. Die Bedeutung des ersten Punkts überwiegt aber für den professionellen Einsatz, so daß selbst stark kommerziell orientierte Softwareunternehmen in

ihren internen Entwicklungsprozessen gern freie Werkzeuge einsetzen.

Mit der weiteren Verbreitung freier Software stand auch deren Verhältnis zu kommerziellen Produkten neu auf dem Prüfstand. Die strengen Regeln der GPL fordern, daß jedes Programm, das auch nur eine Zeile unter GPL lizenzierten Codes enthält, auch der GPL unterstellt werden muß. Sie sind folglich mit jeder Lizenz, die mehr Einschränkungen enthält, inkompatibel. Die Akzeptanz freier Software beschränkte sich daher über zehn Jahre lang fast ausschließlich auf den privaten und akademischen Bereich. Mit *Linux* erreichte eine freie Software in kürzester Zeit eine Beliebtheit und Verbreitung, wie sie bis dahin in diesem Sektor unbekannt war. Damit rückte freie Software auch in das Blickfeld der kommerziellen Welt.

Mit der stärkeren Verzahnung beider Bereiche wurde eine Reihe anderer Lizenzen entworfen, die die freie Verbreitung des Quellcodes sicher stellen, aber vor einer kommerziellen Verwertung geringere Hürden aufbauen. Anfang 1998 wurden diese Entwicklungen von führenden Köpfen der Gemeinde analysiert und der Begriff »open source software« aus der Taufe gehoben, der in der Folgezeit den Begriff »freie Software« in der Außendarstellung zunehmend verdrängt hat. Dabei wurden Anforderungen formuliert, die eine Softwarelizenz erfüllen muß, damit sie dem Open-Source-Bereich zugerechnet werden kann. Auch diese Regeln enthalten an zentraler Stelle die Forderung nach freizügigem, solidarischem und nicht kommerziellem Umgang mit den Quellen, erlauben aber stärker die kommerzielle Verwertung abgeleiteter Produkte. Auch wenn R. Stallman und mit ihm ein Teil der Gemeinde gute Gründe ins Feld führen¹⁶, einer solchen Aufweichung kritisch zu begegnen, haben sich damit letztlich die stärker pragmatischen Kräfte durchgesetzt. Die neue Dynamik, die die Open-Source-Bewegung mit dieser Entscheidung gewonnen hat, führte dazu, daß heute der Übergang zwischen freier und nichtfreier Software fließend ist.

Aktuelle Entwicklungen

Der kritische Leser wird an dieser Stelle einwenden, daß diese ersten Berührungen mit der kommerziellen Welt, die bereits zur Aufweichung der GPL geführt haben, nur die Vorboten wesentlich ernsterer Angriffe sind und es bestimmt nur eine Frage der Zeit ist, bis dieses »Kommunardenprojekt« glattgebügelt wird und auch die heutigen Verfechter offener Software beginnen, das Hohelied auf den Markt anzustimmen. Ein solcher Einwand ist mit Blick auf die weltweit forcierten Prozesse der Privatisierung bisher relativ freizügig zugänglichen geistigen Eigentums (an Filmen, Fußballrechten, Bildern, selbst Genen) mehr als verständlich.

Allerdings läuft gegenwärtig aus irgend welchen Gründen im Open-Source-Bereich gerade der umgekehrte Prozeß: Nachdem sich *Linux* im akademischen Bereich bereits fest etabliert hat, beginnt es jetzt auch im kommerziellen Bereich eine zunehmend wichtige Rolle zu spielen. Distributoren, Berater- und Supportfirmen schaffen inzwischen das nötige Hinterland, um diese und andere freie Software stabil in Geschäftsprozesse einzubinden. Es ist

16 Vgl. dazu den im Literaturteil genannten Aufsatz von Richard Stallman, der insbesondere die Konflikte beschreibt, die entstehen können, wenn ein Stück proprietären Codes in besonders erfolgreicher offener Software verwendet wird. Die Versuchung des jeweiligen Lizenzhalters ist groß, alle rechtlichen Hebel in Gang zu setzen, um daraus seinen eigenen Goldesel zu schnitzen. Die Gemeinde reagiert darauf gewöhnlich sehr allergisch und weiß sich zu wehren; siehe etwa die Reaktionen auf den Versuch, aus dem Graphikstandard »gif« solcher Art Kapital zu schlagen (<http://www.burnallgifs.org>).

17 Vgl. hierzu den Brief 2/2000 der regierungseigenen Koordinierungs- und Beratungsstelle für Informationstechnik (KBSt): »Open Source Software in der Bundesverwaltung« vom März 2000 (<http://linux.kbst.bund.de>).

Die Geschichte dieses Dokuments ist recht interessant: Es handelt sich um ein internes Arbeitspapier der KBSt, das von vielleicht übereifrigen Beamten der mittleren Ebene Anfang 2000 ins Netz gestellt wurde und sofort die Aufmerksamkeit der Gemeinde erregte. Nach entsprechender Presse war das Dokument »auf höhere Weisung« hin nicht mehr zugänglich. Offensichtlich paßten die getroffenen Einschätzungen (die Zahlen sprachen für sich) nicht in die politische Landschaft. Nach geharnischten Protesten aus der Gemeinde wurde die Entscheidung (manche sprachen von »Zensur«) aufgehoben und ein entschärftes Dokument wieder ins Netz gestellt. In der neuen Version sind »aus wettbewerbsrechtlichen Gründen« die Kosten gegenüberstellungen von *Microsoft*- und Open-Source-Produkten entfernt, die in der zweiten Spalte an allen Stellen eine glatte 0,00 enthielten. Das Original ist natürlich auch noch zugänglich, denn brisante Dokumente pflegt die Gemeinde gleich nach deren Entdeckung zu spiegeln (d.h. zu kopieren), so daß sie von verschiedenen Servern in allen Ecken der Welt zu haben sind.

18 Browser sind Programme, die der Darstellung von HTML-Dokumenten dienen und somit die grundlegende Software für das »Surfen im Netz« bilden. Neben den

eine ganze Industrie entstanden, die sich entgegen allen marktgesetzlichen Regeln an der *gemeinsamen* Weiterentwicklung dieser freien Software beteiligt und eigene Gewinne nur in Bereichen erzielt, die darauf aufsetzen. Große Firmen wie *Intel*, *IBM* oder *Sun* unterstützen diese Initiativen, da sie auch mittelbar von den Entwicklungen profitieren und so außerdem den zunehmenden Einfluß von *Microsoft* zurück zu drängen hoffen. Auch im öffentlichen Bereich, namentlich der Bundesverwaltung, wird über diese Alternativen ernsthaft nachgedacht.¹⁷

Die Komplexität der Motivationslage macht die Geschichte von *Netscape* deutlich. Diese Firma hatte einen besonders guten Start in das Zeitalter der Web-Browser¹⁸ und daher relativ rasch eine Vormachtstellung in diesem Softwaresektor aufbauen können. Da Web-Browser für den Computernutzer das Tor in die Web-Welt darstellen, bedeutet Kontrolle auf diesem Gebiet zugleich Kontrolle über eine Reihe weiterer Gebiete, etwa die Formate, in denen Texte und Graphiken vorliegen müssen, um von diesen Browsern gut (oder überhaupt) dargestellt zu werden. Den ersten Browserkrieg im Jahr 1994 hatte *Netscape* noch gewonnen, damals gegen den durch staatliche Stellen unterstützten Browser *Mosaic*. Mit dem neoliberal motivierten Rückzug staatlicher Stellen aus diesem Geschäft und folglich der Aufgabe öffentlicher Definitionsmacht über diesen Standard war das Feld frei, hier einen proprietären Standard ähnlich dem von *Windows* zu etablieren. Die strategische Bedeutung dieses Bereichs wurde von *Microsoft* mit einiger Verspätung erkannt. Dann jedoch setzte der Softwareriese seine volle Marktmacht ein, um hier zu einer dominierenden Stellung zu gelangen.

Eine Schlacht zwischen beiden Kontrahenten begann, in der *Microsoft* sogar darauf setzte, seinen eigenen Browser, den *Internet Explorer*, kostenlos wegzugeben, ihn auf Computern vorinstallieren zu lassen und große Internet-Service-Provider zu bewegen, ihre Software mit dem *Microsoft*-Browser zu bündeln. Einem solch geballten Dumping hatte *Netscape* nur wenig entgegen zu setzen, so daß Analysten im Jahr 1998 keinen Pfliff mehr auf den *Netscape*-Browser gaben. An dieser Stelle scherte *Netscape* aus dem Browserkrieg aus und legte die Quellen des eigenen Browsers offen mit der erklärten Absicht, ihn als Projekt mit dem Namen *Mozilla* im Open-Source-Bereich weiter zu entwickeln. Der Feldzug von *Microsoft* ist damit nicht beendet, seine Chancen, den Sieg in Form eines neuen proprietären Standards davon zu tragen, sind aber nach allgemeiner Einschätzung deutlich geringer geworden.

Der Start von *Mozilla* in der Open-Source-Welt verlief allerdings schwerfälliger als erhofft, weil es wahrscheinlich nicht so einfach ist, in kurzen Zeiträumen eine ausreichende Zahl guter Programmierer für ein solches Projekt zu interessieren. So hat *Netscape* in den letzten zwei Jahren gegenüber dem *Microsoft Internet Explorer* weiter an Boden verloren. Beta-Tester der neuen Version *Netscape 6*¹⁹, deren offizielles Release für den Sommer 2000 angekündigt ist, berichten aber von einem deutlichen Leistungszuwachs, so daß auch diese Geschichte noch nicht zu Ende geschrieben ist.

Schlußfolgerungen

Viele Beobachter sind sich einig, daß Open-Source-Software nicht nur billiger und bequemer zu beziehen, zu verteilen und zu warten, sondern in der Regel auch qualitativ besser als entsprechende kommerzielle Produkte ist. Die gute Qualität der entwickelten Software resultiert entscheidend aus der Art und Weise der Zusammenarbeit in einem solchen Projekt: Eine weltweite Gemeinde von Programmierern arbeitet freundschaftlich und ohne Druck zusammen, jeder übernimmt entsprechend der eigenen Kompetenz und den eigenen Vorlieben in wohlumrissenen Teilaufgaben Verantwortung, kann dort eigene Kreativität zur Entfaltung bringen und sich zugleich darauf verlassen, daß dies in anderen Bereichen des Projekts ebenso geschieht. Die Ergebnisse der Arbeit werden gemeinsam bewertet, wobei sich schnell herausstellt, wer die fähigsten Köpfe in diesem Kreis sind. Diese übernehmen dann in der Regel auch die Leitung des Projekts, allerdings nicht in einem hierarchischen Sinne, sondern als »primus inter pares«.²⁰ Auch wenn nicht jedes Projekt gelingt, so ist es doch erstaunlich, daß auf einer so freiwilligen Grundlage überhaupt ernsthafte Ergebnisse entstanden sind.

All das klingt fast wie die Beschreibung einer idyllischen Welt, obwohl es in der konkreten Arbeit natürlich nicht ohne Konflikte abgeht. Eine wesentliche Voraussetzung derartiger Projekte liegt darin, daß die beteiligten Personen nicht gezwungen sind, das Ergebnis *dieser* Projektarbeit zu verkaufen, um davon ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mit Blick auf die große Zahl solcher Projekte gibt es offensichtlich gute Gründe, sich nicht nur im öffentlichen Dienst einen derartigen Luxus zu leisten. Auch Unternehmen wissen die Kompetenz zu schätzen, die sich Mitarbeiter auf diesem Wege aneignen und in die kommerziellen Projekte in den eigentlichen Geschäftsfeldern der Firma einbringen. Selbst subtile Detailkenntnisse einzelner von Entwicklungen im Open-Source-Bereich können sich als Wettbewerbsvorteil für die ganze Firma erweisen. Ähnliches kann man wohl auch von »Freelancern« sagen, auch wenn deren Freiräume für »Muße« gewöhnlich deutlich geringer sind.

Die hier beschriebenen Phänomene beziehen sich auf Arbeitsverhältnisse, in denen primär *Kompetenz* zählt und nicht gearbeitete *Zeit*. Damit schließt sich der Bogen und wir sind wieder bei jenem Marxzitat angelangt, mit dem die Vorbemerkungen abgeschlossen haben. Wir haben festgestellt, daß derartige Arbeitsverhältnisse *bereits heute* geprägt sein können durch ein Klima, in dem solidarische Ansätze mit selbst bestimmten und selbst bestimmbareren Freiräumen, Kreativität und Verantwortung zusammen treffen. Daß sich ein solches wohlwollendes *Miteinander* eigentlich konkurrierender Subjekte aus oft rein pragmatischen Erwägungen heraus in dieser Gesellschaft entwickelt, entwickeln kann und sogar von großen Firmen gestützt wird, die jeglicher Sympathien für sozialistische Ideen unverdächtig sind, halte ich für sehr bemerkenswert.

Keine einigermaßen brauchbare Beschreibung eines »modernen Kapitalismus« wird ohne eine genaue Analyse derartiger Mechanismen auskommen können. Leider haben auch die etablierten

beiden heute am weitesten verbreiteten Browsern *Netscape* und *Microsoft Internet Explorer* gibt es noch viele andere solche Programme wie etwa *Opera* oder *WebTV*. Die Sprache HTML wird von einem internationalen Standardisierungsgremium, dem *World Wide Web Consortium W3C* (<http://www.w3c.org>), weiterentwickelt.

19 Siehe <http://home.netscape.com/browsers/6/index.html>

20 E. Raymond beschreibt in den drei im Literaturteil zitierten Aufsätzen sehr detailliert eigene Erfahrungen aus der Mitarbeit in derartigen Projekten.

ökonomischen Lehrmeinungen hierzu nicht nur wenig zu bieten, sondern betrachten diesen Bereich geradezu als blinden Fleck. Man wird deshalb bei bürgerlichen Ökonomen wenige Anleihen aufnehmen können. Statt dessen warten die vielfältigen Überlegungen, in denen die »Hacker«-Szene über sich selbst nachdenkt, auf eine systematische Aufarbeitung und stärkere theoretische Fundierung. Einige wichtige Quellen sind im Anhang zusammengestellt.

Und ein letzter Gedanke im Lichte dieser Erfahrungen: Auch wenn der Slogan der »sozialen Gerechtigkeit« in Wahlkämpfen und Agitation der Linken stets einen wichtigen Platz einnehmen wird, halte ich ihn als roten Faden für eine programmatische Debatte weniger geeignet als das genauere Ausleuchten der subtilen Sprengkraft, die diese solidarischen Konzepte in der hier angedeuteten Spannbreite in sich tragen: Gerechtigkeit ist ein konfrontativer, Solidarität ein kooperativer Ansatz.

Literatur aus dem Open-Source-Bereich:

- Open Source. kurz & gut, Köln 1999.
<http://www.opensource.org>: Alles, was man über Open Source wissen und gelesen haben sollte.
 E. S. Raymond (<http://www.tuxedo.org/~esr/writings>), insbesondere die Beiträge:
 The Cathedral and the Bazaar (Vortrag auf der Linux-World 1997), dt. Übersetzung:
<http://www.linux-magazin.de/ausgabe/1997/08/Bazar/bazar.html>.
 Homesteading the Noosphere, April 1998, The Magic Cauldron, Juni 1999. Diese sind inzwischen zusammen mit weiteren Beiträgen zum Thema »Open Source« unter dem Titel *The Cathedral and the Bazaar* bei O'Reilly als Buch erschienen.
 T. O'Reilly: Where the Web leads us, Okt. 1999 (<http://www.xml.com/pub/1999/10/tokyo.html>).
 R. Stallman: The GNU project, 1998 (<http://www.gnu.org>).

Literatur zu einer Ökonomie der Informationsgesellschaft:

- F. Fortier: Virtuality Check – A Political Economy of Computer Networking (Entwurf), Mai 1998 (<http://www.yorku.ca/research/dkproj/crit/ff1/htm>).
 H.-G. Gräbe: Arbeit und Wissen in der modernen Gesellschaft, in: Der Osten im Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus, Heft 24 der Texte zur politischen Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (August 1996), S. 41-55 (<http://www.informatik.uni-leipzig.de/graebe/projekte/infopapers>).
 H.-G. Gräbe: Wissenschaft zwischen Freizügigkeit und Kommerz, in: UTOPIE kreativ, Heft 100 (Februar 1999) (<http://www.informatik.uni-leipzig.de/graebe/projekte/infopapers>).
 K. Köhntopp, T. Roessler: How free software development can be supported, Netpol Digest vom 1. Dezember 1999 (<http://www.ficug.de/netpol/99/18.html>)
 R. Verzola: Cyberlords: the rentier class of the information sector, Juli 1997 (<http://www.yorku.ca/research/dkproj/crit-ict/rv2.htm>).

HORST GROSCHOPP

Ende der Weltanschauungspartei?

Der wesentliche Wandel von der SED zur PDS ist das Ende der These von der »Weltanschauungspartei«, weil daraus in der Konsequenz erst Interessenpolitik, Achtung von Demokratie und Toleranz gegenüber Andersdenkenden folgen. Weltanschauungen haben immer etwas ganzheitlich Bestimmendes. »Vorstellungen vom Wesen und vom Zusammenhang der Dinge, der Welt, des Menschen« – so Adorno – begannen im 19. Jahrhundert bisherige metaphysische Glaubensgefüge zu überlagern, kamen aber weiterhin »dem subjektiven Bedürfnis nach Einheit, nach Erklärung, nach letzten Antworten« entgegen. Sie konstituierten Sphären »der zum System erhobenen Meinung«¹ und kolportierten auf vielfache Weise das »Versprechen, die geistige Welt und schließlich auch die reale eben doch aus dem Bewußtsein einzurichten«². Klemperer sprach gar von einem »Klüngelwort«³. Er arbeitete heraus, daß der Begriff »Weltanschauung«, wie er um die Jahrhundertwende und dann im Nationalsozialismus verstanden wurde, den genauen »Gegensatz zur Tätigkeit des Philosophierens« ausdrückte und in Tradition einer Opposition »gegen Dekadenz, Impressionismus, Skepsis und Zersetzung der Idee eines kontinuierlichen und damit verantwortlichen Ichs«⁴ stand. Dieser Gegensatz zum Philosophieren und zum Recht auf eigene Ansichten kennzeichnete auch den Begriff (und die gesellschaftliche Praxis) in der DDR (Ausnahmen mögen die Regel unterstreichen.)

Pluralität der Ansichten bedeutet die Abkehr von jedem Absolutheitsanspruch. Das aber bedeutet, es gibt jeweils mehrere richtige Antworten, zwischen denen entschieden werden muß: »Was ist plausibel und mehrheitsfähig?« Es ist wohl die nachwirkende Erfahrung mit der Avantgardetheorie, daß diese Offenheit oft mit Prinzipienlosigkeit und Beliebigkeit verwechselt wird. Dabei ist dieser Vorwurf jedoch auch Ausdruck von Mangel an Diskurs über die Kriterien des Handelns und Entscheidens – wenn man so will, über die »Gesinnung«, aus der heraus agiert wird. Prüfsteine für »richtiges« Handeln – auch in der Politik – sind bestimmte »Grundwahrheiten«, die die handelnden Personen innerhalb ihrer Klientel beachten müssen, die auszudrücken und umzusetzen von ihnen erwartet wird, die aber selbst nur angenommene Gewißheiten darstellen.

Wer danach forscht, bekommt es mit »Glaubenselementen« zu tun, an denen man selbst hängt, die anderen wichtig sind, die in einer Gemeinschaft als »normal«, »logisch« und »authentisch«

Horst Groschopp – Jg. 1949; Dr. phil. habil., Kulturwissenschaftler, Geschäftsführender Direktor der Humanistischen Akademie Berlin und Redakteur der Zeitschrift *humanismus aktuell*; Veröffentlichungen (u. a.): *Zwischen Bierabend und Bildungsverein* (1985), *Dissidenten* (1997).

1 Theodor W. Adorno: *Philosophische Terminologie*. Zur Einleitung, Frankfurt/M. 1989, S. 118.

2 Ebenda, S. 125; vgl. Helmut Günter Meier: »Weltanschauung«. Studien zu einer Geschichte und Theorie des Begriffs, Münster 1967.

3 Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1970 (1947), S. 177.

4 Ebenda, S. 177f.

5 Vgl. Clifford Geertz: Common Sense als Kultursystem, in: Ders.: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/M. 1983, S. 261-288.

erscheinen, mitunter als »ewig«, zumindest von langer Dauer.⁵ Soziale Bewegungen – wie gerade die sozialistische, die besonders stark mit Werten aufgeladen ist – sind Kulturen. Sie »leben« durch ihre Gewißheiten. In ihnen teilen die Subjekte auch die Irrtümer. Als »wahr« gelten dann jene Annahmen, auf die man sich einigt, etwa in einem Parteiprogramm.

Für jemand, der von außen auf diesen Wandel blickt, ist es schon erstaunlich, daß dieser zentrale Punkt in der Debatte über die künftige Programmatik der PDS – die Frage nach den »Gewißheiten« innerhalb der Pluralität und den Kriterien und Quellen für linke Moral – so wenig Beachtung findet. Obwohl (oder gerade weil?) zum Beispiel in der Friedensfrage (und nicht nur hier) die »Gesinnungsnerven« blank lagen, macht sich anscheinend eine Position des »Nur-nicht-daran-rühren« zunehmend breit.

Anläßlich des 150. Geburtstages von Eduard Bernstein, den so recht niemand gern zu feiern scheint, bieten sich dazu einige Gedanken an, geht doch auf ihn die damals (1901) in der Arbeiterbewegung seltsame Frage zurück, ob Sozialismus überhaupt als Wissenschaft möglich sei (das war immerhin ein paar Jahre vor dem für moderne Sozialwissenschaften bedeutsamen »Werturteilsstreit«⁶).

Bernstein relativierte zwar die Frage – *Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?* –, verneinte aber die Antwort. Der Sozialismus habe ein idealistisches Element, »ein Stück Jenseits«, etwas, »was sein soll«⁷. Das war schon starker Tobak zu einer Zeit, als eine Mehrheit unter den Sozialdemokraten gerade die Wissenschaftlichkeit ihrer Weltanschauung gegenüber jenen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien hervorhob, die ihre Ziele und Motive religiös begründeten oder sich – wie die Minderheit der Liberalen – auf Adam Smith und andere klassische Ökonomen beriefen, die mit Marx' »Kapital« als überwunden galten. Mehr noch, es dominierte die Vorstellung, die Partei habe »keinen Glaubens- oder Gewissenszwang« auszuüben.⁸

Um der Arbeiterbewegung plausibel zu machen, daß nämlich »nicht die Thatsache des Mehrwerts schlechthin ..., sondern die Mißbilligung des Mehrwerts durch die Massen«⁹ entscheidend sei, forderte Bernstein, Sozialismus stärker ethisch zu begründen – da sich aus der Ökonomie, wovon man zunächst mit Gewißheit ausgegangen war, keine objektive Gesetzmäßigkeit hin zu einer neuen Gesellschaftsordnung ableiten ließ. Seine Erlebnisse in England sensibilisierten Bernstein hinsichtlich der – in Deutschland wesentlich schwächeren – damaligen ethischen Kulturgesellschaften. Diese sollen wiederum von Bebel 1896 auf dem Kongreß des ethischen Bundes in Zürich der »Humanitätsduselei« bezichtigt worden sein.¹⁰ Von viel weitreichenderer Bedeutung aber war die Abgrenzung Bernsteins von seiner eigenen – bis dahin sehr dogmatischen – »materialistischen« Marx-Interpretation und der daraus abgeleiteten angeblich »wissenschaftlichen« sozialistischen Weltanschauung.

Wenn Sozialismus eine wissenschaftliche Lehre ist, dann ist er es auch als Weltanschauung. Andere Weltanschauungen sind dann per Definition unwissenschaftlich. Wenn aber jede Weltanschauung unwissenschaftlich ist (oder genauso wissenschaftlich wie andere),

6 Vgl. Christian v. Ferber: Der Werturteilsstreit 1909/1959. Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Interpretation, in: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln, Berlin 1965.

7 Vgl. Eduard Bernstein: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?, Berlin 1901, S. 19.

8 Vgl. ebenda, S. 31.

9 Ebenda, S. 12.

10 Vgl. Horst Groschopp: Dissidenten. Freidenkerei und Kultur in Deutschland, Berlin 1997, S. 159f.

weil es hier gar nicht um Wissenschaften geht, sondern um kulturelle Ansichten, um Systeme von Werten und Meinungen, dann ist wohl Max Weber zuzustimmen, daß »Weltanschauungen« niemals Produkt fortschreitenden Erfahrungswissens sein können, und daß also die höchsten Ideale, die uns am mächtigsten bewegen, für alle Zeit nur im Kampf mit anderen Idealen sich auswirken, die anderen ebenso heilig sind, wie uns die unseren«¹¹. Wenn dies also gilt, dann ist »wissenschaftlicher Sozialismus« zumindest schlechte Utopie, aber auf alle Fälle genau so wahr oder falsch wie jede anders begründete Gesellschaftslehre. Es gilt auch der Umkehrschluß: Sozialismus ist aus mehreren Weltanschauungen ableitbar, aus christlicher oder moslemischer Sicht ebenso denkbar wie aus »wissenschaftlicher« im traditionellen Sinne der (deutschen) Arbeiterbewegung.

Um dem Eindruck zu widersprechen, daß es sich hier um einen längst vergangenen Streit handelt, sei auf einen kleinen Artikel von Rolf Stöckel (MdB, SPD) in der Ausgabe 1/2000 der Zeitschrift *Berliner Republik* verwiesen. Dort kritisiert der Autor, daß viele Politiker seiner Partei im Osten Deutschlands (der Herkunft nach zumeist Theologen) dem christlichen Missionsauftrag zu oft Priorität geben und dadurch »kulturell haarscharf neben den Einstellungen einer großen Mehrheit der Bevölkerung« liegen. Generalisierend kommt er zu dem Schluß: »Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und christlichen Kirchen hat sich historisch von der antiklerikalen Tradition weg, zu einer kritisch-partnerschaftlichen Zusammenarbeit entwickelt.« Dies ist wohl richtig beobachtet. Angemerkt werden muß jedoch: Auf dem Wege dahin hat sich die deutsche Sozialdemokratie weltanschaulich pluralisiert. Das Godesberger Programm von 1959 nennt als Quellen des »demokratischen Sozialismus«: die christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie. Was sind demgegenüber die Quellen des demokratischen Sozialismus der PDS?

Für den jahrelang in Marxismus-Leninismus und in den »drei Quellen und Bestandteilen« Geschulten ergeben sich an dieser Stelle mindestens zwei Fragen danach, wie es die Linke halten will: Woher nimmt sie ihre Ethik(en), wenn es um weltanschauliche Gewißheiten bzw. Grundaussagen geht? Wie hält sie es mit Religionen und Humanismen? Das Answererfordernis ergibt sich nicht direkt aus dem, was Politiker gewöhnlich Sachzwänge nennen. Doch zeigt jede Politik, daß früher oder später nach Werten (Überzeugungen, Glaubenssätzen usw.) gefragt wird, aus denen sich Begründungen für bestimmte Strategien und Einzelmaßnahmen herleiten.

Mit den Werten hat es aber eine eigentümliche Bewandnis. Sie sind in bestimmten soziokulturellen Räumen gültig, folgen selbst bestimmten geistigen Herleitungen und Autoritäten und bündeln sich in Kultursichten, die mehrheitlich noch immer religiös geprägt sind, auch wenn nicht-religiöse Weltdeutungen an Boden gewinnen. Sie begleiten die Moderne.

So eindeutig in der Mehrheit wie in Ostdeutschland sind nicht-religiöse Sichten aber sonst nirgendwo: »Als religiös verstehen sich 1990, 1994 und 1995 rund 55 Prozent der Bevölkerung in We-

11 Max Weber: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis (1904), in: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, S. 154.

12 Heiner Meulemann: Aufholendenzen und Syntemeffekte. Eine Übersicht über Wertunterschiede in West- und Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Nr. 40/41, 1995, S. 28f.

sten und rund 30 Prozent im Osten, als überzeugte Atheisten rund 5 Prozent im Westen und rund 20 Prozent im Osten.« Der östliche Teil Deutschlands ist »von der Religion weiter abgerückt als der Westen; er ist stärker säkularisiert«. Es ist dies »der massivste Unterschied zwischen den Landesteilen«¹².

Wenn also das Ende der Weltanschauungspartei gekommen ist, wie geht sie dann mit solchen Befunden um? Mehr noch, wonach richtet sich die Anhängerschaft? Woran richtet sie sich auf und aus? Das ist erst in zweiter, dritter oder vierter Linie – je nach Gesinnung – eine Frage der Religion, aber immer eine nach den Überzeugungen, dem Weltbild und (nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus) vor allem auch die Frage nach dem Ersatz für eine obsoleete Grundüberzeugung. Kern des »wissenschaftlichen Sozialismus« bildete die »Gewißheit«, es gäbe »Gesetzmäßigkeiten« der gesellschaftlichen Entwicklung, die zu entschlüsseln das historische Subjekt Arbeiterklasse fähig sei (in Gestalt ihrer Partei). Diese Klasse hatte eine »historische Mission« und die Partei einen Auftrag, den sie an ihre Mitglieder weiter gab und über diese durchsetzte. Alle Aktivitäten der Partei, ihrer Gliederungen und später der von ihr in Besitz genommene Staat sollten – Wechselfälle, Unglücke und Verrätereien eingerechnet – letztlich diesem Lauf der Geschichte dienen und ihn befördern.

Das Geschichtssubjekt »Arbeiterklasse« und die Einrichtungen der Partei standen in dieser Konstruktion in einer – als mehr oder minder wirkungsmächtig angenommenen – direkten Beziehung zum Lauf der Ökonomie, zur »Basis« in ihrer Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Um den gesetzmäßigen Gang zu beschleunigen (»Sozialismus oder Untergang«), hatten sich die (kollektiven) Subjekte (eingeschlossen die »verbündeten Klassen und Schichten«) die Weltanschauung des Marxismus, dann des Marxismus-Leninismus, in den jeweils neuen Befunden anzueignen.

Auch Kultur stand bei diesen Annahmen in genau diesem Abhängigkeits- und Erziehungsverhältnis. Religion galt als Teil eines falschen oder gegnerischen Bewußtseins. Teils wurde mit ihrem Absterben gerechnet. Jedenfalls galt sie als Relikt von Voraufklärung und Vergangenheit. Etwas mußte allerdings – im Zuge einer Kulturrevolution – an ihre Stelle treten, eine ebenso mächtige Institution wie die religiöse Kultur. Das konnte – auch durch den Druck von außen und durch die Reste des Kapitalismus im Inneren bedingt und weil die Religion selbst normativ war – nur eine gleichfalls normativ begriffene Kultur sein, sowohl hinsichtlich der Lebensweise wie auch der Künste. Pluralismus war diesem Modell gefährlich, sozusagen die »Konterrevolution auf Filzlatzchen«. Und religionswissenschaftlich gesehen wurde die SED zu einer Art Kirche, mit all den Zeichen und symbolischen Handlungen, die eine religiöse Bewegung auszeichnen. Sie war sogar eine ziemlich fundamentalistische Kirche mit eigener Inquisition, mit Buße – und Lachverboten.

Sinndebatten, Diskurse über Werte, gab es in der DDR in der Regel als weltanschaulichen Streit (meist als Abwehrkämpfe) und als Kontroversen über Kulturelles, speziell über die Künste. Kultur

war nicht nur etwas Wesenhaftes, sondern sogar Staatsaufgabe, weil definierbar schien, wie man leben sollte.

Heute findet diese Auffassung kaum noch Anklang (obwohl gerade in Ostdeutschland noch viele sehr genau wissen, was ›Kultur‹ und was ›Unkultur‹ ist). Während inzwischen für Kultur immer mehr akzeptiert wird, daß sie ein Diskursprojekt und keine normative Angelegenheit darstellt, sind die Schlußfolgerungen, die dies für eine demokratische Linke hat, bisher weitgehend unreflektiert. Demokratie bedeutet jedoch auch, daß unterschiedliche weltanschauliche Ansätze akzeptiert werden müssen und jedwede Anmaßung einer alleinigen Deutungsmacht einer einzigen – etwa der marxistischen – Position zurückzuweisen. Rein theoretisch wären Mehrheitsentscheidungen auf der Basis eines religiösen Sozialismus möglich, wenn dessen Vorschläge hinreichend pragmatisch wären, anstehende Sachprobleme einer Lösung zuzuführen und Politikangebote so zu begründen, daß sie anderen nicht als sektiererische Zumutungen erscheinen.

Das zunächst theoretisch zu bewältigende Problem, das diese Variante verstehbar macht, liegt darin, daß für die organisierte Linke nicht mehr und nicht weniger weggefallen ist als die bisherige Begründung dafür, warum es Sozialismus überhaupt geben soll – und jetzt auch noch einen ›demokratischen‹. Wenn Sozialismus, wie bisher angenommen, nicht mehr aus den Widersprüchen der sozialökonomischen Verhältnisse irgendwie zwingend hervorwächst (»den Sozialismus in seinem Lauf ...«), woraus läßt sich dann seine Notwendigkeit (besser: seine Nützlichkeit) ableiten?

Die Linke ist hier – nach dem Ende des voluntaristischen Programms Lenins, des theoretischen wie praktischen Stalinismus, der Avantgardetheorie generell – auf den Ausgang dieses Streits vor 1914, auf die »Revisionismus-Debatte« und ihre Weiterführung in den zwanziger (Arbeiterkulturbewegung) und fünfziger Jahren (Kulturrevolution) zurückverwiesen und zur kritischen Analyse aufgefordert. Es hat sich in der Historie gezeigt, daß die Linke (wie übrigens auch die Rechte) auf besondere Weise auf eine kulturelle Argumentation angewiesen ist. Wer will, daß alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes, unterdrücktes, ausgebeutetes Wesen ist, umgewälzt werden, muß Knechtung, Ausbeutung, Unterdrückung am realen Menschen begründen und das Gegenteil beschreiben können.

Das bedeutet auch, Kulturpolitik ernster zu nehmen. Doch die ursprüngliche Affinität zur Kulturpolitik hat die Linke in Deutschland heute weitgehend verloren, sowohl die kulturelle Seite aller Politik, wie auch den ganz speziellen arbeitsteiligen Bereich: Kultus, Kunst, Kulturpflege, Wissenschaft, Bildung. Hier sind ihre Anwälte in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht sachkundig vernehmbar. Dies liegt wesentlich in einer noch immer unkritischen Sicht auf die Kultur in der DDR und in einer eingeeengten Sicht auf kulturelle Probleme generell begründet. Um es zugespitzt zu sagen: Ob die ostdeutsche Jugend (nicht nur diese, aber diese besonders) nach rechts abdriftet, wird nicht mittels der Zahl geretteter Theater entschieden, sondern dadurch, ob auf »fehlende Werte« wie »Ordnung«, »Ehre«, »Sauberkeit«, »Disziplin«, »Fleiß« usw.

kulturell einsichtige und annehmbare Antworten gegeben werden. Und allein theoretische Antworten werden nicht genügen, es wird schon der sozialorientierten Kulturarbeit bedürfen.

Hierzu lohnt es sich dann durchaus, Bernsteins Repliken auf Kautsky neu zu lesen. Auffällig ist dabei vor allem sein radikaler Pragmatismus, besonders seine Auffassung, in Vereinen, Kommunen, Genossenschaften usw. am Sozialismus arbeiten zu wollen – vor allem der arbeitenden Menschen wegen: »Sie haben die Tugenden und die Laster der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen unter denen sie leben. Und weder die Bedingungen noch ihre Wirkungen lassen sich von einem Tage auf den anderen beseitigen.«¹³

13 Eduard Bernstein:
Die Voraussetzungen des
Sozialismus und die Aufga-
ben der Sozialdemokratie,
Stuttgart 1899, S. 184
(zitiert nach der Ausgabe
von 1909).

Deshalb war ihm – er wußte, daß er provoziert – das Ziel nichts, sondern die Bewegung alles. Daß Bernstein den Sozialismus (wie Marx) als Bewegung begriff und ihn (weil er, wie Engels, hier eine Lücke bei Marx sah) »ethisch« begründete, war logische Konsequenz seines Unglaubens hinsichtlich jeder (automatischen) Notwendigkeit des Sozialismus. Wenn Bernstein meinte, Sozialismus sei nicht wissenschaftlich begründbar, so bezog sich das auf die wertenden Aussagen, auf die generalisierende, allgemeine Weltanschauung.

Auf den Begriff der Weltanschauung soll hier nicht weiter eingegangen werden, zumal er verbraucht ist. Dennoch steht das, was der Begriff suggeriert, die Sicht auf das vermeintlich Ganze und dies wieder bezogen auf Natur, Gesellschaft und Mensch, als soziale Tatsache im Raum und spiegelt sich unter anderem in der Schwierigkeit, das Ende als Weltanschauungspartei zu verarbeiten. Für die kulturelle Programmatik der Linken hat das Ende der Weltanschauungspartei und das Verwiesensein auf ethische – weiter gefaßt – auf kulturelle Begründungen des Sozialismus existentielle Bedeutung: Die Menschen müssen den »angebotenen« Sozialismus hier und heute leben und für ihre Kinder und Enkel wünschen wollen, damit er Erfolg hat; aber nicht im Sinne von »Wie sollen die Menschen leben?«, sondern »Wie wollen welche Menschen leben?«

Das hat auch Folgen für das Parteiverständnis allgemein (auch das wird hier ausgeklammert). Für Kulturprogrammatik bedeutet dies vor allem, *erstens* höhere Aufmerksamkeit hinsichtlich der kulturellen Implikationen der Vorschläge in anderen Politikfeldern. Es geht ja bei der Rentenproblematik – zum Beispiel – um Wertvorstellungen, Lebenschancen, Erwartungen, Wünsche, Träume, Versprechungen ..., aber auch Institutionen und symbolische Deutungen. *Zweitens* folgt daraus, den Debatten in den parteineutralen Interessenvereinen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Zeit eigener Vorfeldorganisationen ist weitgehend vorbei. Diese erweisen sich zunehmend als ineffektiv, weil man unter sich ist. Der allgemeine gesellschaftliche Kulturdiskurs findet dort statt, wo sich Interessen artikulieren und sich politische Ansätze erproben lassen. Insofern ist die Linke – wie alle anderen Strömungen – kulturell »parteilich«, wenn sie Vorstellungen vom »guten Leben« ernst nimmt und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Folgen und politischen Machbarkeit prüft – dies immer mit dem Hang, Anwalt sozialer Verantwortung und Gerechtigkeit sein zu wollen.

Als »Weltanschauungspartei« okkupierte die SED die Deutungshoheit über eine besondere Vorstellung vom »guten Leben« und ordnete sie der Priorität des dialektischen und historischen Materialismus unter. »Religiöse Sozialisten« waren in der SED und in der DDR ebenso unwillkommen wie »sozialistische Freidenker«. Wie will es die PDS nun halten? Will sie diese Kräfte – auf welcher »weltanschaulichen« Basis? – integrieren oder ignorieren? Was bleibt vom aufklärerischen, agnostisch-atheistischen Gehalt des Marxismus in ihrer Auffassung vom demokratischen Sozialismus? Die SPD hat sich dazu in Bad Godesberg (siehe oben) positioniert.

Das sind keine abstrakten Fragen, denn ihre Antworten implizieren politische Haltungen zu Handlungsfeldern, nicht nur zu kirchlichen, freigeistigen, humanistischen und ähnlichen Organisationen. Die Linke – wie weit reicht sie eigentlich im politischen Spektrum? – ist vielmehr auf allen fünf Ebenen, auf denen heute Kulturpolitik stattfindet und über finanzielle Förderungen wie gesetzliche Regelungen gestritten wird, gefordert: Europa, Bund, Länder, Kommunen, freie Träger. Es sind hier oft die Probleme zwischen den verschiedenen Ressorts, die kulturelle und kulturpolitische Relevanz besitzen.

Und dann gibt es noch das kulturpolitische Gebiet, auf dem das Weltanschauliche pur in Erscheinung tritt¹⁴ und auf dem es – um dieses Feld auch Haushältern schmackhaft zu machen – jährlich um mehrere Milliarden Deutsche Mark geht, und um reale Toleranz und wirkliche Demokratie.

Gemeint ist das Verhältnis zwischen Staat, Kirchen sowie anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu solchen Streitfragen wie (als Stichworte, ohne eine Wertigkeit in der Reihenfolge ausdrücken zu wollen): Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen; die »Kopftuchfrage«; staatlicher Einzugs der Kirchensteuern; Staatsverträge und Konkordate; körperschaftliche und steuerrechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsorganisationen; Religionsunterricht und/oder LER, Ethik, Philosophie, Normen und Werte, Kulturkunde, Lebenskunde ...; Jugendweihe als gesetzlich förderungswürdige Aktivität; Patientenverfügungen, Sterbehilfe, Sterbebegleitung, Hospize; Bioethik; kirchliche und freidenkerische Ersatz- bzw. Privatschulen; Trägerschaft von Seniorenheimen und Kindertagesstätten; Schwangerschaftsabbruch; »Gott« in der Verfassung; Privilegierung der Theologie; »Sekten«Bekämpfung; Besetzung der Rundfunkräte; staatliche Gedenkfeiern bei Katastrophen und Unfällen auf allein christlicher Basis; Kreuze in Schulen und im Bundestagsandachtsraum ...

Gesellschaftspolitisch steht die Linke hier vor Werteproblemen, die sich um eine strategische Entscheidungsfrage bündeln lassen: Will sie den »neutralen Staat«, wie er Jefferson und Marx vorschwebte und in Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Ländern weitgehend Realität ist (der in Deutschland schwer umsetzbar wäre) oder will sie die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften? Was heißt Gleichbehandlung, wer soll mit wem gleich behandelt werden und was bedeutet dies für Politik?

14 Zwei Kostproben: Kultusministerin Schavan (Baden-Württemberg) erklärte neulich, »daß eine Entfernung von Gott nicht ohne Schaden am Intellekt einhergehen kann« (taz, 1. März 2000). Innensenator Werthebach (Berlin) meinte, das Grundgesetz beruhe auf einem christlich-abendländischen Werteverständnis. Dieses müsse bei Menschen, die aus anderen Kulturkreisen nach Deutschland kommen, »im Rahmen des Religionsunterrichts Bestandteil der Integrationsbemühungen sein« (Tagespiegel, 4. März 2000).

15 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (1844), in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (im folgenden MEW), Bd. 1, S. 379.

16 Karl Marx: Zur Judenfrage (1844), in: MEW, Bd. 1, S. 357.

17 Karl Marx, Friedrich Engels: Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland, in: MEW, Bd. 5, S. 4.

Eine mögliche Antwort könnte hier Marx durchaus wörtlich nehmen: *Erstens* müsse man »die *Kritik der Religion* in die *Kritik des Rechts*, die *Kritik der Theologie* in die *Kritik der Politik*«¹⁵ verwandeln; und *zweitens* sei allein »der *atheistische Staat*, der demokratische Staat, der Staat, der die Religion unter die übrigen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft verweist«¹⁶. Aus der bereits (was Deutschland betrifft) im Vormärz vorgetragenen Idee, nur der säkulare Staat könne demokratisch sein, folgte die Forderung des Kommunistenbundes nach völliger »Trennung der Kirche vom Staate. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.«¹⁷, was in Deutschland nicht der Fall ist.

Daraus folgen aber weitere Fragen – schier ohne Ende: In welchen Schritten soll sich die vollständige Entkirchlichung des Staates vollziehen? Will sich die Linke dieser Thematik überhaupt annehmen? Gibt es dafür Bündnispartner in den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften? Oder meint sie, Weltanschauung sei Privatsache. Doch was folgt dann daraus?

MICHAEL WOLF

Von der ›Konzertierten Aktion‹ zum ›Bündnis für Arbeit‹

Seit mehr als zwanzig Jahren steht in den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf der politischen Agenda. Über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten ihrer Überwindung wird in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zwar intensiv diskutiert, da ein allgemein akzeptierter theoretischer Ansatz zur Behebung von Arbeitsmarktproblemen jedoch nicht existiert¹, werden folglich auch in der Politik unterschiedliche Wege beschritten. So wird zum Beispiel von Regierungen, die sich der marktwirtschaftlichen Orthodoxie verbunden fühlen, die Lösung der Arbeitsmarktprobleme in einer konsequenten Deregulierung und Flexibilisierung, das heißt Liberalisierung des Arbeitsmarktes gesucht.² Ein anderer, seit der Diskreditierung keynesianisch inspirierter Strategien Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre eher selten beschrittener Weg folgt der Einsicht, daß erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik nicht nur einer ökonomisch angemessenen theoretischen Fundierung bedarf, sondern auch entsprechender politisch-institutioneller Rahmenbedingungen, die es erlauben, unterschiedliche Strategien und Maßnahmen so auszuwählen und aufeinander abzustimmen, daß die mit ihnen verfolgten Ziele auch realisiert werden können. Hierzu gehört die Etablierung sogenannter Verhandlungssysteme, in denen es darum geht, Konflikte bzw. Probleme durch Beteiligung der von ihnen maßgeblich betroffenen Gruppen bzw. der sie repräsentierenden Vertreter auf dem Weg der Kompromißbildung beizulegen und nicht durch Entscheidung nach dem Mehrheitsprinzip oder dem Hierarchieprinzip.

In der vor allem politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland hat in der jüngsten Zeit eine von den Gewerkschaften ausgehende Initiative Aufmerksamkeit erregt, die unter dem Etikett ›Bündnis für Arbeit‹ sich in die Tradition korporatistischer Arrangements zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen stellt und Bundesregierung und Arbeitgeber dazu bewegen möchte, gemeinsam mit den Gewerkschaften Anstrengungen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu unternehmen. In den folgenden Ausführungen soll das ›Bündnis für Arbeit‹ und dessen Geschichte dargestellt und auf seine endogenen wie exogenen Erfolgsbedingungen und -aussichten hin untersucht werden. Sie werden begonnen mit einem Blick auf einen historisch analogen Versuch, die ›Konzertierte Aktion‹, und fortgeführt mit der Darstellung der ersten, aber gescheiterten Bündnisinitiative. Hernach wird auf die Entstehung, Zielsetzung

Michael Wolf – Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Der Aufsatz beruht auf einem Beitrag zum Internationalen Symposium »Labour, Industrial Relations, and Social Bargaining«, das am 29. und 30. November 1999 in Prag stattgefunden hat.

1 Die Formulierung sollte nicht dahingehend mißverstanden werden, es sei nur eine Frage der Zeit, bis ein solcher Ansatz entwickelt ist. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit dürfte hierfür zu komplex und diesbezügliche Erwartungen an Theorie demzufolge maßlos überzogen sein.

2 Stellvertretend sei hier auf Großbritannien unter Margaret Thatcher und John Major verwiesen, das mittlerweile, insbesondere von der OECD, als Prototyp flexibler Arbeitsmarktbeziehungen gefeiert wird.

und Organisation des im zweiten Anlauf dann doch zustande gekommenen ›Bündnisses‹ näher eingegangen und im Anschluß daran ein Vergleich zwischen der ›Konzertierten Aktion‹ und dem ›Bündnis‹ vorgenommen. Mit einigen Überlegungen zu den Erfolgsbedingungen und -aussichten des ›Bündnisses‹ werden schließlich die Ausführungen beschlossen.

Vorgeschichte I: die ›Konzertierte Aktion‹

Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, daß die Bundesrepublik Deutschland trotz einer langen Tradition der ›Sozialpartnerschaft‹³ bis vor kurzem zu jenen wenigen Ländern in der Europäischen Union gehörte, in denen ein tripartistischer Beschäftigungspakt zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern⁴ nicht zustande gekommen ist. Bei einer etwas genaueren Betrachtung lassen sich allerdings in der Vorgeschichte einige Momente identifizieren, die diesen Sachverhalt zu plausibilisieren vermögen und die mit den nur bedingt als positiv zu bezeichnenden Erfahrungen in der ›Konzertierten Aktion‹ während der Jahre 1966 bis 1977 auf der einen Seite und den gescheiterten Bemühungen um ein Arbeitsmarktverständnis Mitte der neunziger Jahre auf der anderen Seite zusammenhängen.

Im Gegensatz zu dem heutigen ›Bündnis für Arbeit‹, das auf die Initiative der Gewerkschaften zurückgeht, war das Konzept zur ›Konzertierten Aktion‹ vom damaligen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1965/66 entworfen und durch den seinerzeit amtierenden Wirtschaftsminister der SPD in der Großen Koalition, Karl Schiller, 1967 auf der Grundlage des neu geschaffenen Stabilitätsgesetzes (StabG) institutionell umgesetzt worden. Sie war eine Antwort auf den politischen Umbruch und die erste wirtschaftliche Rezession in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der sechziger Jahre. Als tripartistisches Arrangement konzipiert, versuchte die ›Konzertierte Aktion‹ durch regelmäßige Treffen am »Tisch der kollektiven Vernunft« (Schiller) die beteiligten Akteure zu einer freiwilligen Verhaltensabstimmung zu bewegen und die Interessengegensätze zwischen ihnen in einer dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht⁵ zuträglichen Weise zu entpolitisieren und zu versachlichen. Hierbei wurde dem Schutz der mit der Tarifautonomie verbundenen offenen einkommenspolitischen Flanke der Wirtschaftspolitik besondere Bedeutung zugemessen. Dies führte dazu, daß die von der Bundesregierung ausgegebenen wirtschaftlichen Orientierungsdaten zur Verhaltensabstimmung, insbesondere über die wünschenswerten Lohnsteigerungen, von kritischen Stimmen innerhalb der Gewerkschaften denn auch als ›Lohnleitlinien‹ interpretiert wurden.

Zu Beginn der ›Konzertierten Aktion‹ nahmen an den Spitzengesprächen rund 30 Personen aus neun Organisationen teil. Im Laufe der Zeit wurde allerdings der Kreis der Teilnehmer auf etwa 80 Repräsentanten vergrößert und das Feld der zu behandelnden Themen ständig ausgeweitet, so daß die Arbeit der ›Konzertierten Aktion‹ immer unverbindlicher wurde. Die Enttäuschung der mit ihr verbundenen hochgesteckten Erwartungen war damit gewissermaßen

3 Mit der Formel ist die Konnotation verbunden, daß die Tarifvertragsparteien Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände grundsätzlich bestrebt sind, Arbeitskonflikte kooperativ-partnerschaftlich und nicht konfliktorisch zu lösen.

4 Zu dem aus den Niederlanden stammenden ›Poldermodell‹, dem wegen seiner Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik derzeit wohl die meiste Beachtung zuteil wird, vgl. Visser/Hemerijck (1998).

5 Dieses definiert sich nach § 1 StabG dadurch, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen »gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum« beizutragen haben. Nicht ohne Grund ist dieses Bündel wirtschaftspolitischer Richtgrößen als ›magisches Viereck‹ bezeichnet worden, die zu erreichen nur unter außergewöhnlichen Umständen möglich ist.

vorprogrammiert. Mit dem Ausscheiden von Karl Schiller aus dem Kabinett im Sommer 1972 schwand zunehmend die Bereitschaft der beteiligten Akteure, sich auf eine freiwillige Verhaltensabstimmung einzulassen. Als dann die Arbeitgeberverbände 1976 beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue Mitbestimmungsgesetz Klage einreichten, kündigten die Gewerkschaften aus Protest ihre Mitarbeit endgültig auf, wodurch sie das Ende der ›Konzertierten Aktion‹ besiegelten.

Vorgeschichte II: das ›Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung‹

Auch wenn das Projekt einer Staat-Verbände-Konzertierung in der Wirtschaftspolitik mit dem Ausstieg der Gewerkschaften fürs erste desavouiert war, fanden in der Folgezeit gleichwohl ad hoc einberufene, öffentlich gemachte Spitzengespräche oder Kanzlerrunden statt, die dazu beitragen sollten, die Bundesregierung zu entlasten. Wiederholte Versuche, die ›Konzertierte Aktion‹, auch in veränderter Form, wiederzubeleben, blieben allerdings ohne Resonanz. Mit dem Übergang von einer keynesianischen Stabilisierungs- zu einer restriktiven Austeritätspolitik Mitte der siebziger Jahre und dem darauf gründenden Regierungswechsel von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Koalition von 1982/83 setzte im Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften ein Wandel ein, der die Voraussetzungen für ein neues tripartistisches Arrangement erheblich beeinträchtigte. So betrieb die christlich-liberale Bundesregierung in der sechzehn Jahre währenden Regierungszeit aufgrund ihrer gegenüber den Gewerkschaften distanzierenden programmatischen Grundhaltung eine Politik, die zwischen Konfrontation und Kooperation pendelte. Einerseits zielte sie darauf ab, die Gewerkschaften partiell einzubinden, um in prekären Situationen, wie zum Beispiel in den ersten Jahren der Deutschen Einheit, selbst politisch handlungsfähig zu bleiben, andererseits sie aber zu schwächen⁶.

Um den zunehmend in die politische Defensive geratenen Gewerkschaften neuen Aufwind zu verschaffen, wandte sich der IG-Metall-Vorsitzende, Klaus Zwickel, im Herbst 1995 auf dem Gewerkschaftstag mit einem von der Grundsatzabteilung seiner Gewerkschaft erarbeiteten Konzept an die Öffentlichkeit und forderte, zur Schaffung von Arbeitsplätzen ein ›Bündnis für Arbeit‹ einzurichten, in dessen Mittelpunkt der politische Tausch ›Lohnzurückhaltung und untertarifliche Einstiegsgehälter gegen Arbeitsplätze und Erhalt beim Abbau sozialpolitischer Leistungen‹ stehen sollte.⁷ Die an die Adresse von Staat und Arbeitgeber gerichtete Initiative erzielte außergewöhnliche öffentliche Resonanz, so daß von seiten der Bundesregierung die Bündnisidee nicht einfach ignoriert werden konnte. Denn mit seinem Angebot zur Lohnzurückhaltung nahm Zwickel die Arbeitgeber mit ihrer auch von der Bundesregierung geteilten Behauptung beim Wort, durch Lohnverzicht seien positive Beschäftigungseffekte zu erzielen. Zwickels Vorstoß provozierte jedoch auch innergewerkschaftlichen Widerstand⁸ gegen den vorgeschlagenen Beschäftigungspakt, der sich zwar in verschiedenen Initiativen für ein ›Bündnis gegen Kabinett und Kapital‹ niederschlug, aber dennoch marginalisiert

6 Die Beschränkung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften durch die Änderung von § 116 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) von 1986 und die Schmälerung der betrieblichen Mitbestimmung durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) von 1988 sind nur zwei der bedeutsamen Eingriffe.

7 Zum genauen Wortlaut der Rede siehe den auszugswweisen Abdruck in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3 (1996), S. 370f.

8 Unter anderem wurde kritisiert, daß das ›Bündnis‹ auf der schon mehrfach empirisch falsifizierten Prämisse basiere, die Gewinne von heute würden die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen schaffen.

werden konnte, nachdem sich auch der DGB die Bündnisidee zu eigen gemacht und diese für die Gesamtwirtschaft verallgemeinert hatte.

Anfang 1996 kam es zu einem Spitzengespräch über die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland, mit dem die Bündnisinitiative der Gewerkschaften durch die Bundesregierung aufgegriffen wurde. Ergebnis der Kanzlerrunde war eine tripartistische Vereinbarung, die den Titel ›Bündnis für Arbeit und zur Standort-sicherung‹⁹ trug, wodurch nicht nur die ursprüngliche Bündnisidee ausgeweitet und damit verwässert wurde, sondern auch, wie Zeuner (1996) kritisch anmerkt, »fast das vollständige Programm neoliberaler Deregulierung der CDU-FDP-Regierung nun auch noch den gewerkschaftlichen Segen empfing«. Dieser Umstand ermöglichte es den Parteistrategen, die öffentliche Aufmerksamkeit, die dem ›Bündnis‹ zuteil wurde, wahltaktisch zur Stärkung der Regierungsparteien in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Frühjahr 1996 zu nutzen.

Das vergleichsweise gute Abschneiden der Regierungsparteien bei diesen Wahlen setzte wiederum die Bundesregierung in die Lage, die Wahlen als Bestätigung für die von ihr betriebene neoliberale Politik zu interpretieren und ein ›Sparprogramm‹ aufzulegen, das allen Zielen der Gewerkschaften widersprach und von diesen nur als Affront empfunden werden konnte. Damit war das ›Bündnis für Arbeit‹ gescheitert, und es folgte eine »tiefe atmosphärische Störung« (Wilke 1999: 27) im Verhältnis zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften.¹⁰ In der darauffolgenden Zeit entpolitisierten Bundesregierung und Arbeitgeber die gewerkschaftliche Bündnisidee, indem sie deren ›sozialen Ort‹ von der gesellschaftlichen Ebene auf die Ebene der Einzelunternehmen verlagerte und all jene Abweichungen vom Tarifvertrag, die beschäftigungssichernd flankiert wurden, mit dem Etikett ›Bündnis für Arbeit‹ versahen.

Das ›Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit‹

Die IG Metall zog aus dem Scheitern ihres Vorstoßes eine doppelte Konsequenz: Zum einen war für sie das »Ende der tarifpolitischen Bescheidenheit« (Detje/König 1999a: 26) gekommen; zum anderen stellte sich für sie die Frage nach einer neuen Bündnisinitiative nicht mehr als ein Projekt »diesseits des Neoliberalismus« (Detje 1998: 41) mit dem bloßen politischen Tausch ›Lohn gegen Arbeit‹ dar, sondern als ein umfassendes beschäftigungs- und gesellschaftspolitisches Reformprojekt, das programmatisch einen Politikwechsel ermöglichen sollte. Auf der einen Seite erteilte sie damit einer reinen Verweigerungshaltung, die sie ja ins gesellschaftspolitische Abseits geführt hätte, eine Absage. Auf der anderen Seite knüpfte sie aber nunmehr das ›Bündnis‹ institutionell an die Bedingung des Zustandekommens einer neuen politischen Mehrheit. Mithin war der Austritt der Gewerkschaften aus dem ›Bündnis‹ ein Meilenstein auf dem Weg zum Ende der Ära Kohl, und zwar insofern, als er ihnen die Möglichkeit eröffnete, offen für einen Regierungs- und Politikwechsel zu werben.¹¹

9 Die zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften getroffene Vereinbarung vom 23. Januar 1996 ist abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3 (1996), S. 368-370.

10 Auf den ebenfalls gescheiterten, vom Vorsitzenden des DGB, Dieter Schulte, im Frühjahr 1997 gestarteten Versuch, mit einem ›Bündnis Ost‹ der desaströsen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern durch vereinte Anstrengungen entgegenzuarbeiten, soll hier nicht näher eingegangen werden. Daß Bundesregierung und Arbeitgeber bei diesem Vorstoß nicht einmal den Eindruck zu erwecken versuchten, sich ernsthaft an das gemeinsam vereinbarte Ziel des Beschäftigungsaufbaus in den neuen Bundesländern zu halten, indem die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik reduziert und die Erosion des Tarifsystems vorangetrieben wurden, bekräftigt den Verdacht, das Aufgreifen des Bündnisvorschlages sei eine taktische Finte gewesen, die dazu diente, die Konsensbereitschaft der Gewerkschaften für wahlpolitische Ziele zu instrumentalisieren.

11 Zutreffend kommentiert Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär: »Das Ende des Bündnisses war der Anfang vom Ende der CDU als Regierungspartei.« (zit. nach: Detje/König 1999a: 27)

Als im Herbst 1997 Zwickel den Vorschlag für ein gesellschaftspolitisch jenseits des Neoliberalismus angesiedeltes ›Bündnis für Arbeit‹ unterbreitete, bewegte er sich auf der gleichen Linie wie der damalige Vorsitzende der SPD, Oskar Lafontaine, der für den Fall einer Regierungsübernahme schon ein solches ›Bündnis‹ angeregt hatte. Auf ihrem Leipziger Parteitag im Frühjahr 1998 griff dann die SPD die gewerkschaftliche Forderung auf und sprach sich in ihrem Wahlprogramm für ein ›Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit‹ aus, zu dessen Inhalt ein »fairer Interessenaustausch nach dem Grundsatz des gegenseitigen Gebens und Nehmens« (zit. nach: Wilke 1999: 28) gezählt wurde. Ihre Absicht, das Bündnis zu einem Kernstück der Regierungsarbeit machen zu wollen, unterstrich sie ostentativ mit der Nominierung des Stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall, Walter Riester, zum designierten Arbeitsminister einer künftigen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, wodurch es ihr zugleich gelang, IG Metall und DGB in die Wahlkampagne der SPD einzubinden.

Nach dem errungenen Wahlsieg im Herbst 1998 hielten SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Koalitionsvertrag fest, daß sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein ›Bündnis für Arbeit‹ einrichten wollen, zu dem »alle Beteiligten in fairem Geben und Nehmen ihren Beitrag zu leisten« (zit. nach: Schroeder/Esser 1999: 7) hätten. Mit der ersten Regierungserklärung der rot-grünen Koalition erging denn auch an die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften eine Einladung zu einem ›Bündnis für Arbeit‹, der Ende 1998 ein Spitzengespräch folgte, in dem sich die Beteiligten darauf verständigten, in einem »Bündnis gemeinsam auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit hinzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig zu stärken.«¹² Dies soll geschehen mittels unterschiedlich ansetzender, das heißt sowohl arbeitsmarkt- und sozialpolitischer als auch steuerpolitischer Strategien. Im einzelnen heißt dies unter anderem: Anpassung der Tarifpolitik an das Ziel der Beschäftigungssteigerung, Unterstützung der Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften durch Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten, Umverteilung der Arbeit durch Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung und Ausbau der Teilzeitarbeit, Neujustierung des Systems der Sozialen Sicherung.

Noch bevor die Verhandlungen im nunmehrigen ›Bündnis‹ überhaupt richtig begonnen hatten, waren von seiten des Bundeskanzleramtes schon Anstrengungen unternommen worden, das ›Bündnis‹ als vertikal strukturierte Dauereinrichtung zu institutionalisieren.¹³ Mit seiner formalen Gliederung in Spitzengespräch, Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppen und deren tripartistischer Besetzung knüpft das ›Bündnis‹ zwar in einigen Merkmalen an die Organisationsstruktur der ›Konzertierten Aktion‹ an, allerdings ist nunmehr der Kreis der Teilnehmer in den entscheidenden Gremien überschaubar, wodurch eine Konsensbildung unter den Beteiligten erleichtert wird.

Die öffentlich sichtbare Ebene des ›Bündnisses‹ besteht aus dem Spitzengespräch, an dem unter der Leitung des Kanzlers neben 5 Ministern auch die vier Präsidenten der Wirtschaftsverbände und die fünf Vorsitzenden der Gewerkschaften teilnehmen. Unterhalb

12 Der gesamte Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer der ersten Gesprächsrunde vom 7. Dezember 1998 ist dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2 (1999), S. 248-259. Daß das ›Bündnis für Arbeit‹ zu einem ›Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit‹ erweitert wurde, geht nach Schroeder/Esser (1999: 9) auf den Druck der Arbeitgeber zurück. In dieser Umwidmung des Bündnisprojektes zu einer »angebotsorientierten Standort-Koalition zwischen Kapital, Arbeit und Politik« (Schmitt-henner 1998c: 42) kommt zum Ausdruck, daß es Arbeitgebern und Bundesregierung letztlich um die Unterordnung der Gewerkschaften unter das ›große Ziel‹ der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht.

13 Vgl. zum folgenden ank (1999).

14 Zu den Themen, die bislang bearbeitet wurden, gehört die Frage nach den Auswirkungen von unterschiedlichen Steuersystemen auf die Arbeitsmärkte sowie die Erarbeitung von Modellen zur Schaffung eines Niedriglohnssektors. Es stimmt nachdenklich, daß die zur Verfügung gestellten Ergebnisse zum Teil ignoriert bzw. nicht angemessen gewürdigt werden. So operierte der inzwischen aus dem Amt ausgeschiedene Kanzleramtsminister, Bodo Hombach, z.B. im benchmarking mit den USA öffentlich auf eine Weise mit Vergleichsziffern, die als »unseriös« (Detje/König 1999b: 45) kritisiert worden ist. Denn alle Einwände gegen derartige Vergleiche seien in dem der Benchmarking-Gruppe vorliegenden Papier selbst benannt.

15 Die Frage, ob mit Bezug auf die in der Korporatismusdiskussion getroffene Unterscheidung zwischen »konzertierter« und »korporatistischer« Interessenvermittlung die »Konzertierte Aktion« überhaupt sinnvoll als korporatistisch charakterisiert werden kann, soll hier nicht diskutiert werden. Vgl. hierzu u.a. Bonß (1980).

16 Es gilt zu berücksichtigen, daß die Entscheidung zur Teilnahme an einem Bündnis in der Regel im Schatten von Staat und Öffentlichkeit erfolgt, die oftmals im Hintergrund den notwendigen Druck erzeugen, damit sich die verschiedenen Akteure auf ein Bündnis überhaupt einlassen. Im übrigen wird hier davon ausgegangen, daß die Akteure ihre Entscheidung zur (Nicht-)Teilnahme

dieses Gremiums, das gewissermaßen das Legitimationszentrum des »Bündnisses« bildet, ist die vom Kanzleramtsminister geleitete Steuerungsgruppe angesiedelt. Sie führt die Geschäfte des »Bündnisses« (inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Beratungen der Kanzlerrunden) und ist hochrangig besetzt mit den Staatssekretären der beteiligten Ministerien, den Hauptgeschäftsführern der Wirtschaftsverbände und mit leitenden Gewerkschaftsfunktionären. Ihr zur Seite gestellt ist die ausschließlich aus Wissenschaftlern bestehende und ebenfalls vom Kanzleramtsminister geführte Benchmarking-Gruppe, deren Aufgabe darin besteht, Daten zu erheben und zu analysieren, um in einem internationalen Vergleich des Wirtschaftsstandortes Deutschland »best practices« identifizieren zu können.¹⁴ Der Unterbau wird gebildet von mehreren Arbeitsgruppen, die im Auftrag der Steuerungsgruppe und in Verantwortung der jeweils zuständigen Ministerien mit Bezug auf bestimmte Politikfelder Problemlösungsstrategien entwickeln und zur Diskussion stellen. Arrondiert wird das »Bündnis« durch vergleichbare Einrichtungen in den Bundesländern.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik Deutschland erst zweimal, und dies nach mehrfach gescheiterten Anläufen, gelungen ist, einen makrokorporatistischen trilateralen Pakt zwischen Staat, Kapital und Arbeit¹⁵ zu institutionalisieren, deutet darauf hin, daß die Akteure nur dann einem Bündnis beitreten, wenn sie darin auch eine Chance zur Durchsetzung ihrer Interessen sehen, bzw. daß umgekehrt die Akteure aus einem Bündnis austreten, wenn dieses sich für sie unter veränderten politisch-institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen nicht mehr auszahlt. Sowohl die Geschichte der »Konzertierten Aktion« als auch die des »Bündnisses für Arbeit« zeigt dies, wirft man einen Blick auf die Interessenlage der Bündnisakteure.

Da die Teilnahme an Bündnissen sich durch den Staat nicht autoritativ verordnen läßt und Bündnisse die Beteiligten per definitionem Zwängen aussetzen, welche ihren traditionellen Rollen als einseitige Interessenvertreter widersprechen, stellt sich die Frage, was die verschiedenen Akteure dennoch motiviert, sich »freiwillig«¹⁶ Bündniszwängen auszusetzen. Diese Frage ist mit Bezug auf die »Konzertierte Aktion« für die Arbeitgeberverbände relativ klar zu beantworten: Sie versprachen sich von ihr eine Versachlichung der Tarifpolitik und eine damit verbundene Reduzierung von Kosten und Konflikten sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum. Die Gewerkschaften erhofften sich von seiten des Staates, der sich aufgrund der Regierungsbeteiligung der SPD aus Sicht der Gewerkschaften vom traditionellen Gegner zum potentiellen Verbündeten gewandelt hatte, eine Absicherung der Vollbeschäftigung auf der Basis einer keynesianisch orientierten antizyklischen Krisenpolitik und einen bedeutenden staatlichen Beitrag zur Verwirklichung der »sozialen Symmetrie« (Schiller). Ferner ging es ihnen darum, als gleichberechtigter gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Akteur ernstgenommen zu werden und durch ihre Beteiligung an der »Konzertierten Aktion«

den lang ersehnten politischen Machtwechsel mit herbeizuführen. Im letzten Punkt überschneiden sich ihre Interessen mit denen der SPD, die eine Bündniskonstellation erwarteten für die Etablierung einer neuen politischen Mehrheit in Deutschland.

Die ›Konzertierte Aktion‹ hatte so lange Bestand, wie der Grundkonsens der Akteure, daß alle Bündnisbeteiligten aufgrund der erzielten Verhaltensabstimmung und einer darauf aufbauenden Politik Vorteile (in Form von Steuern, Gewinnen und Löhnen) haben werden, als relativ gesichert gelten konnte. Der Konsens begann jedoch zu schwinden, als es nicht mehr gelang, die Beteiligten selbst auf die Einhaltung der gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zu verpflichten. Auch wenn vor allem die Gewerkschaften zu dem Eindruck gelangen mußten, daß das Handeln der beiden anderen Bündnisparteien zunehmend weniger in Übereinstimmung mit den von ihnen deklarierten Zielen stand¹⁷, war die ›Konzertierte Aktion‹ aus ihrer Sicht gleichwohl kein völlig unnützes Projekt. Denn sie erhielten als Kompensation für ihre Inkorporierung ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung, politischen Einfluß als ›Sozialpartner‹ und mit dem politischen Machtwechsel von 1969 einen ihnen prinzipiell zugeneigten und ihre Ziele stützenden politischen Tauschpartner im Do-ut-des-Bargaining. Es war genau diese Einbindung der Gewerkschaften und ihres Pendant, der Arbeitgeberverbände, in die allgemeine Wirtschaftspolitik, wodurch die industriellen Beziehungen in Deutschland zu einem, von der OECD zur Nachahmung empfohlenen Vorbild für andere Industrieländer avancierten, das unter dem Begriff ›Modell Deutschland‹ Popularität erlangte.

Vergleicht man die beiden Verhandlungssysteme miteinander, so lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede identifizieren. Bei den Gemeinsamkeiten wäre vor allen Dingen hervorzuheben, daß a) sowohl bei der ›Konzertierten Aktion‹ als auch beim ›Bündnis‹ die beteiligten Akteure Staat, Kapital und Arbeit im Rahmen eines korporatistischen Arrangements versuch(t)en, eine mehr oder weniger institutionalisierte Verhaltensabstimmung auf freiwilliger Basis zu betreiben, daß b) sowohl damals wie auch heute der geschlossene Pakt die Beteiligten auf das Gemeinwohl und ein dementsprechendes Handeln verpflichtet(e), der Beitritt zu dem Pakt jedoch nicht aus idealistischen Motiven, sondern aus strategischem Kalkül im Eigeninteresse erfolgt(e)¹⁸ und daß c) in beiden Fällen der Pakt eine wesentliche Voraussetzung war, um einen Macht- und Politikwechsel zu ermöglichen.¹⁹

Jenseits dieser Gemeinsamkeiten existieren aber auch etliche Unterschiede, die sich zum Beispiel an den jeweiligen Zielen festmachen lassen. So bestand das Ziel der ›Konzertierten Aktion‹ vorrangig in der Bekämpfung der Inflationstendenzen und der anwachsenden Arbeitslosigkeit, während das ›Bündnis‹ einen viel umfassenderen Anspruch auf lenkenden Einfluß erhebt. Es soll den wirtschaftlichen Strukturwandel und die damit verbundenen Anpassungsprozesse als gesellschaftliches Projekt mitgestalten und im Ergebnis zur Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und Umgestaltung der Sozialen Sicherung sowie zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen führen. Auch in bezug auf den politischen

auf der Grundlage strategisch angelegter Kosten-Nutzen-Kalküle treffen und daß sie prinzipiell über eine Exit-Option verfügen, wenn sie zu dem Ergebnis gelangen, daß sie ihre Interessen außerhalb eines Bündnisses eher und besser durchsetzen können. Bei Akteuren, die unter dem ›Gesetz des Wiedersehens‹ stehen, ist die Exit-Option allerdings eingeschränkt, da diejenigen, die sich auf Verhandlungen einlassen, auch eine zumindest moralische Verpflichtung zur ernstlichen Suche nach Einigungsmöglichkeiten übernehmen. Wollen sie die Möglichkeit künftiger Verhandlungen nicht aufs Spiel setzen, haben sie mithin auch den Abbruch von Verhandlungen und die Entscheidung zum Exit zu legitimieren.

17 Zum Beispiel weil die Arbeitgeber sich nach einem drastischen Anstieg der Gewinne weigerten, die von den Gewerkschaften geübte lohnpolitische Zurückhaltung zu honorieren und Fragen der Einkommensverteilung in der ›Konzertierten Aktion‹ zu diskutieren, was bekanntlich zu den ›wilden Streiks‹ im Herbst 1969 führte, die dann zum Auslöser verspäteter Lohnerhöhungen wurden; oder wegen der 1976 unter dem damaligen Bundeskanzler, Helmut Schmidt, einsetzenden Sparpolitik, die innerhalb der Gewerkschaften anhaltende Mitgliederproteste hervorrief.

18 Das heißt selbstverständlich nicht, daß Interessenverbände nicht in der Lage wären, ihr eigenes Handeln an den Erfordernissen eines wie auch immer zustande gekommenen Gemeinwohls auszurichten. Dies geschieht dadurch,

daß sie »von der (gedachten) Linie ›purer‹ Interessenverfolgung so weit abgehen, wie die Vorteile, als ›gemeinwohlorientiert‹ angesehen zu werden, die Nachteile dieses Abgehens übersteigen« (Vobruba 1992: 97). Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die in Rede stehenden Bündnisse Mixed-motive-Konstellationen darstellen, in denen die Akteure zugleich gemeinsame und gegensätzliche Interessen verfolgen. Es wäre ein Trugschluß anzunehmen, die Interessen und Konflikte zwischen den unterschiedlichen Akteuren würden in Bündnissen suspendiert. Sie werden bestenfalls in rationaler Form kompromißhaft institutionalisiert und temporär stillgestellt.

19 Das ›Bündnis für Arbeit‹ hat zwar zum Machtwechsel beigetragen, es ist angesichts der »neokorporativen Fortsetzung des Neoliberalismus« (Schauer 1999) allerdings Skepsis angezeigt, ob dem Macht- auch ein Politikwechsel folgen wird.

20 Um nur zwei Stichworte zu nennen: Mitgliederschwund bei Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbänden, Zunahme mikrokorporatistischer Arrangements. Vgl. ferner die Übersicht bei Schroeder/Esser (1999: 11) sowie Zeuner (1996).

21 Zu den jeweiligen Interessenlagen und -profilen vgl. neben Schmittner (1998a: 844ff.; 1998b: 41f.) und Schroeder/Esser (1999: 9ff.) insbesondere Urban (1998: 618ff.).

22 Daß »der Faktor Arbeit im Prinzip wegrationalisiert wurde, weil er zu teuer ist«, so die wirtschaftspolitische

Initianten läßt sich ein markanter Unterschied erkennen. Damals war das korporatistische Arrangement wie üblich ein Projekt des Staates, heute ist es – der Regel zuwider und motiviert durch den in den Jahren zuvor erlittenen politischen Terrainverlust – ein Projekt der Gewerkschaften, mit dem über die Bündnisziele hinaus auch eine Revitalisierung der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Gewerkschaften nach innen und nach außen angestrebt wird. Mit Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse ist ferner festzustellen, daß diese sich zuungunsten der Gewerkschaften verschoben haben, weil die Massenarbeitslosigkeit deren Organisations- und Verhandlungsmacht geschwächt hat, weswegen denn auch die Gewerkschaften heute, im Gegensatz zu damals, im politischen Tauschgeschäft nicht mehr viel anzubieten haben. Zu nennen wäre weiterhin die durch die Lasten der Deutschen Einheit bedingte Verlagerung der Konfliktebene in den Verteilungsauseinandersetzungen, und zwar insofern, als in deren Zentrum heute nicht mehr die Verteilung der Gewinne, sondern die der Lasten steht.

Erfolgsbedingungen und -aussichten des ›Bündnisses‹

Es spricht angesichts dieser und weiterer, hier aber nicht im einzelnen darzustellender Unterschiede zwischen den beiden Bündnis-konstellationen²⁰ viel für die These, daß beim heutigen ›Bündnis‹ die Voraussetzungen für einen korporatistischen politischen Tausch wesentlich schlechter als damals sind. Ein Blick auf die jeweilige Interessenlage und die damit verbundene Konsenswilligkeit der beteiligten Akteure unterstreicht dies. Denn die Erfolgsaussichten des ›Bündnisses‹ hängen ja nicht unerheblich davon ab, ob über die Situationsdeutung, die Bündnisziele und über die Frage, wie diese zu erreichen sind, ein Konsens erzielt werden kann. Dies ist auf der Ebene der politischen Rhetorik zweifellos der Fall, zumindest hinsichtlich der Ziele, auf der Ebene des politischen Handelns jedoch keineswegs sicher, da entgegen aller Rhetorik die hinter den Zielen und Präferenzen von Bundesregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften stehenden Interessen alles andere als einheitlich sind.²¹

Den Erfolgsaussichten des ›Bündnisses‹ eher abträglich denn förderlich ist allein schon der Umstand, daß die Bundesregierung eine der Situationsdeutung der Gewerkschaften entgegenstehende politisch-ideologische Position vertritt, wonach Arbeitslosigkeit im Grunde selbst verschuldet sei, weil die Arbeitskraftanbieter ihre Erwartungen nicht dem Angebot anpaßten.²² Mit dieser marktradikalen Grundhaltung kollidieren denn auch die Forderungen der Gewerkschaften nach Stärkung der Binnennachfrage und Bereitstellung der für öffentliche Investitions- und Innovationsprogramme notwendigen Finanzmittel. Nicht minder problematisch für den Bündniserfolg ist die Tatsache, daß es bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen fundamentalen Interessengegensatz zwischen den ›Sozialpartnern‹ gibt, da Arbeitslosigkeit, insbesondere in einer strukturell verfestigten Form, die Machtposition der Gewerkschaften in verteilungs- und ordnungspolitischen Konflikten schwächt und die der Arbeitgeberverbände stärkt.²³ Ernsthaft für Vollbeschäftigung und damit für eine Schwächung der eigenen

Machtposition einzutreten, wird deswegen der Arbeitgeberseite auch nicht unterstellt werden können. Und was schließlich die Interessenlage der Gewerkschaften anbetrifft, so ist diese zu der der Arbeitgeberseite spiegelbildlich. Gleichwohl ist gegenüber einer eher konflikt- denn diskursorientierten Strategie zur Durchsetzung ihrer Interessen Skepsis angebracht, weil für die Gewerkschaften die Bündelung, Vereinheitlichung und Umformung der Partikularinteressen ihrer Mitglieder in einen Identifikation ermöglichenden Kollektivwillen und eine nach außen durchsetzbare Verbandspolitik in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden ist.

Realistisch gesehen, ergibt sich also im Saldo eine stark asymmetrische Akteurskonstellation, die eine entscheidende Erfolgsvoraussetzung für das ›Bündnis‹ vermissen läßt: nämlich ein von allen Beteiligten gleichermaßen geteiltes echtes Interesse an der Verwirklichung des Zieles, Arbeitslosigkeit deutlich und nachhaltig zu verringern. Jenseits der Frage, wie der geschlossene Beschäftigungspakt überhaupt in praxi realisiert werden kann²⁴, ist unter diesen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit, ein problemadäquates Verhandlungsergebnis zu erzielen, eher gering. Vielmehr ist zu erwarten, daß, wenn überhaupt, Kompromisse nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen interessenpolitischen Nenners gefunden werden, die dem eigentlichen Bündnisziel jedoch bei weitem nicht gerecht werden.

Daß Verhandlungssysteme durchaus ein geeignetes Steuerungsinstrument zur Lösung von Verteilungskonflikten und zur Entwicklung neuer wohlfahrtsmaximierender Lösungsansätze²⁵ darstellen, vorausgesetzt, die beteiligten Akteure sind »paktbereit, konsenswillig und verpflichtungsfähig« (Zeuner 1996), war eine unausgesprochene Prämisse der bisherigen Ausführungen, mit denen gewissermaßen die endogene, das heißt nationale Seite der Erfolgsbedingungen des ›Bündnisses‹ thematisiert wurde. Wird auch die exogene, das heißt transnationale Seite berücksichtigt, so sind grundsätzliche Zweifel angebracht, ob unter den veränderten politisch-institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen infolge der Globalisierung und europäischen Integration eine Lösung des anstehenden Problems der Massenarbeitslosigkeit überhaupt noch mittels eines korporatistischen Arrangements gefunden werden kann. Dies hat damit zu tun, daß Globalisierung und europäische Integration für die nationale und internationale Politik völlig neue Spielregeln schaffen, die Akteure bei ihren Interessenkalkülen mit immer komplexeren Kosten-Nutzen-Szenarien konfrontieren und dadurch den Rahmen für rationale Entscheidungen grundlegend verändern.

Von zentraler Bedeutung für die Frage nach den exogenen Erfolgsbedingungen des ›Bündnisses‹ ist vor allem folgendes: Die Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten erlaubt es den Unternehmen, ihren ökonomischen Aktivitäten weltweit dort nachzugehen, wo es für sie am kostengünstigsten ist, wobei ihnen als Kosten in erster Linie Steuern, Sozialabgaben und Löhne gelten. Die Mobilität des Kapitals hat auf diese Weise unter den Nationalstaaten zu einem Standortwettbewerb um die Ansiedlung von inter- bzw. transnational operierenden Unternehmen geführt, bei

Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Margareta Wolf (zit. nach: Wendl 1999: 28), ist allerdings auch eine in den Gewerkschaften anzutreffende Auffassung.

23 Womit nicht behauptet werden soll, daß Arbeitslosigkeit für die Arbeitgeberseite nur mit Vorzügen verbunden ist. Zu den Nachteilen eines höheren bzw. Vorteilen eines geringeren Maßes an Arbeitslosigkeit vgl. Urban (1998: 624ff.).

24 Bekanntlich liegt die zentrale Schwachstelle eines Beschäftigungspaktes in der nicht oder nur unzureichend gegebenen Verpflichtungsfähigkeit der Arbeitgeberverbände begründet, da sie über keine Möglichkeiten verfügen, die getroffenen Vereinbarungen auch auf Unternehmensebene umzusetzen, es sei denn, die tarifpolitische Verhandlungskompetenz würde dezentralisiert und auf die Ebene des Einzelunternehmens verlagert.

25 Vgl. vor allem Scharpf (1992; 1994).

dem Löhne und Lohnnebenkosten zur entscheidenden wirtschaftspolitischen Variablen geworden sind. Hiermit verbunden ist eine zweite Entwicklung, die als schleichender Souveränitäts- und Autonomieverlust des Nationalstaates zum Ausdruck kommt, weil aufgrund der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der faktischen Hinfälligkeit zwischenstaatlicher Grenzen für Geld- und Warenkapital der staatliche Zugriff auf steuerliche Ressourcen geschwächt wird, was de facto einer Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik gleichkommt. Und es bedeutet für den national verfaßten Wohlfahrtsstaat eine Untermi- nierung seiner steuerlichen Grundlage.

26 Vgl. zum folgenden namentlich Streeck (1995; 1998a).

Überlagert werden die mit dem Standortwettbewerb einhergehenden Tendenzen durch den Prozeß der europäischen Integration²⁶, in dem nun nicht mehr nur die der Europäischen Union angeschlossenen Nationalstaaten, sondern auch »die zwei Klassen des transnationalen Arbeitsmarkts, Kapital und Arbeit« (Streeck 1995: 113), in wie auch immer organisierter Form aufeinandertreffen. Für die beteiligten Akteure hat dies eine erhöhte Komplexität ihres Handlungsfeldes zur Folge, da sie nunmehr bei ihren Interessenkalkülen eine größere Zahl von Akteuren berücksichtigen müssen und sich ihre Handlungsoptionen vergrößert haben. Denn in einem transnationalen interessenpolitischen Handlungsfeld haben sie prinzipiell die Wahl zwischen nationale Grenzen überschreitenden klassenpolitischen Strategien einerseits und Klassengrenzen überschreitenden nationalen Strategien andererseits. Allerdings ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch eine fundamentale Asymmetrie gekennzeichnet, die darin besteht, daß der Kapitaleseite die Verfolgung einer klassenpolitischen transnationalen Strategie strukturell leichter fällt als der Arbeitnehmerseite.

Die Konsequenzen, die sich hieraus für das »Bündnis« ergeben, sind nicht zu übersehen. In dem Maße, wie die Möglichkeiten der Kapitaleseite wachsen, aus nationalen Zusammenhängen auszutreten, wenn ihnen diese nicht zusagen, in dem Maße schwinden sowohl die Möglichkeiten der Organisationen der weniger mobilen Arbeitnehmerseite als auch die Möglichkeiten der auf nationaler Basis konstituierten korporatistischen und staatlichen Institutionen, der Kapitaleseite Bedingungen für Kooperation aufzuerlegen. Damit ändern sich innerhalb jeder der angeschlossenen Nationalstaaten die politischen Austauschverhältnisse, und zwar auch dann, wenn de facto keinerlei Kapitalmigration ins Ausland stattfindet, weil nämlich die jeweiligen Regierungen und Arbeitnehmerverbände in ihren Kalkülen auf die Möglichkeit der Kapitalmigration schon mit vorbeugenden Zugeständnissen reagieren. Für die nationale Politik heißt dies, daß sie sich mit dem Setzen von Anreizen, die geeignet sind, Kooperation aus Eigeninteresse zu motivieren, wird begnügen müssen, wenn sie nicht mehr imstande ist, Regeln zu erlassen und vor allem durchzusetzen, die der Kapitaleseite gemeinwohlorientierte Verpflichtungen auferlegen, die diese ohne äußeren Zwang nicht übernehmen würden. Vor diesem Hintergrund scheint ein Szenarium des erfolgreichen Scheiterns des »Bündnisses« nicht abwegig zu sein, sofern es den weltmarktorientierten Modernisierungsvertretern aus dem Arbeitgeber- wie auch dem

Regierungs- und Gewerkschaftslager gelingt, den Pakt zu dominieren und ihn in eine klassenübergreifende, staatlich moderierte nationale Wettbewerbskoalition umzuwandeln, also aus dem ›Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit‹ ausschließlich ein ›Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit‹ zu machen. Ob die Annahme der Wettbewerbskoalitionäre, die angestrebten positiven Beschäftigungseffekte seien eine abhängige Variable der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die sich auf globalisierten Märkten zu bewähren habe, sich als zutreffend oder irrig erweisen wird, ist zwar völlig ungewiß, wird aber gewiß von den Mitgliedern der Benchmarking-Gruppe dann genauer analysiert und evaluiert werden.

Literaturverzeichnis

- ank (1999) – Autorensigel: Das Bündnis für Arbeit wird zur Dauereinrichtung mit großem Apparat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Februar 1999.
- Berthold (1996) – Norbert Berthold: Abschied von überholten Glaubenssätzen?, in: Wirtschaftsdienst, H. 1, S. 14-18.
- Berthold (1998) – Norbert Berthold: Die Tarifpartner nehmen den Staat in Geiselhaft, in: Handelsblatt vom 23. September 1998.
- Berthold/Hank (1999) – Norbert Berthold/Rainer Hank: Bündnis für Arbeit. Korporatismus statt Wettbewerb, Tübingen: Mohr.
- Bonß (1980) – Wolfgang Bonß: Gewerkschaftliches Handeln zwischen Korporatismus und Selbstverwaltung – Die Konzertierte Aktion und ihre Folgen, in: Ronge, V. (Hrsg.): Am Staat vorbei. Politik der Selbstregulierung von Kapital und Arbeit, Frankfurt/New York: Campus, S. 125-169.
- Detje (1998) – Richard Detje: Zwickels neues Bündnis, in: Sozialismus, H. 7/8, S. 40-42.
- Detje/König (1998) – Richard Detje/Otto König: Bündnis für Arbeit. Einige wirtschaftliche Probleme für gewerkschaftliche Beschäftigungsinitiativen, in: Sozialismus, H. 9, S. 38-40.
- Detje/König (1999a) – Richard Detje/Otto König: Der neue Sozialpakt. Was bringt das »Bündnis für Arbeit«?, in: Sozialismus, H. 4, S. 26-29.
- Detje/König (1999b) – Richard Detje/Otto König: Bündnis für Arbeit oder Entgewerkschaftlichung, in: Sozialismus, H. 7/8, S. 42-45.
- Engelen-Kefer (1996) – Ursula Engelen-Kefer: Bündnis für Arbeit statt Sozialabbau, in: Soziale Sicherheit, H. 8/9, S. 281-286.
- Esser/Schroeder (1999) – Josef Esser/Wolfgang Schroeder: Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, S. 51-61.
- Franz (1996) – Wolfgang Franz: »Bündnis für Arbeit«: Bluff oder Chance?, in: Wirtschaftsdienst, H. 1, S. 7-10.
- Grözinger (1996) – Gerd Grözinger: Lohnverzicht für Arbeitsplätze. Wie die Rechnung aufgehen kann, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3, S. 307-313.
- Hank (1996) – Rainer Hank: Der Zauberer. »Bündnis für Arbeit« statt Programmdebatte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1, S. 32-40.
- Hickel (1996) – Rudolf Hickel: Zwischen Marktentfesselung und Beschäftigungspolitik. Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung – Chancen und Probleme, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 3, S. 296-306.
- Kromphardt (1996) – Jürgen Kromphardt: Ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst, H. 1, S. 10-14.
- Lang/Kuhlmann (1996) – Klaus Lang/Wolfgang Kuhlmann: »Bündnis für Arbeit« – Reformperspektive für Vollbeschäftigung und Sozialstaat, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 3, S. 189-200.
- Rieger (1999) – Anne Rieger: Beschäftigungsprojekt oder Standortfalle? Zum »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit«, in: Sozialismus, H. 5, S. 24-27.
- Rösner (1996) – Hans Jürgen Rösner: Bündnis für Arbeit – ist Korporatismus noch zeitgemäß?, in: Wirtschaftsdienst, H. 3, S. 122-130.
- Scharpf (1992) – Fritz W. Scharpf: Koordination durch Verhandlungssysteme: Analytische Konzepte und institutionelle Lösungen, in: Benz, A. et al.: Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt/New York: Campus, S. 51-96.
- Scharpf (1994) – Fritz W. Scharpf: Politiknetzwerke als Steuerungssubjekte, in: Derlien, H.-U. et al. (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden: Nomos, S. 381-407.
- Schauer (1999) – Helmut Schauer: Bündnis-Aussichten. Die neokorporative Fortsetzung des Neoliberalismus, in: Sozialismus, H. 6, S. 33-39.
- Schmitthenner (1998a) – Horst Schmitthenner: Bündnis für Arbeit – schon wieder?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 841-849.
- Schmitthenner (1998b) – Horst Schmitthenner: Neues Bündnis für Arbeit? Nein, wenn nicht ..., in: Sozialismus, H. 7/8, S. 43.
- Schmitthenner (1998c) – Horst Schmitthenner: Den Spieß umdrehen! Anforderungen an ein »Bündnis für Arbeit«, in: Sozialismus, H. 9, S. 40-42.
- Schroeder/Esser (1999) – Wolfgang Schroeder/Josef Esser: Modell Deutschland: Von der Konzertierte Aktion zum Bündnis für Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 37, S. 3-12.

- Streeck (1995) – Wolfgang Streeck: Politikverflechtung und Entscheidungslücke. Zum Verhältnis von zwischenstaatlichen Beziehungen und sozialen Interessen im europäischen Binnenmarkt, in: Bentele, K. et al. (Hrsg.): Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften. Fritz W. Scharpf Festschrift zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt/New York: Campus, S. 101-128.
- Streeck (1998a) – Wolfgang Streeck: Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft, in: Beck, U. (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 169-202.
- Streeck (1998b) – Wolfgang Streeck: Bündnis für Arbeit: Bedingungen und Ziele, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 8, S. 533-540.
- Urban (1998) – Hans-Jürgen Urban: Ein neues »Bündnis für Arbeit«? Über Interessenlagen und Verhandlungsstrategien in einem neokorporatistischen Beschäftigungspakt, in: Zeitschrift für Sozialreform, H. 9, S. 613-637.
- Visser/Hemerijck (1998) – Jelle Visser/Anton Hemerijck: Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden, Frankfurt/New York: Campus.
- Vobruba (1992) – Georg Vobruba: Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl, in: Mayntz, R. (Hrsg.): Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl, Gütersloh: Bertelsmann, S. 80-121.
- Wendl (1999) – Michael Wendl: »Unverkrampfte« Lohnsenkung. Der Niedriglohnsektor und das Bündnis für Arbeit, in: Sozialismus, H. 5, S. 28-30.
- Wiedemuth (1999) – Jörg Wiedemuth: Bündnis – Runde 3. Kritische Anmerkungen zur Gemeinsamen Erklärung von BDA und DGB aus tarifpolitischer Sicht, in: Sozialismus, H. 9, S. 31-33.
- Wilke (1999) – Manfred Wilke: Das Bündnis für Arbeit, in: Die politische Meinung, H. 354, S. 23-29.
- Zeuner (1996) – Bodo Zeuner: Von der »Konzertierten Aktion« zum »Bündnis für Arbeit«? Neun Thesen zu einem ökonomischen und politischen Lehrstück, in: Frankfurter Rundschau vom 13. November 1996.

RICHARD SAAGE

Der »letzte Mensch« in einem Totalitarismus ohne Alternative? Zu George Orwells »1984«

I.

Wie kaum ein utopischer Roman der Weltliteratur ist George Orwells *1984* mit unterschiedlichen Akzentsetzungen gedeutet worden.¹ Viele Interpreten haben ihn schlicht als den Vorgriff auf eine Zukunft gelesen, der wir nicht entrinnen können. Andere ordneten ihn in die von Swift begründete Tradition der Satire ein, die durch ihre radikale Kritik gegenwärtiger Fehlentwicklungen die Zeitgenossen davor warnen will, daß deren aktuelle Bedrohung durch die Schrecken der Zukunft noch überboten werden könnten, falls sie in Untätigkeit verharren. Geradezu schulemachend waren die Interpretationen, die in *1984* eine Anatomie des nationalsozialistischen und bolschewistischen Herrschaftssystems erblicken, und zwar als Modelle einer möglichen totalitären Zukunft der Menschheit. Auch hat es nicht an Versuchen gefehlt, *1984* zu historisieren oder zu personalisieren: sei es, daß dieser Roman als eine Satire auf das England des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit gedeutet wurde; sei es, daß man ihn als Ausfluß der frustrierenden Kindheit und Jugend seines Autors las. Nicht verschwiegen werden sollten aber auch jene Ansätze, die den Kern von *1984* in der metaphysischen Verzweiflung am Wesen der Macht sehen.

Aber nicht nur das »Verstehen« dieses Romans ist kontrovers; auch die bald nach seinem Erscheinen einsetzenden Versuche, ihn während der Zeit des Kalten Krieges für den politischen Zweck der Schaffung und Steuerung von Feind-Bildern zu instrumentalisieren, werfen Probleme auf. »Während Kritiker aus dem rechten Lager der in eine Anti-Utopie gekleideten Warnung vor den möglichen politischen Entwicklungen in der gesamten Welt literarische Treffsicherheit bescheinigten und den ›Wahrheitsgehalt‹ dieses Werkes hervorhoben, stellten linke Kritiker die intellektuelle wie literarische Leistung Orwells in Frage und versuchten das Gewicht seiner Aussagen zur Politik abzuschwächen, indem sie darauf hinwiesen, daß Orwell bereits ein todkranker Mann gewesen sei, als er dieses Buch schrieb. Das Buch ist in einer solchen Sicht dann nicht mehr als der Ausdruck einer sehr begrenzten privaten Erfahrung, das Dokument des psycho-physischen Zustandes des Autors in der Entstehungszeit des Werkes.«²

Gegen die konservative Vereinnahmung von *1984* spricht, daß sich Orwell von 1936 bis zu seinem Tod zum demokratischen Sozialismus bekannte: »Jede ernsthafte Zeile, die ich seit 1936 zu Papier brachte, ist, direkt oder indirekt, gegen den Totalitarismus und

Richard Saage – Jg.1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Zitiert wurde nach folgender Edition: George Orwell: 1984. Mit Beiträgen von Iring Fetscher, Adolf Muschg, Erich Fromm und Heinz Ludwig Arnold. Ins Deutsche übertragen v. Kurt Wagenseil, Frankfurt am Main, Olten, Wien 1984. Die Belegstellen, durch arabische Ziffern in runden Klammern gekennzeichnet, befinden sich im Text. Die Zitate wurden mit dem englischen Original der folgenden Edition verglichen: George Orwell: Nineteen Eighty-Four, Harmondsworth u. a. 1984.

1 Ich beziehe mich im folgenden auf die Zusammenfassung der interpretatorischen Ansätze bei Krishan Kumar: Utopia and Anti-

Utopia in Modern Times, Oxford and New York 1987, p. 288f; zur Rezeptionsschichte von »1984« vgl. auch Bernd Kahrmann: George Orwells Nineteen Eighty Four (1949), in: Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart. Hrg. v. Klaus L. Berghahn und Hans Ulrich Seeber, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1986, S. 233-249.

2 Willi Erzgräber: Utopie und Anti-Utopie in der englischen Literatur. Morus, Morris, Wells, Huxley, Orwell, 2. unveränderte Auflage, München 1985, S. 171f.

3 Zit. a.a.O., S. 171.

4 Vgl. hierzu Hans-Christoph Schröder: George Orwell. Eine intellektuelle Biographie, München 1988, S. 244.

5 Vgl. a.a.O., S. 320.

6 Vgl. a.a.O., S. 242f.

7 Zit. n. Erzgräber: Utopie (Anm. 2), S. 171.

8 Zu Leben und Werk Orwells vgl. u.a. Bernard Crick: George Orwell. Ein Leben. Aus dem Englischen v. Friedrich Polakovics unter Mitwirkung von Harald Raykowski, Frankfurt am Main 1984; Schröder: Orwell (Anm. 4); Tom Hopkinson: George Orwell (1903-1950), in: British Writers, Vol. VII, New York 1984, S. 273-287; Orwell, George, in: The New Encyclopaedia Britannica, Vol. 8, 1985, S. 1020f.

9 Alle direkten Zitate des folgenden biographischen Abrisses sind der »Zeit-tafel« bei Schröder: Orwell (Anm. 4), S. 388-392, entnommen. Sie werden im folgenden nicht eigens ausgewiesen.

für den demokratischen Sozialismus geschrieben worden«.³ Ausdrücklich verwahrte er sich in einem Brief an einen amerikanischen Gewerkschafter gegen alle Tendenzen, 1984 als politische Waffe gegen den Sozialismus zu mißbrauchen.⁴ Vor allem aber übersieht eine einseitig antisozialistische Interpretation dieses Romans, daß er auch alle wesentlichen Momente der Kapitalismus-Kritik Orwells enthält: Sie reichen von »der atomistischen Existenz« der Individuen, der dichotomischen sozialen Schichtung des totalitären Systems und »der Passivität der Proles« bis hin zur »Zerstörung der Lebensqualität«, der »Triebunterdrückung« sowie der »Kulturindustrie«.⁵ Aber auch der Versuch linker Autoren, die in Orwells 1984 enthaltene Kritik an der stalinistischen Sowjetunion durch den Hinweis zu entschärfen, er habe von seiner eigenen Krankheit auf die der ganzen Welt geschlossen, stellt eine nicht zulässige Psychologisierung seines Werkes dar. Sie unterschlägt nicht nur die analytischen Qualitäten von »1984«, die sich durchaus auf der Höhe der zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Erforschung der totalitären Herrschaftsstrukturen seiner Epoche bewegte. Auch verkennt sie, daß 1984 gleichsam die Summe aller bis dahin geschriebenen Werke Orwells darstellt, in die – direkt oder indirekt – seine gesamten politischen Erfahrungen eingegangen sind.⁶

In der neueren Forschung steht außer Frage, daß das literarische Werk Orwells und seine biographisch vermittelten politischen Zielsetzungen eine Einheit darstellen: Ausdrücklich betonte er, daß unter den vier möglichen Gründen, Texte zu verfassen, nämlich 1. aus nacktem Egoismus (sheer egoism), 2. aus ästhetischer Begeisterung (aesthetic enthusiasm), 3. aus historischer Betroffenheit (historical impulse) und 4. zur Erreichung eines politischen Zwecks (political purpose), das zuletzt genannte Motiv für seine Schriftstellerei entscheidend sei. In einer friedlichen Epoche hätte er wahrscheinlich blumenreiche (ornate) oder nur beschreibende (descriptive) Bücher verfaßt, ohne sich seines politischen Standortes bewußt geworden zu sein. Aber in einer Epoche wie der Zwischenkriegszeit habe er sich zu einer Art Pamphletist (a sort of pamphleteer) entwickeln müssen.⁷ Doch welche persönlichen und politischen Erfahrung sind es⁸, die ihn zu einem politischen Schriftsteller werden ließen? George Orwell (Pseudonym für Eric Arthur Blair)⁹ »wird als zweites Kind von Richard Walmesley Blair (1857-1939) und Ida Mabel Blair (1875-1934) in Motihari, Bengalen, geboren. Der Vater arbeitet als Kolonialbeamter im Opium-Department des Indian Civil Service, das den legalen Opiumhandel mit China kontrolliert. Die Mutter entstammt einer anglo-französischen Teakholzhändlerfamilie«. 1904 kehrt er mit seiner Mutter und Schwester nach England zurück. Vier Jahre später wechselt er »von der örtlichen anglikanischen Convent-Schule auf die Prep(aratory) School St. Cyprian's, nahe Eastbourne in Sussex«. In dem nach seinem Tode veröffentlichten Essaybuch *Such were the Joys* schildert er die für ihn deprimierenden Erfahrungen, unter denen er in dieser Schule litt. Im Frühjahr 1916 erhält er ein Stipendium für die Eliteschule in Eton. Unter anderem von einem Lehrer wie Aldous Huxley in Französisch unterrichtet, entwickelt er erste literarische Interessen. Doch sind seine schulischen Leistungen eher mäßig.

1921 schließt Blair seine Ausbildung in Eton ab. Er besteht im Sommer 1922 »die Examina des Indian Office und entscheidet sich für den burmesischen Polizeidienst«. Nach seiner Abschlußprüfung in der Polizeischule in Mandalay im November 1922 nimmt er seinen Dienst in Burma auf, den er 1927 – von den Kolonialmethoden der Briten angewidert – quittiert. Seine burmesischen Erfahrungen reflektiert er nicht nur im 8. und 9. Kapitel seines Buchs *The Road to Wigan Pier*, sondern auch in den Essays *Shooting an Elephant* und *A Hanging*. Den Winter 1927/28 verbringt er im Arbeiterviertel des Londoner East End. Im Frühjahr 1928 nimmt sich Orwell ein Zimmer im Fünften Arrondissement, einem Arbeiterviertel in Paris, und schlägt sich als Gelegenheitsarbeiter und Tellerwäscher durch. Im Dezember 1929 völlig mittellos nach England zurückgekehrt, vagabundiert er durch Südengland und in den Arbeitervierteln Londons. Daneben ist er als Hilfslehrer, Buchhandelsgelhilfe und Journalist tätig. Die Bilanz dieser Jahre zieht er in *Down and Out in Paris and London*. Das zweite größere Werk dieser Periode ist eine Untersuchung des Lebens der Bergarbeiter in England. Sie erscheint 1937 unter dem Titel *The Road to Wigan Pier*.

Einer der wichtigsten Abschnitte im politischen Leben Orwells beginnt, als er Mitte Dezember 1936 nach Spanien reist, um die Republikaner im Kampf gegen Francos Truppen und ihre Verbündeten zu unterstützen. »Er tritt in Barcelona in die Miliz der P.O.U.M. (Partido Obrero de la Unificación Marxista) ein, einer Partei, die mit der englischen I.L.P. (Independent Labour Party) in engem Kontakt steht«. An der Aragonfront kämpfend, erlebt Orwell die Barrikaden-Kämpfe in Barcelona: Sie werden durch den Versuch des kommunistischen Polizeichefs ausgelöst, die von den Anarchisten kontrollierte Telefonzentrale zu besetzen. An die Aragon-Front zurückgekehrt, wird er durch einen Halsdurchschuß verletzt und zunächst im Lazarett von Taragona, dann im P.O.U.M.-Sanatorium am Rande Barcelonas behandelt. Nach dem Verbot der P.O.U.M. müssen Orwell und seine Frau Eileen, die sich seit Februar 1937 in Barcelona aufhält, fliehen und Spanien verlassen. Über die totalitären Methoden, mit denen die moskauhörige spanische K.P. »Abweichler« und »Anarchisten« liquidierte, empört und entsetzt, faßte er 1938 in dem Buch *Homage to Catalonia* seine Erfahrungen des spanischen Bürgerkriegs zusammen. Seit 1939 wieder in England lebend, tritt Orwell als anerkannter Journalist, Schriftsteller und von 1942 bis 1943 als Mitarbeiter des BBC hervor, der unablässig für eine linke, aber antitotalitäre Position kämpft.

Bei Kriegsausbruch meldet er sich als Freiwilliger, wird aber wegen seines Gesundheitszustandes nicht akzeptiert. Ab November 1943 ist er Feuilleton-Chef bei der Zeitschrift »Tribune«. Zugleich beginnt er mit der Niederschrift von *Animal Farm*, die er 1944 abschließt. Im Frühherbst 1947 liegt die erste Fassung von *1984* vor. Obwohl sich aufgrund eines Tuberkulosebefalls der linken Lunge sein Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert, reist Orwell unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Sanatorium nach Jura ab, um die Arbeit an seinem Roman abzuschließen. Das Manuskript erreicht im Dezember 1949 den Verlag. Orwell hat sich von

diesem Kraftakt nicht mehr erholen können. Am 21. Januar 1950 stirbt er an einer Lungenentzündung.

Auch wenn Orwell darüber klagte, er habe wegen seiner Krankheit das Werk und das Thema von *1984* »ziemlich versiebt«¹⁰, kann dieses Werk als sein eigentliches literarisches und publizistisches »Testament« gelten, weil sich, wie schon hervorhoben, »von jedem seiner Werke (...) Verbindungslinien zu 1984 ziehen (lassen)«. ¹¹ Die Rahmenhandlung, in die Orwell die »Summe« seines politischen und schriftstellerischen Lebens integrierte, hat einen denkbar einfachen Zuschnitt. Der Roman geht von einem zukünftigen internationalen System aus, das in drei Superstaaten zerfällt, nämlich Ozeanien, Eurasien und Ostasien. Zwischen diesen Machtblöcken kommt es zwar permanent zu bewaffneten Konflikten. Sie sind jedoch nur begrenzter Art, da jede Supermacht im Besitz von Atomwaffen ist, die einen Krieg nicht mehr gewinnbar erscheinen lassen. Zu einer »rein innerpolitischen Angelegenheit« (203) geworden, legitimiert der Krieg den permanenten staatlichen Notstand, der zum Aufbau eines ausgeklügelten Disziplinierungs- und Unterdrückungsapparates genutzt wird, um die Individualität der einzelnen restlos zu zerstören. Am Beispiel des Geschicks des Funktionärs Winston Smith schildert Orwell das Scheitern einer individuellen Rebellion gegen ein System, das weder vor brutaler Feind-Propaganda, psychischer und physischer Folter, systematischer »Sprachreinigung« sowie permanenter Geschichtsfälschung noch vor der ununterbrochenen Überwachung der Privatsphäre der einzelnen durch verdeckte Fernsehkameras zurückschreckt. Winston Smith' Rebellion wird bald aufgedeckt, »er gerät in die Mühlen des Parteiapparates, der eine individuelle Intimsphäre ebensowenig duldet wie persönliche Bindungen. Mit Julia, seiner Geliebten, flüchtet er sich in die Nischen, die er unüberwacht wähnt. Er genießt Augenblicke des Glücks, und der Geschlechtsakt ist ihm und Julia Ausdruck ihres Aufbegehrens gegen die verhaßte Partei. Sie werden entdeckt, getrennt und einer psychischen Folter unterworfen, die Winston seelisch zerbricht, so daß er seine Geliebte verrät. Er wird »gereinigt« in den totalitären Alltag entlassen.«¹²

Wie bereits eingangs gezeigt, läßt ein Roman wie Orwells *1984* selbstverständlich viele Lesarten zu. Vielleicht sind gerade die vielfältigen gemeinsamen Schnittmengen mit den unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und Erkenntnisinteressen der Interpreten bzw. der Leser, die dieser Text bietet, der Grund, warum *1984* sofort nach seinem Erscheinen ein Bestseller wurde und erheblich dazu beigetragen hat, daß »Orwells Bedeutung und Einfluß (...) nach seinem Tode ständig zugenommen« haben: eine Entwicklung, die unvermindert anhält.¹³ Doch gegenüber den genannten vorherrschenden Interpretationsvarianten ist eine Auslegung bisher kaum zum Zuge gekommen, die diesen Roman innerhalb der Tradition des klassischen utopischen Denkens als dessen Selbstkritik zu deuten versucht, ohne freilich von Orwells politischem Erfahrungshorizont der 30er und der 40er Jahre dieses Jahrhunderts absehen zu wollen. Eine solche Lesart bietet sich an, weil Orwell niemals Anti-Utopist in dem Sinne war, daß er das ganze Genre a priori als »totalitär« perhorreszierte. Vielmehr betonte er stets den konstruktiven Zusam-

10 Crick: Orwell (Anm. 8), S. 793.

11 Erzgräber: Utopie (Anm. 2), S. 170.

12 Alpers, Fuchs, Hahn, Jeschke, Lexikon der Science Fiction Literatur. Erweiterte und aktualisierte Neuauflage in einem Band, München 1987, S. 768.

13 Crick: Orwell (Anm. 8), S. 14.

menhang zwischen utopischem Denken und sozialer Reform.¹⁴ Aber auch die Strukturmerkmale und Topoi dieses Romans legen eine solche Deutung nahe. So machte Norbert Elias darauf aufmerksam, daß »das gute Land Utopia« des Thomas Morus »schon ein wenig an George Orwells 1984 erinnert«.¹⁵ Diese Hypothese wirft zwei Fragen auf, denen ich mich im folgenden zuwenden möchte: 1. Läßt sich nachweisen, daß Orwells »1984« tatsächlich einem Muster folgt, welches sein Vorbild in den archaischen, d.h. herrschaftsbezogenen Utopien vom 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hat, wenngleich jetzt in seiner konkreten Ausgestaltung radikal negativ gewendet? 2. Ist das negative Szenario des Jahres 1984 eine Absage an die säkularisierte Vernunft und damit an das utopische Denken schlechthin?

II.

Die Sozialkritik des utopischen Denkens seit Morus hatte die Aufgabe, die Fehlentwicklungen zu benennen, von denen der utopische Entwurf befreien sollte. Die sozialen Mechanismen, die das gesellschaftliche Elend bzw. die Enthumanisierung von Millionen entwurzelter Existenzen bewirkte, wurden als reale Tendenzen der europäischen Gesellschaften dargestellt: Auf der Folie feudaler und kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und der sie absichernden absolutistischen bzw. bürgerlichen Staatsapparate gewannen die Fiktionen einer besseren Alternative recht eigentlich erst ihre Verbindlichkeit und Überzeugungskraft. Das Neue an der Zeitdiagnose Orwells in *1984* besteht nicht darin, daß die Topoi antikapitalistischer Zeitkritik fehlen (vgl. 76): Wenn auch in vergrößerter und plakativer Form, charakterisieren sie das Ancien Régime und fügen sich zwanglos in das Muster der utopischen Zeitdiagnose seit Morus ein. Originalität erlangt die utopische Zeitkritik in Orwells *1984* erst dadurch, daß ihr Wirklichkeitsgehalt in Frage gestellt wird: Der Held des Romans, Winston Smith, mißtraut dieser Deutung der kapitalistischen Vergangenheit. Ohne sie zu glorifizieren, hat er den Verdacht, daß die Realitäten der vorrevolutionären Epoche trotz all ihrer sozialen Mängel menschlicher waren als die Gegenwart des totalitären Staates, in dem er lebt (78). Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß in Orwells utopischem Muster der Gegenstand der Sozialkritik ausgewechselt wird: An die Stelle der Defizite der Herkunftsgesellschaft treten die des utopischen Gemeinwesens selbst, und zwar in potenzierte Form.

Es ist nur konsequent, wenn Orwell mit der Erhebung der politischen und sozialen Zustände des utopischen Staates zum zentralen, wenn nicht ausschließlichen Gegenstand seiner Zeitkritik zugleich auch das utopische Ideal der klassischen Tradition in sein Gegenteil umschlagen läßt: Was einst als normativer Fluchtpunkt der Befreiung der Menschheit von Elend und Ausbeutung gedacht war, wird bei ihm zu ihrem Verhängnis, zum Signum der Auslöschung alles Humanen. Tatsächlich muß die Negativität der normativen Vorgaben des Staates von 1984 nicht erst durch ideologiekritische Interpretation sichtbar gemacht werden. Sie sind ihrem Anspruch nach »das genaue Gegenteil der blöden, auf Freude hinzielenden Utopien, die den alten Reformatoren vorschwebten. Eine Welt der Angst, des Verrats und der Qualen, eine Welt des Tretens und Getretenwerdens,

14 Vgl. Schröder: Orwell (Anm. 8), S. 14.

15 Norbert Elias: Thomas Morus' Staatskritik. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie, in: Utopieforschung. Hrsg. v. Wilhelm Voßkamp, Bd. II, Frankfurt am Main 1985, S. 121.

eine Welt, die nicht weniger unerbittlich, sondern immer unerbittlicher werden wird, je weiter sie sich entwickelt. Fortschritt in unserer Welt bedeutet Fortschritt zu größerer Pein. Die alten Kulturen erhoben Anspruch darauf, auf Liebe oder Gerechtigkeit gegründet zu sein. Die unsrige ist auf Haß gegründet. In unserer Welt wird es keine anderen Gefühle geben als Haß, Wut, Frohlocken und Selbstbeschämung (...). Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft ausmalen wollen«, läßt Orwell O'Brien, den Protagonisten des Staates von 1984, sagen, »dann stellen sie sich einen Stiefel vor, der in ein Menschenantlitz tritt – immer und immer wieder« (272).

So gesehen, verändern sich zentrale Elemente des Ideals der klassischen Utopietradition in Orwells *1984* grundlegend. Zwar ist der Antiindividualismus schon immer ein Signum der etatistischen Sozialutopie seit Morus gewesen. Aber er hatte stets sein Korrektiv im Emanzipationsgedanken, der trotz der Priorität des »Ganzen« auch dem einzelnen zu seinem Recht verhelfen wollte. Dieses Korrektiv gehört in Orwells Staat von 1984 definitiv der Vergangenheit an. Der im Dienst der Abschaffung des materiellen Elends und drückender Lebensverhältnisse stehende Antiindividualismus der älteren Utopietradition wird nun ersetzt durch die schlichte Negation des einzelnen und seines Eigenwertes: »Der einzelne besitzt nur insoweit Macht, als er aufhört, ein einzelner zu sein« (268). Vereinfacht ausgedrückt, ließe sich die These formulieren, daß in Orwells *1984* alle normativen Vorgaben der klassischen Utopietradition in dem Maße in ihr Gegenteil verkehrt werden, wie ihr ursprünglicher Geltungsanspruch, nämlich die säkular gedachte Emanzipation der Menschheit von historisch überflüssig gewordenem sozialen Elend, aufgegeben wird.

Der pervertierte Staatszweck, der die allgemeine Unterdrückung als sein letztes Ziel propagiert, verändert auch die ursprüngliche Zielsetzung der utopischen Eigentumsverhältnisse. Die Abschaffung der privaten Disposition über Produktions- und Arbeitsmittel zugunsten des kommunistischen Gemeineigentums war eine zentrale, wenn auch nicht durchgängige Forderung der klassischen Utopietradition. Deren Absicht war klar: Es ging darum, durch die Beseitigung individueller Besitzprivilegien nicht nur eine möglichst egalitäre Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu ermöglichen, sondern auch Produktionsschranken beiseite zu räumen, die angeblich einer optimalen industriell-technischen Entwicklung im Wege standen. Demgegenüber verfolgt die Abschaffung des Privateigentums in Orwells *1984* das genaue Gegenteil: Sie dient ausschließlich der Befestigung der sozialen Ungleichheit im Interesse des absoluten Machtanspruchs einer winzigen Parteioligarchie. Tatsächlich läuft bei Orwell die Zerschlagung des Kapitalismus auf eine »Konzentration des Besitzes in weit weniger Händen als zuvor« hinaus; »aber mit dem Unterschied, daß die neuen Besitzer eine Gruppe waren, statt eine Anzahl von Einzelmenschen. Als einzelner gehört keinem Parteimitglied etwas, außer seiner unbedeutenden persönlichen Habe. Kollektiv gehört (...) der Partei alles, da sie alles kontrolliert und über die Erzeugnisse nach Gutdünken verfügt« (210). Diese Form der Eigentumsverhältnisse resultierte aus der Einsicht, »daß die einzig sichere

Grundlage einer Oligarchie im Kollektivismus besteht. Wohlstand und Vorrechte werden am leichtesten verteidigt, wenn sie im Gemeinbesitz sind« (ebd.).

Welche Rolle spielen nun die drei Eckpfeiler der klassischen utopischen Wirtschaftssysteme, nämlich die Arbeit, Technik und Wissenschaft sowie die Struktur der zu befriedigenden materiellen Bedürfnisse in Orwells »schwarzer« Utopie des Jahres 1984?

1. Wie in den meisten klassischen Sozialutopien kommt es in Orwells 1984 zu einer vollständigen Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitsressourcen. Dennoch ist ein entscheidender Unterschied nicht zu übersehen. Seit Morus war die allgemeine Arbeitspflicht stets mit einer Reduktion der Arbeitszeit verbunden, um Freiräume für kreative Beschäftigungen zu ermöglichen. Dieser Zusammenhang zwischen Arbeit und Muße wird in Orwells 1984 brutal zerrissen: Sowohl die Elite der Partei als auch die »Proles«, d.h. die große Masse der arbeitenden Bevölkerung, unterliegen dem Arbeitsdiktat bis zur physischen und psychischen Erschöpfung, ohne jemals die Aussicht zu haben, jene Fähigkeiten zu kultivieren, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der materiellen Reproduktion des Zwangssystems stehen. Gleichwohl ist ein Qualitätsunterschied der Arbeit entlang den Kastenschranken nicht zu übersehen; die Elite der Funktionäre ist – wie in der klassischen Utopietradition – von körperlicher Arbeit entlastet. Demgegenüber wird die gesamte physische Arbeit den »Proles« (75) aufgebürdet. Sie haben die Stellung der Sklaven in Morus »Utopia« inne. Außerdem steht etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung der Erde den drei Superstaaten zur Verfügung, die ebenfalls als Arbeitssklaven in den Besitz des jeweiligen Eroberers übergehen (191). Zu Recht wurde darauf hingewiesen, daß in Orwells 1984 die »produktive Arbeit wieder zu dem Sklavenwerk geworden (ist), das sie in der Spätantike, also vor dem abendländischen Zivilisationsprozeß, im breiteren Verstand gewesen ist«.¹⁶

2. In den klassischen Sozialutopien hatten die Naturwissenschaft und ihre Anwendung als Technik eine klar umrissene Funktion. Sie bestand in der Erwartung, daß mit der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Potentiale Hunger, Überstunden, Schmutz, Elend, Unbildung und Krankheit definitiv überwunden werden. In Orwells 1984 wächst in dem Maße Wissenschaft und Technik eine von der utopischen Tradition abweichende Funktion zu, wie sie zum direkten Herrschaftsinstrument einer kleinen selbsternannten Elite erhoben wird. Diese Umorientierung läßt sich an der Art der Wissenschaftsförderung ablesen. Nachdem alle drei Supermächte über ein Atomwaffenpotential verfügen, das einen Krieg nicht mehr gewinnbar erscheinen läßt, besteht die einzig relevante Aufgabe für Naturwissenschaft und Technik darin, die Gedanken eines anderen Menschen zu entdecken, ohne daß er sich dagegen wehren kann (197). Im Gegensatz zu den militärischen Forschungen ist dieses Ziel von entscheidender Bedeutung: »Nichts ... ist leistungsfähig außer der Gedankenpolizei« (202), heißt es. Der gefragte Wissenschaftler ist dann auch »eine Mischung von Psychologe und Inquisitor, der mit ungewöhnlicher Sorgfältigkeit die Bedeutung von Gesichtsausdrücken, Gebärden und Stimmungsschwankungen

16 Ferdinand Seibt: Utopie als Funktion abendländischen Denkens, in: Utopieforschung, Bd. I (Anm. 15), S. 269.

studiert und die zu wahrheitsgemäßen Aussagen zwingenden Wirkungen von Drogen, Schocktherapie, Hypnose und körperlicher Folterung erprobt. Oder er ist ein Chemiker, Physiker oder Biologe, der sich nur mit solchen Fragen seines Spezialfachs beschäftigt, die auf die Vernichtung des Lebens Bezug haben« (197).

3. Den durch die Industrialisierung bewirkten beispiellosen gesellschaftlichen Reichtum vor Augen, ließen die großen Utopisten des 19. Jahrhunderts das tradierte Luxusverbot fallen. Wie Orwell selbst schreibt, war ihr Signum die »Vision einer zukünftigen unglaublich reichen, über Muße verfügenden, geordneten und tüchtigen Gesellschaftsordnung – einer schimmernden antiseptischen Welt aus Glas, Stahl und schneeweißem Beton« (192). Im Gegensatz zu Herbert George Wells¹⁷ und Aldous Huxley¹⁸, der diese Tradition gleichsam bis zum zynischen Exzeß zu Ende denkt, kehrt Orwell zur Sozialaskese der frühneuzeitlichen Utopie zurück, freilich mit einem charakteristischen Unterschied: War vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts der materielle Mangel eine Rahmenbedingung der Sozialutopie, die dem Stand der noch in den Anfängen befindlichen Naturbeherrschung entsprach, so wird er im Staat des Jahres 1984 künstlich herbeigeführt, um die bestehende Kastenstruktur zu befestigen. Die Einfrierung des Lebensstandards der Massen, hart am Existenzminimum, erfolgt durch die systematische Vernichtung der Überproduktion: So fallen im Zuge permanenter Kriegsvorbereitungen maschinelle Erzeugnisse der Vernichtung anheim, um zu verhindern, daß sich der allgemeine Lebensstandard hebt. Von der Führungsspitze der Partei einmal abgesehen, gelten diese Konsumschränken selbst für die mittleren und unteren Funktionärskader. Nahmen in den Sozialutopien des 19. Jahrhunderts die Menschen ihre ausgesuchten Mahlzeiten in luxuriösen Palästen ein, so speist der Held des Romans, Winston Smith, in einer schäbigen Kantine, deren Häßlichkeit nur noch von der elenden Qualität der dort angebotenen Nahrungs- und Genußmittel überboten wird (63).

17 Vgl. Herbert George Wells: *Men like Gods*, London 1927.

18 Vgl. Aldous Huxley: *Brave New World*, London 1988.

III.

Ungeachtet seiner historischen Vorbilder in den modernen Totalitarismen, die Orwell freilich noch zu überbieten sucht, kann sein Aufbau des Staates von 1984 das Modell nicht leugnen, dem es nachgebildet ist: die etatistische Sozialutopie in der Nachfolge Platons und Morus'. Eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren dieser perfektionierten Superstaaten war die staatliche Organisation der Geschlechterbeziehungen: Erst wenn die Dynamik sexueller Energien in den Dienst des Staates gestellt war, glaubte er sich seines reibungslosen Funktionierens sicher zu sein. Ein ähnliches Muster ist in Orwells *1984* zu erkennen. Während die Sexualität der »Proles« unbeaufsichtigt bleibt (76), wird sie bei den Parteimitgliedern strikt diszipliniert. Als eine unauflöslliche, vom Staat sanktionierte Bindung ist der einzige Zweck der Sexualität in der Ehe, »Kinder zum Dienst für die Partei zur Welt zu bringen« (69). Diese von der Partei propagierte Enthaltbarkeit hat einen doppelten Grund: Einerseits gilt der sexuelle Akt, lustvoll praktiziert, als Rebellion gegen das System. »Die Begierde war ein Gedankenverbrechen« (72). Andererseits gebot es der Machtwille

der Partei, den Sexualtrieb im Interesse seines bedingungslosen Herrschaftsanspruches zu instrumentalisieren: »Hätte man sonst Furcht, Haß und fanatischen Glauben, wie sie die Partei bei ihren Mitgliedern voraussetzte, in der richtigen Weißglut erhalten können, wenn man nicht einen mächtigen Urtrieb auf Flaschen zog, um ihn als Treibstoff zu benutzen?« (137).

Auch die Konzeption eines »neuen Menschen« findet sich in Orwells 1984 wieder. In der klassischen Sozialutopie zeichnet er sich nicht nur durch hohe Intelligenz, eine allumfassend gebildete Persönlichkeit und ein langes Leben, sondern auch durch einen wohlgestalteten Körper aus. Alle diese Attribute sind in Orwells Staat von 1984 in ihr Gegenteil verkehrt. Der dominierende Menschentyp ist der im Sinne der Parteiräson reibungslos funktionierende Apparatschik, der gänzlich außerstande erscheint, die Parteidoktrin auch nur zu verstehen. Er schluckt einfach alles, so heißt es, »und das Geschluckte schadete ih(m) nichts weiter und ließ nichts zurück, genau wie ein Getreidekorn unverdaut durch den Magen eines Vogels hindurchgeht« (160). Zwar orientiert sich der »neue Mensch« am Ideal der großgewachsenen, muskulösen Männer und vollbusigen Mädchen, blond, lebensbejahend, sonnengebräunt und sorglos. In Wirklichkeit jedoch gedeiht unter der Herrschaft der Partei ein ganz anderer Typ: »kleine untersetzte Menschen, die schon in jungen Jahren korpulent werden, mit kurzen Beinen, raschen zappeligen Bewegungen und gedunsenen undurchdringlichen Gesichtern mit sehr kleinen Augen« (64).

Das politische System im engeren Sinne trägt gleichfalls Züge, die sich mit dem Aufbau des Regierungsapparates vieler etatistischer Sozialutopien vergleichen lassen, allerdings modifiziert durch die Erfahrung moderner totalitärer Diktaturen. So haben die Ministerien der »Macht«, »Weisheit« und »Liebe« bei Campanella ihre Entsprechung in jenen Ministerien, die den Kern des Herrschaftssystems des Jahres 1984 bei Orwell bilden. Es handelt sich um das »Wahrheitsministerium, das sich mit dem Nachrichtenwesen, der Freizeitgestaltung, dem Erziehungswesen und den schönen Künsten befaßte, das Friedensministerium, das die Kriegsangelegenheiten behandelte, das Ministerium für Liebe, das Gesetz und Ordnung aufrechterhielt, und das Ministerium für Überfluß, das die Rationierungen bearbeitete« (8). Im Unterschied zu Morus' Utopia und Campanellas Sonnenstaat freilich sind diese Ministerien Agenturen einer allmächtigen Staatspartei, an deren Spitze ein totalitärer Diktator steht, der unter dem Namen »Big Brother« firmiert. Er steht an der Spitze eines Gesellschaftsmodells, dessen Schichtung vor allem auf James Burnhams *The Managerial Revolution* (1941) zurückgeführt wird. Doch sollte diese Zuordnung nicht verdecken, daß Orwells totalitärer Staat auch einen anderen Vorläufer hat, der älter ist als Burnhams Konstrukt: Ich meine die Idealstaatskonzeption, wie Platon sie in der *Politeia* entwickelte.¹⁹

So wird in Orwells System des »oligarchischen Kollektivismus« die politische Macht von einer intellektuellen Elite kontrolliert, der etwa zwei Prozent der Bevölkerung zuzuordnen sind. Aus dieser »inneren Partei«, die Platons Philosophen nachgebildet ist, geht die Spitze des Systems in Gestalt des »Großen Bruders« hervor. Wie

19 Vgl. Dirk Otto: Das utopische Staatsmodell von Platons *Politeia* aus der Sicht von Orwells *Nineteen Eighty-Four*. Ein Beitrag zur Bewertung des Totalitarismusvorwurfs gegenüber Platon, Berlin 1994.

Platons Philosophenkönig ist er unfehlbar und allmächtig. Die Kaste der Wächter ähnelt der »äußeren Partei«. Etwa 17 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassend, fungiert sie als die »Hand« des Staates, welche die Befehle des »Gehirns«, also der »inneren Partei«, auszuüben hat: Ihre Tätigkeitsfelder sind definiert durch Gehirnwäsche, Umerziehung und Liquidation. Und schließlich korrespondiert die Masse der physisch arbeitenden Sklaven, Handwerker, Arbeiter und Bauern in Platons »Idealstaat« den sogenannten »Proles«, die 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen: In eine Existenz dumpfer Privatheit abgedrängt, spielen sie – wie bei Platon – als politischer Faktor keine Rolle. Diese Kastengesellschaft ist zwar im Prinzip ein statischer pyramidaler Monolith. Doch findet dann eine punktuelle Mobilität zwischen den Eliten und zwischen der herrschenden Kaste und den »Proles« statt, wenn es darum geht, »Versager« in Führungspositionen durch fähige Aufsteiger zu ersetzen (213). Bekanntlich sah auch Platon vor, daß z.B. intelligente Kinder der Handwerker und Bauern in die herrschende Kaste aufgenommen werden, während umgekehrt deren unfähige Nachkommen in der Sphäre der materiellen Reproduktion physische Arbeit verrichten müssen.

Allerdings darf eine wichtige Differenz zwischen Platons ständischem Kommunismus und dem in Orwells *1984* dominierendem Muster nicht übersehen werden: Alle Utopisten der klassischen Tradition, die sich von Platon inspirieren ließen, interpretierten dessen Modell der etatistischen Eliten funktional, d.h. die ihnen zugeordnete Macht war kein Selbstzweck, sondern hatte ihre Legitimation darin, daß sie zum Wohl der Allgemeinheit einzusetzen war. Die negative Wende des Eliten-Konzepts in Orwells *1984* resultiert dagegen aus der Tatsache, daß die sozio-politische Macht der herrschenden Kaste nur ein Ziel kennt: sich in ihrer privilegierten Stellung zu behaupten (205). »Die Partei strebt die Macht lediglich in ihrem eigenen Interesse an«, verkündet O'Brien, der Protagonist des Staates von 1984. »Uns ist nichts am Wohl anderer gelegen; uns interessiert einzig und allein die Macht als solche. (...) Der Zweck der Macht ist die Macht« (68).

Es ist klar, daß ein Machtwille, der sich aller normativen Korrektive entledigt hat, zu Mitteln greift, die sich deutlich von den Repressionstechniken der klassischen Utopietradition unterscheiden. Für sie stand außer Frage, daß die Zwangsmittel bei der Integration der einzelnen in das Gemeinwesen nur »begleitend« einzusetzen seien. Der eigentliche gesellschaftliche Zusammenhalt sollte dadurch gestiftet werden, daß – je nach dem Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung – für eine optimale Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse gesorgt wird. Demgegenüber haben sich die Mittel der Macht in Orwells *1984* wie diese selbst verabsolutiert. In ihrer Gesamtheit konstituieren sie daher auch ein Überwachungs- und Repressionssystem, auf dessen Hintergrund sich die Sanktionsgewalt der utopischen Gesellschaftsmodelle der klassischen Tradition wie ein Vorspiel ausnimmt. Campanellas Nachrichtendienste und Ohrenbeichte ist dem »Televisor« (7,121) gewichen, der potentiell jeden Bürger überwacht. Das Wahrheitsmonopol der klassischen utopischen Eliten wird in Orwells *1984*

durch das »Wirklichkeitsmonopol« der totalitären Partei ergänzt, das mit Hilfe einer neuen manipulierten Sprache, »Newspeak«, und der permanenten Verfälschung der Geschichte gemäß den aktuellen Zielen der Partei jedes kritische Denken im Ansatz verhindern soll (43). In der klassischen Utopietradition ist für den Fall eines Verstoßes gegen die Normen des idealen Gemeinwesens in der Regel Zwangsarbeit, in Ausnahmefällen die Todesstrafe vorgesehen. Orwell zeigt demgegenüber am Beispiel des Helden des Romans, Winston Smith, daß abweichendes Verhalten zunächst die »Gehirnwäsche« in Form physischer und psychischer Folter, dann die in eine vorbehaltlose Identifikation mit dem System einmündende »Umerziehung« nach sich zieht, bevor der »Delinquent« liquidiert wird. Diese Technik des »Vaporisierens« (45) hat nur ein Ziel: Sie soll potentielle Gegner des Systems verschwinden lassen, ohne aus ihnen Märtyrer zu machen (258f).

IV.

Die hier angestellte Komparatistik hat gezeigt, daß fast alle Topoi der klassischen Sozialutopie von der Zeitkritik über die normativen Vorgaben des utopischen Gemeinwesens bis hin zu dessen ökonomischem und politischem System in Orwells »schwarzer« Utopie vorhanden sind. Allerdings ist eine entscheidende Neuerung erkennbar, die die ältere Utopietradition nicht kennt: das Fallenlassen des Emanzipationsgedankens, der der Dreh- und Angelpunkt der älteren Sozialutopie war. Die klassische Utopietradition verband die Formel, daß das Ganze Priorität vor dem einzelnen hat, mit der Erwartung, daß ihre Einlösung nichts anderes hervorbringen könne, als ein harmonisches Gemeinwesen ohne irrationale Herrschaft und soziales Elend. In Orwells *1984* treibt diese Formel einen gesellschaftlichen Zwangszusammenhang hervor, dessen ausdrückliches Ziel gerade nicht die »Versöhnung« des einzelnen mit dem Ganzen ist. Zwar gibt es in der Tat berechtigte Zweifel, ob die klassische Sozialutopie dieses »telos« jemals erreicht hat oder auch nur erreichen konnte. Zu sehr blieb sie, dem Denken Platons verhaftet, der vermeintlich höheren Dignität des »Allgemeinen« unterworfen. Gleichwohl war ihr Antiindividualismus nicht strukturell auf die Auslöschung des einzelnen, wohl aber auf seine Einbindung in das Kollektiv bezogen. Was sie bekämpfte, war jener schrankenlose Egoismus, der den Ausgleich der Partikularinteressen mit dem Allgemeinwohl per se obsolet erscheinen ließ.

Demgegenüber stellt sich dieses Verhältnis in der »schwarzen Utopie« Orwells ganz anders dar. Die Vorstellung eines Allgemeinwohls, das konsensfähig wäre, wird aufgegeben. An seine Stelle tritt der absolute Machtanspruch einer kleinen selbsternannten Elite, welche, die wissenschaftlich-technischen Mittel kontrollierend, nur ein Ziel hat: das bestehende System der Unterdrückung und Ausbeutung in einem »Post-Histoire« zu stabilisieren. Angesichts dieses Befundes ist die These formuliert worden, daß Orwell mit seiner »schwarzen« Utopie den Abgesang auf die emanzipatorische Vernunft der Aufklärung anstimmen wollte. Der Held des Romans, Winston Smith, sei gleichsam der »letzte Mensch«, der zwar seine Würde gegenüber den Zumutungen eines Totalitarismus

20 Vgl. Schröder: Orwell (Anm. 4), S. 259.

21 Vgl. hierzu Adolf Muschg: Raum 101, in: Orwell. 1984, S. 334.

22 Erich Fromm: George Orwells »1984«, in: George Orwell: 1984, S. 339.

23 Vgl. Erzgräber: Utopie (Anm. 2), S. 184.

24 Zit. n. Hans Ulrich Seeber, Walter Bachem: Aspekte und Probleme der neueren Utopiediskussion in der Anglistik, in: Utopieforschung, Bd. I (Anm. 15), S. 174.

25 Ebenda.

26 Vgl. Erzgräber: Utopie (Anm. 2), S. 176.

ohne Alternative einzuklagen versuche, aber dessen Omnipotenz nicht gewachsen sei.²⁰ Indem der Exponent der Aufklärung, der kritische Intellektuelle, in letzter Instanz der Macht innerlich zustimme und damit das totalitäre System legitimiere, kapituliere er vor der nackten Gewalt und gebe damit faktisch den Emanzipationsgedanken preis.²¹ Sicherlich steht außer Frage, daß Orwell die Zerstörung der Humanität der einzelnen Menschen für möglich hielt. Doch stellt er damit die Humanität als solche zur Disposition?

Es gibt Gründe zur Annahme, daß diese Frage zu verneinen ist. Zunächst erscheint bemerkenswert, daß sein Menschenbild, auf dessen Folie er die Depravation der menschlichen Existenz abbildet, kein relativistisches ist: Er sieht es, wie Fromm mit großem Recht betont, durch »wesensmäßig eigene Qualitäten« charakterisiert, nämlich »ein intensives Verlangen nach Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit und Solidarität«.²² Erst auf diesem Hintergrund wird plausibel, warum Orwell mit seiner Schreckensvision einer möglichen Gesellschaft der Zukunft im Leser Kräfte mobilisieren will, die sich gegen eine solche Fehlentwicklung auflehnen.²³ Nicht zufällig ist in seinem Roman das, »was den Helden aus dem Gleis wirft, was ihn zuerst von seiner Umgebung trennt, was ihn die Ein-dimensionalität durchbrechen läßt«²⁴, die Sexualität: Sie ist der einzig verbleibende Raum der emanzipatorischen Vernunft, die noch nicht auf ein bloßes Herrschaftskalkül reduziert worden ist. »Nicht nur die Liebe zu einem Menschen«, heißt es bei Orwell, »sondern der animalische Trieb, die einfache, blinde Begierde: Das war die Kraft, die die Partei in Stücke sprengen würde« (130). Da die negative Utopie eben aus diesem psychischen Zentrum, das sich der Kontrolle des Systems entzieht, seine utopieimmanente kritische und subversive Stoßkraft erlangt, wird nicht die Aufklärung als solche denunziert, sondern jene falsche Rationalität, die, ihr emanzipatorisches Erbe verleugnend, zu einer bloß instrumentellen Perfektion verkommen ist.²⁵

Doch steht dieser Orwellschen Intention nicht seine Anatomie eines in sich homogenen totalitären Systems gegenüber, an dem alle Individualisierungsversuche, einschließlich die Hoffnung auf die umwälzende Kraft der »Proles«²⁶, scheitern? In der Literatur ist zu wenig beachtet worden, daß dieser scheinbare Sieg des Systems ein bloßer Pyrrhus-Sieg sein könnte. Wie kann sich ein Regime auf Dauer stellen, wenn es per Dekret befiehlt, daß $4 + 4 = 5$ ist? Wie ist ein Minimum an technischer Effizienz, ohne das ein moderner Unterdrückungsapparat nicht auskommt, aufrechtzuerhalten, wenn die Partei die Macht für sich beansprucht, selbst die Naturgesetze nach Belieben zu verändern? An der Gestalt O'Briens zeigt Orwell, daß eine Verwirklichung seiner »schwarzen« Utopie nichts anderes bedeutete als die Verwandlung der Menschheit in ein Konglomerat von Wahnsinnigen. So ist an O'Briens Gesicht, während er die Folterungen an Winston Smith vornimmt, »eine Art Verzückerung, eine verrückte Überspanntheit« (258), eine »verrückte Begeisterung« (260) bzw. ein »undeutlicher, irrer Begeisterungsschein« (266) zu erkennen. Diese Hinweise deuten unübersehbar auf die Selbstdestruktion eines enthumanisierten Systems hin, das sich selbst jener Korrektive entledigt hat, die unverzichtbar für sein eigenes Überleben sind.

KLAUS STEINITZ

Chancen für ein soziales und demokratisches Europa

Anfang Mai fand im Pariser Palais Luxembourg unter dem Titel »Ein soziales Europa – ein Europa der Völker« ein Kolloquium zur Geschichte und aktuellen Bedeutung eines vereinigten Europas statt. Träger waren die Stiftung Espaces-Marx zusammen mit anderen linken Bewegungen und Organisationen Frankreichs sowie den Fraktionen der Sozialisten, der Grünen und der Vereinten Linken im Europäischen Parlament.

Mit dieser Veranstaltung eröffneten die Kräfte der pluralen Linken in Frankreich ihre öffentliche Verständigung über Positionen für die französische EU-Ratspräsidentschaft, die im Juli beginnt. Dazu suchten sie auch das Gespräch mit unterschiedlichen linken Kräften aus anderen Ländern Europas. Aus Deutschland nahmen Gewerkschafter, Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS, der Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, der Jusos und Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung teil.

Das interessante, äußerst anregende Kolloquium erwies sich für die Fortsetzung des Meinungs austauschs zu den für die heute Lebenden aber auch für zukünftige Generationen wichtigen Problemen des zukünftigen Europa als ausgesprochen nützlich. Es war durch eine große Spannweite der erörterten Probleme gekennzeichnet. Sie reichte von der Darstellung der widerspruchsvollen Prozesse der Herausbildung »Europas« in der wechselhaften Geschichte der letzten 2000 Jahre (*Marc Ferro*, französischer Historiker) bis zur Begründung von Zukunftsvisionen eines neuen Europas, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, von Vorstellungen über die notwendigen inhaltlichen Veränderungen des Europaprozesses in allen wichtigen Sphären der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Geld und Finanzen, Soziales, Ökologie, Kultur) bis zu Forderungen nach Umgestaltung der europäischen Institutionen, von den Erfordernissen der Osterweiterung der EU bis zu den widersprüchlichen Beziehungen Europas zur heute einzigen hegemonialen Weltmacht USA.

In über 50 Beiträgen und in freier Diskussion wurde in zwei Plenartagungen und in sieben Arbeitsgruppen von Abgeordneten des Europaparlaments, Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Vertretern sozialer Bewegungen um diese Probleme gerungen.

Ungeachtet unterschiedlicher Sichtweisen der Teilnehmer auf Probleme und konkrete Aufgaben im europäischen Integrationsprozeß, unter anderem zum Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung der EU, zu den Bedingungen für die Aufnahme neuer

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Mitglieder, zu den notwendigen institutionellen Veränderungen der EU, zur jeweiligen Verantwortung der Nationalstaaten und der europäischen Institutionen in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, dominierte doch die Kritik an der bisherigen europäischen Vereinigung. Diese sei von Kapitalinteressen bestimmt und letztlich auch die entscheidende Ursache für das zunehmende Desinteresse der Bevölkerung an »Europa«, wie es sich auch an der geringen Wahlbeteiligung zum Europaparlament im letzten Jahr zeigte.

Da es im Rahmen dieses Konferenzberichts nicht möglich ist, die Vielzahl der aufgeworfenen Fragen darzustellen, beschränke ich mich auf einige grundlegende Probleme, die für die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses und die Diskussion darüber besonders wichtig sind.

Erstens wurde von den Teilnehmern übereinstimmend betont, daß die europäische Integration als ein *politisch zu gestaltender Prozeß* weitergeführt werden muß. Nur wenn es gelingt, die einseitige neoliberale Ausrichtung der EU auf Freihandel, Liberalisierung und Deregulierung der Märkte sowie auf Geldwertstabilität zu überwinden, und statt dessen ein politisches Projekt der sozialen, demokratischen und für die Menschen transparenten Gestaltung der europäischen Integration auszuarbeiten und auch durchzusetzen, wird es ein soziales Europa, ein Europa der Völker geben.

Ein solches politisches Projekt muß, wenn es Erfolgchancen haben soll, die veränderten Entwicklungsbedingungen der EU seit den neunziger Jahren berücksichtigen – den Fall der Berliner Mauer und den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa genauso wie die neue Qualität der Globalisierung, den Ausbau von Hegemonie und Dominanz der USA in den internationalen Beziehungen und natürlich auch den ersten Krieg in Europa nach der Niederlage des Faschismus sowie die wachsende Präsenz und den größeren Einfluß des Rechtsradikalismus und Rassismus. Die Basis dieses Projekts wäre ein europäisches Gesellschaftsmodell für eine demokratische, soziale, ökologisch nachhaltige, emanzipatorische und friedliche Entwicklung (*Philippe Herzog*, Frankreich und andere). Europa muß als politischer Raum in Richtung einer »jacobinischen Republik« (*Marie-Noelle Lienemann*, Frankreich) gestaltet werden, in der die Menschen sich für die Entwicklung des Kontinents interessieren und darauf Einfluß nehmen können. Entscheidend sind die Akteure, die sich für ein solches Europa in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und vor allem in gemeinsamen grenzüberschreitenden Aktionen einsetzen – wobei dem Widerstand gegen die allmähliche Angleichung an das US-amerikanische Sozialmodell besondere Bedeutung zukommt.

Auf der Tagesordnung steht, die Solidarität im nationalstaatlichen und vor allem im zwischenstaatlichen Maßstab zu stärken, eine globale, in einem ersten Schritt europäische Vernetzung der Akteure zu erreichen. In diesem Zusammenhang spielte die von *Pierre Bourdieu* vorgeschlagene Initiative für »Generalstände sozialer Bewegungen« in Europa eine wichtige Rolle. Ihre Aufgabe wäre es, eine politische Alternative zur neoliberalen Politik, die sich auch unter den sozialdemokratischen Regierungen zunehmend durchsetzt, zu erarbeiten. Die bei den Gewerkschaften im Hinblick

auf europaweite, Ländergrenzen überschreitende Solidarität und Aktionsfähigkeit bestehenden beträchtlichen Defizite zu überwinden, ist eine Lebensfrage, die auch die weitere Perspektive der Gewerkschaften selbst mit entscheidet (*Horst Schmitthener*, Deutschland und andere).

Zweitens wurde von vielen Teilnehmern die Bedeutung hervorgehoben, die den *Beziehungen zwischen europäischer Integration und Globalisierung beziehungsweise zwischen Europa und den USA* für die weitere Entwicklung der EU zukommt.

Die realen Entwicklungsprozesse der EU in den neunziger Jahren wurden und werden von der kapitalistischen Globalisierung stark beeinflusst. Bisher wurden die Chancen, in Europa ein bestimmtes Gegengewicht zur neoliberal geprägten Globalisierung zu schaffen, nicht genutzt. Damit werden auch viele, bisher unbeantwortete Fragen aufgeworfen: Welche Möglichkeiten hat Europa, auf die Globalisierungsprozesse in Richtung sozialer und demokratischer Alternativen einzuwirken? Welche spezifische Verantwortung trägt Europa für die Lösung des Nord-Süd-Konflikts? Welche Wirkungen haben die Veränderungen in den internationalen Organisationen – WTO, IWF, Weltbank und andere – auf die Gesetzgebungsprozesse im Rahmen der EU?

Die Verfaßtheit des derzeitigen Europas bietet kaum Chancen, um die Globalisierung positiv zu beeinflussen. Dazu wäre vor allem eine Änderung der Prioritäten innerhalb der EU notwendig, von der Liberalisierung der Märkte und der Geldwertstabilität zu politisch sozialen Prioritäten. Im Vordergrund muß zunächst stehen, die negativsten, brutalsten Wirkungen der Globalisierung auf die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Menschen zurückzudrängen (*Suzanne de Brunhoff*, Frankreich).

Seit dem Untergang des Staatssozialismus in Europa hat sich die Vormachtstellung der USA in der Weltwirtschaft verstärkt. Von ihr gehen auch immer stärkere Einflüsse auf die ökonomische und soziale Entwicklung Europas aus: neben der Ausprägung eines »Shareholder-Kapitalismus«, zunehmender Finanz- und Unternehmensfusionen, der voranschreitenden Umstrukturierung der Unternehmen auch die anhaltende Schwäche des Euro im Verhältnis zum Dollar, der Druck zur Ausweitung eines Niedriglohnsektors und eine Tendenz zur Aushöhlung des europäischen Sozialmodells.

Wie ist unter diesen Bedingungen das EU-Konzept von Lissabon zu werten, die Hegemonie der USA zu brechen? »Selbst wenn die amerikanische Vormacht in absehbarer Zeit erschüttert würde ..., würde sie nicht automatisch von einer europäischen Vormacht abgelöst ... Sie würde vielmehr zu einer Krise der amerikanischen Wirtschaft führen, von der auch die Weltwirtschaft und insbesondere die EU betroffen würden. (...) Der Weg des Wirtschaftskrieges gegen die USA und die Gegenreform im Namen des »Shareholder-Kapitalismus« führt ... absehbar nicht zu einer neuen dynamischen Ökonomie in Europa, sondern in die Sackgasse ökonomischer Stagnation, sozialer Erosion und politischer Konflikteskalation. (...) Die Alternative zu dieser Sackgasse liegt in der (Wieder)Belebung, dem Ausbau und dem Schutz eines europäischen Entwicklungsmodells, das ökonomisch durch die Eckpunkte Vollbeschäftigung,

soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gekennzeichnet ist« (*Jörg Huffs Schmid*, Deutschland).

Die Stärke des Dollars gegenüber dem Euro, die eng mit der weltwirtschaftlichen Hegemonie der USA verbunden ist, vor allem auf der dynamischen Wirtschaftsentwicklung, dem hohen Kapitalzufluß aus den Krisengebieten beruht und zu einem lang anhaltenden Aktienboom geführt hat, wird sich in absehbarer Zeit kaum ändern. Der Euro hat keinerlei Chance, als Rivale gegenüber dem Dollar erfolgreich zu sein (*Paul Boccara*, Frankreich).

Drittens bestand Übereinstimmung darüber, daß *Fortschritte auf dem Weg zu einer sozialen, demokratischen, für die Menschen mehr transparenten EU nicht durch einen Akt grundlegender Veränderungen, sondern nur über einzelne konkrete Schritte* auf den verschiedenen Gebieten zu erzielen sind. In der Diskussion dieser Problematik gab es recht unterschiedliche Akzente. Einerseits wurde hervorgehoben, daß ein »soziales Europa« in der nächsten Zeit kaum Chancen hat, dazu sind die Gegenkräfte zu stark (*Michel Rogalski*, Frankreich). Andererseits wurden Möglichkeiten gesehen, auf wichtigen Gebieten Teilfortschritte zu erreichen, insbesondere in der Beschäftigungspolitik, bei der Ausarbeitung und Durchsetzung eines europäischen Staatsbürgerschaftsrechts, in der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen europäischer Institutionen.

Als eine Schlüsselfrage für ein soziales und demokratisches Europa wurde die Ausarbeitung und Bestätigung einer »Charta der Grundrechte« für alle in Europa lebenden Menschen angesehen. Übereinstimmend wurde hervorgehoben, daß es sich dabei jedoch nicht um eine unverbindliche Erklärung zu den Grundrechten durch die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EU handeln darf. Das eigentliche Problem ist die *Fixierung verbindlicher, von den Bürgerinnen und Bürgern einklagbarer Rechte*. Bisher widersetzen sich jedoch die Regierungen der meisten EU-Länder einer solchen verbindlichen Regelung der Grundrechte. Die in eine Charta aufzunehmenden Grundrechte müssen auch solche einschließen, die den Veränderungen der letzten Jahrzehnte, unter anderem den technologischen Entwicklungen (insbesondere Informations/Kommunikationstechniken, Bio-/Gentechnik) und der ökologischen Nachhaltigkeit, gerecht werden (*Alima Boumedienne*, Frankreich und andere).

Eine aktive Beschäftigungspolitik der EU-Länder als unverzichtbares und bestimmendes Element einer linken Reformpolitik setzt vor allem voraus, daß über Inhalt und Ziel der Vollbeschäftigung, über die Wege und Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie über die Beziehungen zwischen nationaler und gemeinsamer EU Beschäftigungspolitik eine größere Klarheit und Übereinstimmung unter den Linken erreicht wird. Vollbeschäftigung darf nicht auf den Zugang zur Erwerbsarbeit reduziert werden und von ihren Bedingungen abstrahieren. Massenhaft prekäre Arbeit, Löhne an der Armutsgrenze, Zwangsarbeit und ähnliches stehen im Widerspruch zu einem linken Konzept der Vollbeschäftigung. Ein solches Konzept muß auch wesentlich über das keynesianische Vollbeschäftigungsmodell hinausgehen. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist es wichtig, neben der Stärkung der Nachfrage,

der Weiterbildung und Qualifizierung, der Verkürzung der Arbeitszeit, finanz- und geldpolitische Instrumente – insbesondere niedrigere Kreditzinsen für Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, Zinsvergünstigungen für Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit – zu nutzen (*Paul Boccard*).

Viertens entwickelte sich eine interessante und teilweise kontroverse Diskussion zu *Problemen der Sicherheit und des Friedens*. Der thematische Bogen wurde gespannt von Problemen der Herausbildung einer tatsächlichen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, dem Wechselverhältnis von Rüstung und Abrüstung über Entmilitarisierung und den Erfordernissen neuer internationaler Sicherheitsstrukturen bis zur Problematik einer humanitär motivierten Einmischung sowie zu aktiver Solidarität. Hier wurden unterschiedliche Sichtweisen und zum Teil auch grundsätzliche Differenzen in bezug auf künftige Perspektiven und gemeinsame Ansätze für eine Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent sichtbar. Die Diskussion der Probleme auf dem Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik wird sehr stark von weltanschaulichen und ethischen Aspekten, insbesondere pazifistischen Grundüberzeugungen, überlagert.

Weitgehender Konsens bestand in der Hervorhebung der neuen Qualität, die mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa eingetreten ist. Diese Aggression markiert eine Zäsur im Völkerrecht und im internationalen Beziehungsgeflecht überhaupt. Unterschiedliche Sichtweisen allerdings gab es zu den Fragen der Beteiligung europäischer Staaten an diesem NATO-Krieg, zu den neuen Herausforderungen an internationales Konfliktmanagement und zu Strategien langfristiger Konfliktvorbeugung und -verhütung.

Fünftens wurden von französischen Teilnehmern hohe *Erwartungen für eine stärkere soziale und beschäftigungspolitische Orientierung der europäischen Integration* in der Zeit der EU-Präsidentschaft Frankreichs im zweiten Halbjahr und an die Regierungskonferenz in Nizza im Herbst 2000 gesetzt. Mehrere Redner hoben hervor, daß, wenn es nicht gelingt, in diesem Jahr Veränderungen durchzusetzen (insbesondere durch eine institutionelle Reform – Demokratisierung und höhere Effizienz der Institutionen sowie speziell die Einführung von Mehrheitsentscheidungen – und die Annahme einer verbindlichen europäischen Charta), die Chancen hierfür längere Zeit verspielt seien. Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit einigen neueren Tendenzen bei den Wahlergebnissen – Stärkung rechtsradikaler und konservativer Kräfte – und mit der bevorstehenden Osterweiterung der EU gesehen. Vor übertriebenen Erwartungen an die französische Ratspräsidentschaft in diesem Jahr wurde jedoch auch gewarnt.

Sechstens war für einen durch die politische Kultur in Deutschland nicht gerade verwöhnten Teilnehmer der offene, freundschaftliche Diskussionsstil zwischen den Vertretern verschiedener politischer Parteien und Richtungen, zwischen Sozialisten, Kommunisten und Grünen besonders beeindruckend.

ARNDT HOPFMANN

Nachdenken über Auswege aus der Sanierungsfalle

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

»Wer die Modellrechnungen des Finanzsenators und die aktuellen Zahlen aus den Haushaltsdebatten kennt, der weiß, (daß) diese sog. Sanierungspolitik auf drei Säulen fußt:

1. (auf) besagter Investitionspolitik inklusive Investitionssonderprogramm, mit der ... Schwerpunktsetzung ... auf Groß- und Verkehrsprojekte sowie auf die Erschließung von Gewerbeflächen.
2. (auf) dem gnadenlosen Verkauf öffentlichen Eigentums; von (der) Veräußerung kommunaler Betriebe und Beteiligungen bis hin zum Verkauf von Spielplätzen.
3. (auf) ... Kürzungen und Umstrukturierungen im konsumtiven Bereich; wobei sowohl die reinen Kürzungen als auch die strukturellen Eingriffe für die jeweils Betroffenen existentielle Folgen haben werden.«
Aus einem Leserbrief von Klaus-Rainer Rupp (PDS, Beirat Östliche Vorstadt) an die TAZ (Bremen).

»Crossover« – ursprünglich erfunden, um das von den »Parteiobere« verordnete Kontaktverbot von Mitgliedern aus der SPD und den GRÜNEN mit denen der PDS zu unterlaufen – scheint sich allmählich zu einem Markenzeichen für eine parteiübergreifende, problemorientierte Diskussionskultur zu entwickeln. Am stärksten ist diese Tendenz zur Einsicht in die Notwendigkeit koordinierten Vorgehens jenseits von parteiideologischer Borniertheit zweifellos dort ausgeprägt, wo der Handlungsdruck als besonders drängend empfunden wird. Einen derartigen Brennpunkt stellt mehr und mehr der finanzielle Notstand von Ländern und Gemeinden dar – zumal in jenen Kommunen, in denen sich, wie in Bremen, die Kalamitäten einer Großstadt und eines Bundeslandes in Gestalt eines »Stadtstaates« potenzieren. Ähnlich wie im Falle Berlins kennt auch die »große« Koalition in Bremen nur einen Ausweg aus der Finanzmisere: ein hilfloses Konzept, das unter dem Motto »Investieren und Sparen« geradewegs in die Sackgasse geführt hat und infolge seiner Verliebtheit in »Beton-intensive« Großprojekte demnächst vollends gegen die Wand zu fahren droht. Denn überall, wo die berüchtigte Standortlogik die Richtschnur kommunalen oder regionalen Handelns abgibt, mutiert der Mensch – dem zuliebe angeblich das ganze Spektakel aufgeführt wird – zum verstörten Saurier, dem nichts übrig bleibt, als zwischen den unnützen Artefakten investiven Größenwahns herumzulungern (oder von der Bildfläche abzutreten).

Angesichts des drohenden Desasters rosa-schwarzer Haushaltssanierung trafen sich am 27. Mai in Bremen ca. 70 engagierte Bürgerinnen und Bürger, die von der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit der Organisatoren (Mario Käse, SPD; Klaus-Rainer Rupp, PDS; Wolfram Sailer, B'90/GRÜNE) nicht im mindesten irritiert wurden, um über ein menschengemäßes Zukunftsprojekt im Großstadt-Land Bremen zu beratschlagen. Das gemeinsame Ziel bestand darin, Alternativen zum technokratischen und einseitig auf Kostenreduzierung angelegten Sanierungsprogramm aufzuzeigen und für einen Strukturwandel zu werben, der als »Ideenwettbewerb um Innovation und Lebensqualität« zu organisieren wäre.

Die Schar der Referentinnen und Referenten war ähnlich bunt gemischt wie das Publikum, das mitunter lautstark, spontan und erfreulich respektlos in den als Bestandsaufnahme gedachten Vortragsmarathon des Vormittags eingriff. Die vorgestellten Befunde indessen waren unabhängig von den jeweils unterschiedlichen konkreten Ansatzpunkten der Analyse weitgehend identisch. Die der

regierungs-offiziellen Haushaltskonsolidierungsstrategie zugrunde liegende Orientierung auf Großprojekte und die Erschließung von Gewerbeflächen bei gleichzeitiger Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen erzeugt nicht nur eine bedenkliche Schieflage in der Verteilung von Kosten und Nutzen, sie zerstört zunehmend auch die spezifischen Qualitäten städtischen Lebensraums. Als Konsequenz wird darüber hinaus die Abwanderung jener Bevölkerungsgruppen in den ›Speckgürtel‹ im Umland forciert, die aufgrund ihres Einkommens- und Steuerpotentials für eine Sanierung der Stadt- bzw. Landeskasse von erheblicher Bedeutung wären. Neben den problematischen Wirkungen der Sparpolitik auf die soziale Segregation standen vor allem ihre Grundlagen in der Kritik. Das gesamte Konzept steht und fällt mit der Entwicklung einer einzigen und entscheidenden äußeren Einkommensquelle – Länderfinanzausgleich –, die in den kommenden Jahren jedoch vor einer grundsätzlichen Revision steht. Wie stark die Koalitionäre in der Bürgerschaft auf die Bundeszuweisungen angewiesen sind, zeigt sich auch darin, daß faktisch alle Politikoptionen unter dem Vorbehalt ihrer Wirkungen auf den Finanzausgleich betrachtet werden. Daß diese Herangehensweise auch bei vielen Teilnehmern der Tagung tief verinnerlicht ist, wurde spätestens dann offenbar, als die unterschiedlichen Alternativstrategien zur Debatte gestellt wurden. Allen Überlegungen, durch eine Neuordnung der Länderstruktur wenigstens einige der drängendsten Probleme zu mildern, wurde immer wieder entgegen gehalten, daß sich die Einnahmesituation einer Großstadt Bremen in einem (dann vergrößerten) Bundesland Niedersachsen wesentlich schlechter darstellen würde als unter den gegenwärtigen Bedingungen bundesländischer Eigenständigkeit. Damit wurde zugleich deutlich, in welchem nicht unbedeutenden Maße sich auch ›alternative‹ Politikkonzepte innerhalb strukturkonservativer Grundpositionen verorten.

Das Gros der innerhalb von Plenardebatten und Beratungen in thematisch spezialisierten Arbeitskreisen zusammengetragenen Alternativentwürfe läßt sich in wenigen Punkten resümieren. *Erstens*: Im Zentrum jeder Sanierungspolitik muß die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität stehen. Nur wenn die Stadt ein attraktiver Lebensraum mit vielfältigen Angeboten an Arbeitsplätzen, aber auch vor allem an Kultur- und Bildungsmöglichkeiten bleibt (oder wieder wird), können auch jene Einnahmen mobilisiert werden, die für einen ausgeglichenen Haushalt notwendig sind. *Zweitens* sollte Wirtschaftsförderung nicht auf wenige Großprojekte mit fragwürdigen Effekten beschränkt bleiben, sondern prinzipiell für alle Formen unternehmerischer Aktivitäten zugänglich sein. Für einen Stadtstaat erweist sich zudem die Koordination derartiger Förderinstrumente mit dem Umland als unverzichtbar. *Drittens* schließlich sollten die Initiativen auf Bundesebene darauf gerichtet sein, Bündnisse mit jenen zu schaffen, die vor ähnlichen Problemen stehen.

Damit wenigstens einige der vorgeschlagenen Ideen einer Verwirklichung nähergebracht werden können, wurde von vielen Teilnehmern der Vorschlag unterstützt, den bisher eher losen »Cross-over«-Zusammenhang in eine permanente Institution zur kritischen Begleitung der Bremer Sanierungspolitik von unten zu verwandeln.

»Die große Koalition rechtfertigt die Schuldzunahme damit, dass sie von Rückflüssen aufgrund steigenden Wirtschaftswachstums ausgeht. Zu diesem Zweck hat sie ihr narrhallerches Investitionsprogramm aufgestellt, mit dem in erster Linie Großprojekte, Gewerbeflächen und Verkehrsprojekte massiv subventioniert werden. Entgegen ihren öffentlichen Behauptungen wird die Wirtschaftstätigkeit in weiten Bereichen staatlich betrieben bzw. massiv staatlich gestützt. Diese Strategie negiert, dass bis heute niemand sagen kann, auf welchem Weg systematisch die Geldrückflüsse für den Schuldenabbau fließen sollen.«

Helmut Zachau (haushaltspolitischer Sprecher der Grünen) in der TAZ (Bremen) vom 22. Februar 2000.

»Bremen muss seine Rolle im Bund neu definieren – mit, vielleicht in Niedersachsen.«

Erich Röper (CDU) in der TAZ (Bremen) vom 12. Dezember 1999.

Was daraus wird, bleibt indessen abzuwarten, weil dies die SPD-Aktivisten in eine durchaus schizophrene Situation manövrieren würde – sie wären dann nämlich sowohl Mitglieder einer regierenden Koalitionspartei als auch deren schärfste Kritiker.

JENS BECKER, HARALD JENTSCH

Parteikommunismus in der Weimarer Republik.

Rund zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus reduziert sich das Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung auf eine kleine Schar von Wissenschaftler/innen und Hobbyhistoriker/innen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten – Forschungsgelder dafür fließen bekanntlich spärlich – die nunmehr zugänglichen Archivalien, etwa zur Geschichte des deutschen Parteikommunismus, auswerten. Ein Workshop über Klaus Kinner's Studie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der Weimarer Republik¹ Ende Januar 2000 in Elgersburg (Thüringen) mit 15 Teilnehmer/innen war dafür ein beredtes Beispiel.

Sorgte Klaus-Michael Mallmann vor wenigen Jahren mit seiner Habilitationsschrift² für einigen Wirbel im Wissenschaftsbetrieb, weil er in einem Rundumschlag den Granden der westdeutschen KPD-Forschung³ schlicht die Kompetenz abstritt, mit ihrem politik- und organisationszentrierten Ansatz, in dem das Paradigma der Moskauer Fernsteuerung der KPD und anderer Bruderparteien in den Vordergrund gestellt wird⁴, die reale Geschichte der kommunistischen Bewegung und ihrer Mitglieder erklären zu können, so blieb Kinner bescheiden, in dem er sich – manchmal vielleicht zu ausführlich – auf die Quellen konzentrierte und sich mit Bewertungen zurückhielt. Seine Rekonstruktion des kommunistischen Politikentwurfes kann daher ein ziemlich hohes Maß an Plausibilität für sich beanspruchen, wenn man sich auf seine Logik, den Blick auf die Parteiführung und -struktur, die Fraktionskämpfe usw. einläßt.

Zweifelsohne war die KPD keine von Moskau gesteuerte Bürgerkriegs- und Umsturzpartei. Im Windschatten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und bedingt durch den katastrophalen Verlauf des Ersten Weltkrieges und die dadurch ausgelöste radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems konnte die radikale Linke ihre Position ausbauen.

Das Faktum der russischen Revolutionen von 1917, so Kinner, formte in den Jahren, nach der von Sozialdemokraten und Bürgertum erstickten Novemberrevolution, bei vielen Kommunisten ein Wunschbild vom sozialistischen Staat aller Werktätigen, das zur politischen und psychischen Barriere gegen eine Integration in der Weimarer Republik wurde. Viele hatten Schwierigkeiten, sich mit deren politischen System – und sei es nur auf Zeit – zu arrangieren. Dagegen wurde immer wieder der Zusammenbruch des Kapitalismus und die »Aktualität der Revolution« (Georg Lukács) be-

Jens Becker – Jg. 1964, Dipolm-Politologe, ist zur Zeit Mitarbeiter der AG Soziale Infrastruktur an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, promoviert über den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler.

Harald Jentsch – Jg. 1959, Diplompolitikwissenschaftler, promoviert an der TU Darmstadt zur Rolle und Funktion der KPD im und nach dem Jahr 1923.

1 Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. 1. Die Weimarer Zeit), Berlin 1999.

2 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

3 Vgl. Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969; Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

4 Vgl. dazu die instruktive Abhandlung von Sigrud Koch-Baumgarten: Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der

Weimarer Republik?, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK), 34. Jg., März 1998, Heft 1, S. 182-189.

schworen, was teilweise zu grotesken und folgenschweren Fehlschlüssen (Märzaktion 1921, »Deutscher Oktober« 1923 oder die Sozialfaschismusthese ab 1924), teilweise aber auch zu realistischeren Konzepten (Einheitsfront, Arbeiterregierung) führte.

Anders als für Mallmann spielt für Kinner der Kampf verschiedener politischer Linien, zwischen »linken« Voluntaristen und »rechten« Realisten eine wichtige Rolle. 1923, das Jahr der Hyperinflation und des fehlgeschlagenen »deutschen Oktober« war eine Zäsur, weil unter Verletzung der innerparteilichen Demokratie wichtige Parteiführer (Brandler, Thalheimer u.a.) degradiert und entmachtet wurden, um vom Versagen der Komintern-Führung abzulenken. Dagegen markierte das Jahr 1928/29 das »Ende des eigenständigen deutschen Parteikommunismus« (Kinner), weil dessen Selbständigkeit im Zuge der Eingriffe von außen, die während der Thälmann-Wittorf-Affäre von Moskau erfolgten, aufhörte zu existieren. Diese unstrittigen Befunde finden sich auch schon bei Hermann Weber. Der einsetzende Linkskurs, parallel dazu verlief die »Stalinisierung« der KPD, stieß vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der »Politisierung« der Massen auch bei der KPD-Basis auf Zustimmung. Die wortradikale Politik des »Thälmannschen ZK« 1929-1933 umschreibt Kinner mit dem Terminus »desorientierter Antifaschismus«. Bewaffneter Widerstand wäre 1933 ein Abenteuer gewesen.

Indessen scheint den langjährigen Kommunismusforscher, der nunmehr als Geschäftsführer des sächsischen Rosa-Luxemburg-Vereins und Mitglied der Historischen Kommission der PDS dort die geschichtspolitischen und -wissenschaftlichen Weichen stellt, der derzeit in der Historikerzunft schwelende Streit,⁵ ob und inwieweit exogene oder endogene Faktoren zum Entstehen eines autoritären Kommunismus in Deutschland beigetragen haben, nur am Rande zu interessieren. Obwohl es hier um Grundsatzfragen, etwa um eine radikale Historisierung der Leistungen des deutschen und internationalen Kommunismus, geht und die kritische Diskussion darüber zur Normalität einer Parteihistoriographie gehört. Letzteres thematisierte Elke Reuter (Berlin) mit ihrer Frage, ob die Zeit für eine objektive Bewertung der kommunistischen Geschichte schon reif sei. Schließlich habe für die marxistisch-leninistische Historiographie die KPD als höchste theoretische Instanz gegolten, doch was bleibe heute noch von ihren theoretischen Leistungen übrig?

Merkwürdigerweise unterläßt Kinner die von ihm selbst geforderte – und von Mallmann praktizierte – Auseinandersetzung mit den proletarischen Milieus, auf die sich die KPD stützen konnte. Sowohl Kinners Buch als auch seinen Elgersburger Ausführungen mangelt es an einer genaueren Untersuchung der »mental und milieugeprägten Verortungen« und der »politisch-ideologischen Standorte« der KPD-Anhänger/innen,⁶ um das keineswegs ungetrübte Verhältnis zwischen Parteiführung und Parteibasis beurteilen zu können. Statt dessen vernachlässigt er Methoden der Sozialgeschichtsschreibung und fällt zurück in eine politik- und organisationsgeschichtliche Vorgehensweise, die sich mit Cliquen- und Machtkämpfen, ideologischen Streitigkeiten etc. befaßt. Als sein

5 Vgl. Andreas Wirsching: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischen-gesellschaft«? Alte und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 45(1997), S. 449-469; Klaus-Michael Mallmann: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: VfZ, 47(1999), S. 401-415.

6 Vgl. Klaus Kinner: Der Deutsche Kommunismus..., a.a.O., S. 13.

künftiges Forschungsgebiet bezeichnete Kinner die Bildungsarbeit der KPD – bis in die untersten Parteigliederungen hinein.⁷ In der Tat sind genauere Untersuchungen über das Verhältnis von politischer Bildung, Bildungsniveau und Klassenbewußtsein der kommunistischen Basis und ihrer Führungskader notwendig, um zu prüfen, inwieweit der Anspruch, revolutionäre Avantgarde mit subversiven Zielsetzungen zu sein, mit der Realität übereinstimmt.⁸ Oder, um es in die Worte von Horst Helas (Berlin) zu fassen, »wieviel revolutionäre Theorie brauchte die Basis, wieviel Theorie wollte sie eigentlich haben?«

Insgesamt wurde Kinner's Buch⁹ von den Teilnehmer/innen des Workshops, der übrigens in einem ehemaligen Gebäude der KPD-nahen »Roten Hilfe« stattfand, positiv aufgenommen. Kritik gab es höchstens in Nuancen. So wurde seine These, die KPD habe 1925-27 versucht, revolutionäre Realpolitik zu betreiben ebenso bestritten, wie seine Annahme, eine von ihr 1932/33 glaubhaft initiierte Einheitsfrontpolitik hätte den parlamentarischen Durchmarsch und die »Machtergreifung« der NSDAP verhindern können. Der Antagonismus innerhalb deutschen Arbeiterorganisationen war in den frühen dreißiger Jahren so weit fortgeschritten, daß eine antifaschistische Aktionseinheiten Wunschdenken blieb.

Des weiteren berichteten die Teilnehmer/innen über ihre Forschungsvorhaben und -ergebnisse. Gerhard Knoch befaßt sich mit der Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Magdeburg/Anhalt. Erika und Josef Schwarz (Erfurt) untersuchen die Geschichte der »Roten Hilfe« in Thüringen. Reiner Tosstorffs Habilitation über die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI), Jens Beckers Promotionsvorhaben über Heinrich Brandler und Harald Jentschs Dissertationsprojekt über den »deutschen Oktober« 1923 belegen, daß sich der historischen Kommunismusforschung nach der Öffnung der Archive vielfältige Chancen bieten. Ulla Pleners Arbeit über Theodor Leipart ist kürzlich erschienen. Ferner planen Helas, Kinner und Reuter einen Fortsetzungsband zur Geschichte der KPD, der deren Widerstand gegen den Nationalsozialismus analysiert. Der Vorschlag, weitere Workshops und den Aufbau eines Netzwerkes für Forscher/innen und Interessierte durchzuführen, stieß auf große Resonanz.

7 Damit knüpft Kinner wieder an Forschungen der siebziger und achtziger Jahre an; vgl. Klaus Kinner: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917-1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD, Berlin 1982.

8 Vgl. Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik ..., a.a.O., S. 213-219.

9 Vgl. Jens Becker in: Frankfurter Rundschau; Theodor Bergmann in: Widerspruch, Heft 38(1/2000).

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Im Berichtszeitraum begann die Fußballeuropameisterschaft, für jung und alt wieder eine treffliche Gelegenheit, die öffentliche Debatte anzuheizen. Denn wisse: Über Fußball kann – und darf! – jeder reden. Wie über das Wetter. Beim Fußball – und inzwischen auch bei anderen Sportarten wie Tennis und Autorennen – ist die Trennung zwischen Laientum und professioneller Kennerschaft nahezu aufgehoben: »Jeder ein Fachmann!«

Diese Erscheinung ist natürlich als eine zutiefst demokratische zu begrüßen und wird durch die Medien kräftig gefördert. Denn nur dem Fußball ist es zeitweise beschieden, von den Sportseiten der Tageszeitungen ins Feuilleton zu schwappen, wo sich dann die dieses Feuilleton betreibenden Feuilletonisten und zuweilen gar die Essayisten dieses Sportes annehmen und ihren Senf dazugeben. Darunter solche Leute wie Küppersbusch (eigentlich Anhänger von *Borussia Dortmund*) und Edgar Külow (dessen Herz für den *VfB Einheit zu Pankow* schlägt). Auch von Dieter Hildebrand war zum Thema Fußball zu hören. Und von Richard Rogler.

Der *Tagesspiegel* druckte die Kolumne eines Amerikaners, der herausgefunden hat, daß Fußball für die Europäer eine Art Kriegsersatz geworden sei. Ich möchte das hier nicht vertiefen, neige aber zu dem Schluß, daß das der schlechteste Ersatz nicht ist. Natürlich kochen bei internationalen Meisterschaften immer wieder nationale Besoffenheiten hoch (und Sport als Völkerfriedeierkuchenveranstaltung ist eh nur eine vom DFB gepöppelte Fiktion) – aber unterm Strich bleibt: Sie schießen nur mit Bällen aufeinander.

Übrigens sind bei derartigen Gelegenheiten manchmal auch politische Standorte auszumachen. Als Faustregel gilt dabei: Wer bei

der Fernsehübertragung vor Freude aufschreit, wenn der deutsche Torwart Oliver Kahn einen Treffer kassiert, ist nicht dem nationalen Flügel zuzuordnen. Wer sich freut, wenn die »Kleinen« es den »Großen« zeigen, erweist sich als echter Internationalist (Zwischentöne sind erlaubt ...).

Der Berichtszeitraum verwöhnte uns auch wieder mit journalistischen Kostbarkeiten. Sie kamen von der *jungen Welt* und der *BILD-Zeitung*. Obwohl der redaktionelle Anteil der *jungen Welt* an der Angelegenheit gleich null sein dürfte, kann sie sich doch immerhin das Verdienst ans verblichene Blauhemd heften, einen Nachruf etlicher Generäle für Erich Mielke abgedruckt zu haben. Ich will nicht mißverstanden werden (obwohl mir auch das egal sein sollte): Selbstredend hat auch dieser Mann einen Nachruf verdient (die PDS hatte sich gedrückt und mit einer läppischen Presseerklärung reagiert) – es fragt sich nur, was für einen. Bei dem, den die Generäle absonderten, kriegt man Pickel. Zugegeben, es ist nicht ohne einen gewissen Reiz, öffentlich Betonköpfe Betonköpfe nennen zu dürfen, und dabei zu wissen: Die können mich mal.

Als ich die Generalseloge auf den Minister las, kam mir der Gedanke: Vielleicht würden sie sich etwas zurückhalten, wenn sie wüßten, was sie mit ihren Äußerungen anrichten – sie schreiben mir mit solchen Texten diese Bundesrepublik, die ja nun wahrlich Grund genug hat, sich ob ihrer Zustände nicht über den grünen Klee lobpreisen zu lassen, doch geradezu schön.

Es ist eben ein eigen Ding mit der Dialektik.

Die *BILD-Zeitung* nun machte sich anlässlich des Ablebens von Mielke kundig, ob der Mann wohl in den Himmel käme. Das Ergebnis: Er kommt! Und das trotz der vielen protestantischen Pfarrer und Pfarrgehilfen, die an seinem Sturze beteiligt waren?

So tumb kann natürlich nur ein bekennender Atheist fragen: Erich Mielke kommt vermutlich nicht trotz, sondern wegen der vielen Dissipfarrer ... Obwohl: Ich kann nicht ausschließen, daß das Ergebnis der *BILD-Zeitung* anders ausgesehen hätte, wenn das Blatt wirklich jene befragt hätte, die Mielke zu ihrem Lieblingsfeind auserkoren hatten (was der natürlich entsprechend zu würdigen wußte). Doch nein, *BILD* fragte einen Katholiken. Aber die sollen sich ja für keine Seele zu schade sein.

Eine besonders pittoreske Politaktion kommt auf uns zu: Die Ostler sind aufgerufen, ihr Begrüßungsgeld wieder herauszurücken, es soll einem guten Zweck zugeführt werden.

Aber ich bin mir sicher, so, wie den Empfängern damals genug Ausreden eingefallen waren, sich das Geld zu holen, werden sie jetzt ausreichend Gründe finden, den Hunderter nicht wieder herzugeben. (Peter Kirschey vom *ND* fragte den Initiator ängstlich, ob sich jetzt die Ossi schon wieder outen müßten: erst Stasi, nun Begrüßungsgeld?) Wir erinnern uns: Selbst hartleibigste Kader waren angesichts des Geldes weich geworden, das einfallsreichste Argument, das mir damals zu Ohren kam, lautete: Mit diesen hundert Mark holen wir uns nur wieder, was uns die kapitalistische BRD durch Abwerbung und andere DDRfeindliche Schikanen über Jahrzehnte hinweg gestohlen hat. Bei diesen Leuten hatten die Dialektik-Seminare gefruchtet.

Birger P. Priddat:
Produktive Kraft, sittliche
Ordnung und geistige Macht,
Metropolis Verlag Marburg 1998,
474 S. (89,00 DM)

Der hier vorgestellte Band ist Bestandteil der Reihe »Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie«. Mit dieser Edition wird das Ziel verfolgt, die verloren gegangene Erinnerung an die deutsche Tradition nationalökonomischer Theorie wieder zu beleben. Ein durchaus begründetes Unternehmen, denn mit der Dominanz der angloamerikanischen Ökonomie seit 1930 wechselte auch die Vorgeschichte, wodurch die ältere deutsche Theorie zu einer Randerscheinung der Dogmengeschichte wurde, wenn nicht gar zu einer bloßen Kuriosität. Zu Unrecht, wie Priddat meint, denn zum einen hat die deutsche Theorieentwicklung im 19. Jahrhundert gegenüber der englischen durchaus Parallelen aufzuweisen. Zum anderen sind in ihr Fragestellungen enthalten, die heute geradezu modern anmuten und in der Institutionenökonomie sowie in evolutions- und systemtheoretischen Konzepten Parallelen besitzen. Die Tatsache, daß die deutsche Nationalökonomie größtenteils der Vergessenheit anheimgefallen ist, ist zu einem Teil ihrer Einbettung in einen staats- und rechtswissenschaftlichen Kontext geschuldet. Zum anderen ihrer »Neigung zur Soziologie« (S. 415).

Darüber hinaus spielte dabei natürlich auch der Rückstand der deutschen Verhältnisse eine Rolle: »Die deutsche Nationalökonomie war immer eine politische Ökonomie im engeren Verständnis dieses Begriffs. Sie wollte keine abstrakten Systeme erläutern, sondern die Wirtschaft, die sich in den institutionellen Bedingungen ihrer Zeit bewegte ... Sie dachte von ihren Ressourcen her – der Landschaft, der Gewerbe, des Rechtes, der politischen Formen, der Mentalitäten, der Kultur und ihrer Entwicklungen. Folglich hatte sie ihren eigenen Stil entwickelt« (S. 11). Etwas davon findet sich noch heute im Konzept der »sozialen Marktwirtschaft«, als der deutschen Variante des Kapitalismus.

Der Band vereinigt eine größere Anzahl von Texten über Denker des 18. und 19.

Jahrhunderts, teils bekannter, wie G.F.W. Hegel, F. List, D. Hildebrand, W. Roscher u.a., größtenteils aber völlig vergessener Autoren, so J.G. Büsch, J. Beckmann, J.A. Schlettwein, H.E.K. Mangoldt, J. v. Soden u.a. Aber selbst wenn Name und Auffassung eines Ökonomen bekannt sind, so ist es doch in den seltensten Fällen der hier vorgestellte Text.

Es ist dem Herausgeber gelungen, ein durchweg originelles Buch zusammenzustellen, auch wenn nicht alle Texte und Ansichten von gleichem Gewicht für die Theoriegeschichte sind. Priddat weist in der Einleitung auf Topoi hin, die es in anderen Theoriegeschichten nicht gibt und die folglich als Besonderheiten der deutschen Nationalökonomie anzusehen sind: Dies sind (1) das Spannungsverhältnis zwischen Staats- und Marktwirtschaft, (2) das Verhältnis von Ethik, Sittlichkeit und Wirtschaft, (3) die Kulturfrage in der Ökonomie, (4) die Theorie des allgemeinen Vermögens, (5) die Theorie der produktiven Kräfte und schließlich (6) die Analogie von Ökonomie und Poesie. Mit diesen Topoi sind »tragende Denkfiguren« der zeitgenössischen Ökonomie umschrieben, ohne deren Kenntnis manche Motive des ökonomischen Denkens in Deutschland überhaupt nicht zu begreifen sind.

Dazu gehört auch die Bindung der Theorie an die jeweilige konkrete Realität. Im Unterschied zur Gegenwart, wo nur die abstrakte (formale) Theorie als echte Theorie gilt, wurde damals eine Einbettung der Theorie in die Umstände der Zeit angestrebt. Abstrakte Denker wie H.H. Gossen oder H. v. Thünen galten als Außenseiter und wurden erst später entdeckt und gewürdigt.

Insgesamt enthält der Band 18 Kapitel. Lesenswert sind sie alle, auf einige aber soll besonders verwiesen werden. Hierzu zählt der Aufsatz über Novalis (F. v. Hardenberg). Leider beginnt dieser Text gleich mit einem Druckfehler, der Novalis fünfzig Jahre älter macht (S. 79). Dies ist um so mehr zu bedauern, da die Genialität Novalis' nicht zuletzt darin zu sehen ist, daß er – der nicht einmal dreißig Jahre alt wurde – nicht nur in der Dichtkunst sondern ebenso in der politischen und ökonomischen Wissenschaft absolut auf der Höhe seiner Zeit war. Hiervon zeugen

seine zahlreichen Reflexionen, Aphorismen, Skizzen usw., die als »Fragmente« bekannt geworden sind. Priddat analysiert diese, in ihrer Bedeutung häufig unterschätzten Texte daraufhin, ob Novalis – neben Goethe und Forster – als »kongenialer Wahrnehmer« der Frühindustrialisierung in Frage kommt oder gar als »Poet der Industrie«? Letztlich verneint er dies aber und sieht den Dichter eher dem kameralistischen Wissen seiner Zeit verhaftet (vgl. S. 81).

Auch spricht aus den »Fragmenten« eine eher nüchterne Weltsicht. Romantisiert wird lediglich der »merkantilistische Geist« als das eigentlich Produktive in der Gesellschaft, der »schaffende Geist«, »Geist der Kultur« usw. (vgl. S. 90f). Priddat sieht hierin bereits die »philosophisch getragene Legitimation der neuen Ökonomie«, die »Allokation der ›kulturellen Ressourcen«, die den ›wahren Reichtum‹ in der Vollendung des ›Ich‹ im Weltganzen erblickt« (S. 109). Dies wäre freilich eine Synthese von »äußeren« (ökonomischen) und »inneren« (seelischen) Gütern, welche aber die Nationalökonomie ebenso wenig einzulhalten vermochte wie der Kapitalismus. Also doch Romantik?

Ein anderer, ebenfalls bemerkenswerter Text ist mit »Kraft und Stoff« überschrieben und Julius Graf von Soden gewidmet. Soden wird der romantischen Schule der Nationalökonomie zugerechnet, ein Talent »voll von Geist«, aber an »Logik und Systematik mangelhaft« (S. 164). Er hinterließ 80 Bände, darunter eine neunbändige Nationalökonomie (1805/11), die als sein bestes Werk gilt. Auch der Begriff »Nationalökonomie« soll auf ihn zurückgehen. Soden war der erste, der zwischen Nationalökonomie und Staatswissenschaft streng unterschied und der ein eigenes Kategoriensystem der Ökonomie vorlegte. Dies hat sich allerdings nicht durchgesetzt. Ein besonderer Abschnitt ist Sodens doppeltem Vermögensbegriff gewidmet, welcher zwischen dem Vermögen als »Besitz« und dem Vermögen als »Fähigkeit« unterscheidet. Ersteres faßt er als »Stoff«, letztere als »produktive Kraft«, wodurch das Ganze, in Anlehnung an Schellings Naturphilosophie, eine metaphysische Dimension erhält. Bei A. Müller findet dieser Ansatz später im Begriff des »geistigen Capitals« seine Fortführung.

Interessant ist hieran, daß Soden seine Theorie der produktiven Kräfte in Gegenposition zu A. Smiths reduktiver Auffassung der produktiven Arbeit entwickelt hat. Während Smith aber aus seinem Begriff die meisten Dienstleistungen ausschloß, bezieht Soden diese ausdrücklich mit ein, was aus heutiger Sicht durchaus modern anmutet. Sein Begriff der »Produktivkräfte« hat sich in der Theorie gehalten, seine philosophische Deutung der Ökonomie hingegen nicht.

Drittens sei der Aufsatz über W. Roschers »historische Methode« erwähnt. Ausgehend von Schumpeters Urteil über Roscher, wonach dieser vor seinem eigenen Anspruch, die historische Methode einzuführen, versagt habe, gibt Priddat einen informativen Überblick über die Lebensleistung Roschers. Von Hause aus Historiker, transplantierte dieser die »historische Methode« als die Methode des Historikers in die Ökonomie und konzipierte so eine »politische Ökonomie«, die das Prädikat »politisch«, im Unterschied zur klassischen Political Economy, wörtlich auffaßte (vgl. S. 288).

Das heißt, er wollte sie als Wissenschaft keinesfalls auf die wirtschaftlichen Aspekte begrenzt sehen, sondern sah Sprache, Religion, Kunst, Recht, Staat etc., in ihrer Relation zur Wirtschaft, ebenfalls als Gegenstände der »Lehre von den Entwicklungsgesetzen des Volkslebens« (S. 289), wie er die Ökonomie verstand, an. Im Gegensatz dazu sah er die mathematische Methode als »idealistisch« an, da sie durch die mathematische Formierung der Zusammenhänge normativ vorgehen muß und in ihren Aussagen notwendig abstrakt bleibt.

Ein angesichts des heutigen Zustandes der ökonomischen Theorie als »angewandter Mathematik« sehr ernst zu nehmender Einwand!

Priddat schließt seine Ausführungen mit einigen aktuellen Überlegungen zum »Sozialstaat«, zum »rheinischen Kapitalismus« und zur europäischen Integration. Die dabei in Deutschland zu beobachtende »Form der sozialen Bedachtsamkeit« führt er u.a. auf die Tradition der deutschen Nationalökonomie zurück, als etwas Erhaltenswertem und nicht etwa rasch zu Überwindendem.

ULRICH BUSCH

Gerhard Wettig:
Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?
Die sowjetische Deutschland-
Politik 1945-1955,
Günter Olzog Verlag München
1999, 331 S. (24,80 DM)

An Ende und Anfang der DDR standen Entscheidungen, die nicht in Berlin, Hauptstadt der DDR, sondern in Moskau fielen. Gerhard Wettig, langjähriger Mitarbeiter und dann Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, hat ausgangs seiner aktiven Laufbahn, wohl auch für sein nun aufgelöstes Institut eine materialreiche Untersuchung zur sowjetischen Deutschland-Politik im ersten Nachkriegsjahrzehnt vorgelegt. Wettig, streitbarer Vertreter seiner Zunft, hat sich seit Jahrzehnten mit den sowjetischen Einwirkungen auf den ostdeutschen Satelliten beschäftigt. Im vorliegenden Buch konnte er sich nun auf eine Fülle bis 1989/90 unzugänglicher Dokumente aus den internen Führungszirkeln der DDR (einschließlich von Akten des sonst gesperrten Archivs des Auswärtigen Amtes, das die Bestände des DDR-Außenministeriums übernahm) sowie sowjetischer Quellen stützen.

Er arbeitet vier Phasen dieser Politik für den genannten Zeitraum heraus: Ost-West-Kooperation 1945-1947; Aufbruch und Entfaltung des Kalten Krieges 1947-1949; Kampf um Deutschland in der ausgehenden Stalin-Zeit (1950-1952) und schließlich Übergang zur Zwei-Staaten-Politik in Deutschland und Änderung des Besatzungsregimes in der DDR ab 1953.

Das Buch hinterläßt allerdings zwiespältige Eindrücke. Das vorgelegte Material besticht durch die Möglichkeit, zumindest partiell sowjetische Entscheidungsprozesse transparent zu machen, die Arbeit an unterschiedlichen, auch konkurrierenden Konzepten im Machtapparat Moskaus zu erkennen. Überzeugend entwickelt Wettig die Überlegungen Berijas nach Stalins Tod in den Auseinandersetzungen 1953 um eine neue sowjetische Politik gegenüber Deutschland und insbesondere der

DDR. Er zeigt wohl zutreffend, daß dies gemeinsame Überlegungen – bei unterschiedlichen Akzentuierungen – der Mehrheit der sowjetischen Führung waren und die Beschuldigung, daß Berija die DDR dem Westen überlassen wollte, eher eine Verschleierung der aus der machtpolitischen Konkurrenz in Moskau und der neuen Lageanalyse erwachsenen Auseinandersetzungen war als daß sie wirklich substantiellen Inhalt hatten.

Die Kernüberlegung Wettigs findet sich erst auf der letzten Seite seiner Monographie. Für ihn war das »jahrhundertelange Dilemma« Deutschlands seine »entscheidend wichtige geostrategische Position in der Mitte Europas« und die Tatsache, daß es »zudem eine Macht (ist,) deren Potential die Ressourcen der anderen europäischen Länder (von der Randmacht Sowjetunion bzw. Rußland abgesehen) übersteigt«. Durch seine zentrale Rolle und seine Stärke waren die Nachbarn immer anheischig, nicht »den Deutschen deren innere Angelegenheiten allein zu überlassen«. Deutschland wurde im Gefolge des 30jährigen Krieges zum »Spielball fremder Mächte und zum Schauplatz von deren Kriegen«. Nach der Gewinnung von Einheit und Stärke seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts suchte Deutschland nun wiederum den Nachbarn seinen Willen aufzunötigen. Die Politik Hitlers führte dabei in »die totale Katastrophe«. Einen Ausweg eröffnete erst die westliche Integrationspolitik, in der »die Wechselseitigkeit der Koordination und Kontrolle« als »Markenzeichen der Integration« Deutschland erlaubte, aus dem Zwang auszubrechen, »Amboß oder Hammer im Kreis der europäischen Länder« zu sein. Entscheidend ist, daß mit dem Ende des Kalten Krieges nicht nur die staatliche Einheit wiederhergestellt wurde, »sondern das vereinigte Land auch die Integrationsbindungen der alten Bundesrepublik aufrechterhält«. (S. 327)

Wenn dies das forschungsleitende Motiv ist, dann ist klar, daß der Blick für mögliche alternative Ansätze verloren geht. So kenntnisreich Wettig den sowjetischen Kalten Krieg um Deutschland beschreibt, das dringende Bedürfnis Moskaus, seine ordnungspolitischen und ideologischen Ambitionen im Osten und möglichst in ganz Deutschland durchzusetzen, so seltsam einseitig fällt diese

ganze Angelegenheit aus. Alles wird auf den schließlich eingetretenen Zustand eines Sowjetsatelliten und festen Verbündeten hin analysiert, aber nicht die lange Unentschlossenheit – und damit auch die unterschiedliche Akzentsetzung im sowjetischen Konzeptions- wie Handlungsprozeß erfaßt. Offenkundig stand in Moskau bis 1953 immer wieder die Erreichung eines neutralen, mit der Sowjetunion verbundenen, durchaus kapitalistischen Deutschlands im Mittelpunkt. Seit Rapallo hatte die Sowjetunion immer diese Konzept als Bestandteil seiner außenpolitischen Strategie vertreten und wo möglich auch versucht anzuwenden – selbst mit verbissenen ideologischen und politischen Gegnern und zu Lasten seiner eigenen ideologischen Begründungszusammenhänge. Für Wettig bleibt die Stalin-Note 1952 nur eine Finte und er sieht keinen Grund, den Westen ob einer verpaßten Möglichkeit zu schelten, die sowjetische Politik auszutesten.

Wettig muß dies in einseitiger Sicht verdrängen, wenn allein auf die sowjetischen Handlungen geschaut wird, nicht auf die auch durch den Westen mit herbeigeführte Kalte-Kriegs-Situation. Daß hier von beiden Seiten tief verwurzelte Feindbilder handlungsbestimmend wurden, daß wechselseitige Fehleinschätzungen Bedrohungsgefühl und damit Abwehrhandlungen begünstigten, spielt keine Rolle. Unabhängig davon, ob das sowjetische Interesse an einer tatsächlichen Ost-West-Kooperation als eher taktische oder strategische Zielsetzung Moskaus akzeptiert wird, bleiben zumindest die Wahrnehmungen Moskaus hinsichtlich westlicher Aktionen ungewürdigt. Moskau erscheint immer als böser Bube seit Shdanows Zwei-Lager-Rede in Szklarska Poręba 1947. Churchills Fulton-Auftritt oder die Truman-Doktrin finden keine Erwähnung, ebenso wenig die Erfahrungen mit Griechenland oder der Ausschluß kommunistischer Minister in Frankreich und Italien. Der Marshall-Plan wird allein als selbstloser Beitrag der USA zum Wiederaufbau Europas gewürdigt, ohne daß politische Ambitionen der USA eine Rolle spielten.

Wettig fragt bewußt, wie die im östlichen politischen Wortschatz verwendeten Vokabeln – Demokratie, Antifaschismus, Fortschritt usw. – im politischen und ideologischen Kontext zu

bewerten sind. Dies erhellt für eine Bewertung von Dokumenten außerordentlich. Leider verabsäumt er, diesen notwendigen kritischen Umgang mit Worthülsen auch auf das westliche Vokabular anzuwenden. Freiheit reduziert sich in allen diesen Betrachtungen auf die politische Ebene, obwohl es natürlich auch immer um die Freiheit von wirtschaftlichem Handeln und Kapitalbesitz ging. Daß es hier möglicherweise unterschiedliche Bewertungen geben könnte, daß nicht alle allein aus der Unterordnung unter Stalins Machtkalkül handelten, bleibt unberücksichtigt.

Ebenso wenig hinterfragt der Autor die Rolle der deutschen Kommunisten, die natürlich als Bundesgenossen der Sowjetunion agierten, aber auch eigene politische Ambitionen hatten – sicher nicht nur für sich und die eigene Karriere, sondern durchaus mit einem Sendungsbewußtsein, in Deutschland endlich sozialistische Verhältnisse (so, wie sie sie verstanden) einzuführen, den Faschismus und den für ihn verantwortlich gemachten Kapitalismus auszumerzen.

Interessantes Material wird zur Westarbeit der KPD bzw. SED offeriert. Er verweist auf die vielfältigen Einflußversuche, um in den westlichen Besatzungszonen und dann in der Bundesrepublik eine positive Stimmung für die sowjetische Politik herzustellen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Auch hier steht aber wieder die Frage, ob es dafür kein westliches Äquivalent gab und welche Rolle es wiederum für die östlichen Verhaltensweisen, einschließlich der massiven Repression kritischer und oppositioneller Kräfte gab.

Trotz dieser Einschränkungen ist die vorliegende Studie hilfreich, die sowjetische Politik (und bedingt die ostdeutsche und DDR-Politik) im Nachkriegsdeutschland zu erfassen. Es zeigt sich aber auch, daß der restriktive sowjetische Archivzugang immer noch hemmt. Schließlich ist ohne eine komplexe Sicht auf die Vorgänge, ohne das Aufzeigen der Handlungen aller beteiligten Seiten und die Suche nach den Motivationen der Akteure nur schwer ein ausgewogenes Bild zu zeichnen, daß nicht nur erklärt, warum 1989 das System scheiterte und zwingend die Ursachen schon bei der Gründung findet.

STEFAN BOLLINGER

Michael Ploetz:
Wie die Sowjetunion den
Kalten Krieg verlor. Von der
Nachrüstung zum Mauerfall,
Propyläen-Verlag Berlin/München
2000, 456 S. (48 DM)

Die Frage »Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor« scheint eigentlich hinlänglich beantwortet. Eine Publikation mit diesem Titel, die Michael Ploetz – ein junger Historiker, der von 1993 bis 1998 am Kriegsforschungsinstitut des Londoner King's College tätig war und jetzt Mitarbeiter des Forschungsverbunds SED-Staat in Berlin ist – verfaßte, erweckt deshalb Interesse, weil im »Waschzettel« des Buches darauf hingewiesen wird, daß es auf dem Studium von Akten aus dem SED-Archiv beruhe, aus denen sich »die Endphase des Sowjetimperiums heute minutiös rekonstruieren« lasse.

Insgesamt hat der Autor mit seiner Auswertung der Archivalien jedoch kaum etwas zutage gefördert, was eine genauere Bewertung des Kalten Krieges und der Ursachen für den Zusammenbruch der UdSSR erlauben würde. Da das SED-Archiv schon für die Erforschung des Innenlebens der SED so wenig ergiebig ist, verwundert es nicht, daß die Aussagekraft der Materialien in Hinblick auf Fragen, die ohnehin von der Führung der KPdSU und von der US-Administration entschieden wurden, noch spärlicher ist.

M. Ploetz behandelt die sowjetische Militärstrategie im Zweiten Kalten Krieg, die »Kriegshysterie« in der UdSSR, Strategie und Taktik des Friedenskampfes, die westlichen Friedensbewegungen und die Rolle der SPD, den Zerfall des Bündnisses DDR-UdSSR sowie die »Kommunistische Götterdämmerung«.

Was die Auswertung der Protokolle, Berichte und Gesprächsnotizen aus den Akten anbelangt, so fällt auf, daß sie in den Grundfragen der Einschätzung der politischen, ökonomischen und militärischen Lage nichts anderes als die seinerzeit veröffentlichten Reden und Beschlüsse der Partei- und Staatsführungen enthalten. Anders liegt es bei den internen Manöverberichten, in denen mit erstaunlicher Nüchternheit und teilweiser Selbstkritik die

Schwächen der militärischen Kräfte des Warschauer Vertrags zum Ausdruck kommen. Von Interesse sind außerdem die internen Studien der multilateralen Projektgruppe »Stern«, die 1974 von den Staaten des Warschauer Vertrags zur Erforschung der Ost-West-Beziehungen gebildet wurden. Deren Protokolle und Strategiepapiere bieten einen guten Einblick in die Fortschritte bei der analytischen Erfassung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Es wird deutlich, wie wenig diese Analysen in der Politik der Länder des Warschauer Vertrags Berücksichtigung fanden bzw. wie wenig der Warschauer Vertrag in den achtziger Jahren überhaupt noch in der Lage war, dem wachsenden Übergewicht der kapitalistischen Zentren etwas entgegenzusetzen.

M. Ploetz konzentriert sich nun allerdings nicht auf das Erfassen der komplizierten Verflechtungen von Militärpolitik und ökonomischem Wettbewerb. Irgendetwas – vielleicht die relativ geringe Ergiebigkeit der Archivalien – hat ihn dazu getrieben, sich in fast jedem Kapitel Grundsatzfragen der Politik, Weltanschauung und Geschichte zuzuwenden – und zwar durchgängig mit einem politischen Vorverständnis, das in der Ideologie der Kommunisten nichts als einen »paranoiden Wahn« (S. 329) und in ihrer Politik nichts als einen Ausdruck »paranoider Weltsicht« (S. 343) entdeckt. Über den ausufernden Gebrauch von Begriffen wie Chiliasmus, Milkenarismus und manichäisch gerät der Autor dahin, das den Kommunisten vorgeworfene Denken in einem reinen Freund-Feind-Schema selbst anzuwenden. Daß dem Streben der Kommunisten nach einem Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab eine adäquate Strategie des Kapitalismus für einen Sieg der eigenen sozialökonomischen Ordnung in der Welt entgegengestanden haben könnte, kommt ihm niemals in den Sinn. Den Kommunisten unterstellt er einen unbändigen Willen zum Krieg, der nur durch externe Faktoren eingedämmt werden konnte. »Lenins Kriegstheorie« ist ein Abschnitt von vier Seiten (S. 26-29) überschrieben. Situationsbezogenheit und genauere zeitgenössische Zusammenhänge bleiben nicht nur an dieser Stelle unerwähnt. So wird eine Rede Lenins, in der er für den Übergang zu einer Neuen Ökonomischen

Politik plädiert und das Beispiel des vergeblichen japanischen Sturmangriffs auf Port Arthur anführt, um die Notwendigkeit einer geduldigen, längerfristigen Strategie für den Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland zu begründen, von M. Ploetz als Beweis für die prinzipielle Aggressionsbereitschaft der Kommunisten herangezogen. Aus dem Satz im Programm der KPdSU: »Aus der Sicht der inneren Bedingungen braucht die Sowjetunion keine Armee«, schlußfolgert M. Ploetz: »Zugespißt formuliert, benötigte die UdSSR also nur noch deshalb eine Armee, weil es im Ausland Klassenfeinde gab, die sich ihrer Liquidierung widersetzen.« (S. 63) Aus einer gemeinsamen Feststellung von Axen und Ponomarjow über die Notwendigkeit einer längeren Friedensperiode, um die Überlegenheit des Sozialismus entscheidend ausbauen zu können, folgert M. Ploetz: »Obschon sie nicht explizit davon sprachen, legt der Begriff ›Friedensperiode‹ den Verdacht nahe, daß die finale Liquidierung des europäischen Bürgertums in einem Krieg erfolgen sollte.« (S. 333) Den eigentlichen Zweck einer Unterstützung der Länder des Warschauer Vertrags für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt sieht M. Ploetz darin, »in der kapitalistischen Ersten Welt einschneidende Wirtschaftskrisen« zu verursachen. »Der militärischen Stärke der sozialistischen Staaten« – so folgert er – »kam derweil die Aufgabe zu, die westlichen Regierungen zu zwingen, der stückchenweisen Zerstörung ihres Gesellschaftssystems tatenlos zuzusehen. Im Kontext dieser Strategie war die Entspannung nicht einmal ein Waffenstillstand, sondern ein bloßes Ablenkungsmanöver, das die Massierung der ›revolutionären‹ Kräfte so lange verschleiern sollte, bis diese gefahrlos zum Todesstoß ansetzen konnten.« (S. 129)

Es kann den Leser danach nicht mehr wundern, daß die Überlegungen der SPD für Gemeinsame Sicherheit nicht nur »gefährlich« (S. 204) waren, sondern daß deren Konstrukteur, der »überforderte« Egon Bahr (S. 237), mit seinem Verlangen nach einer »einseitigen Entwaffnung des Westens« (S. 227) schließlich zum »Kollaborateur« wurde. (S. 338, Anm. 22)

Das sehr vielschichtige Problem des militärischen Kräfteverhältnisses wird von M.

Ploetz souverän bewältigt, indem er z.B. im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Forward Based Systems den Sowjets vorwirft, sie »konnten und wollten nicht akzeptieren, daß diese US-Waffen vor allem dem psychologischen Wohlbefinden der europäischen NATO-Partner dienten.« (S. 72) Die apokalyptischen Warnungen vor der Neutronenwaffe seien unbegründet, da sie »tatsächlich für den taktischen Einsatz gegen massierte Panzerverbände gedacht« wäre. (S. 131) Der zweite Kalte Krieg habe sich zwischen einem »zerbröckelnden« Warschauer Vertrag und – man lese und staune – einem »sich rapide demilitarisierenden Westen« abgespielt. (S. 362)

Seine einseitig zugespißte Gesamtsicht hindert M. Ploetz daran, Differenzierungsansätze, die man ihm nicht gänzlich absprechen kann, zur genaueren Analyse des unheimlich komplizierten Verlaufs der Endphase des zweiten Kalten Krieges zu nutzen.

HARALD LANGE

Hans Schafranek unter Mitarbeit von Natalja Mussienko: Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil, Döcker Verlag Wien 1998, 251 S.

Die Geschichte des deutschsprachigen Exils in der Sowjetunion ist, stimuliert von der zeitweilig weitgehenden Öffnung der russischen Archive, in den neunziger Jahren in Deutschland und in Österreich breit und vielschichtig behandelt worden. Die Historiographie konzentrierte sich dabei auf die Geschichte der »erwachsenen Emigration« und sparte deren »zweite Generation« – die Kinder, die im Kindes- oder Jugendalter auf verschiedenen, manchmal abenteuerlichen Wegen ihren Eltern folgten oder allein in die Sowjetunion kamen – so gut wie aus.

H. Schafranek, der ausgewiesene Wiener SU-Exilforscher, nahm sich – zusammen mit der russischen Kollegin Natalja Mussienko – dieses bisher vernachlässigten Themas an. Das Buch gründet sich auf umfangreiche Studien in verschiedenen Moskauer Archiven

und eine Vielzahl lebensgeschichtlicher Interviews des Autors mit Überlebenden in Österreich, Deutschland und Rußland.

Es geht vor allem um Kinder der österreichischen Schutzbündler. Sie wurden, nachdem der antifaschistische Aufstand in Wien vom Februar 1934 niedergeschlagen worden war und viele der Teilnehmer den Tod fanden oder in Gefängnisse kamen, von der Internationalen Roten Hilfe (IRH, russ. MOPR) und der Roten Hilfe Österreichs (RHÖ), ohne die Eltern und zumeist illegal, in die Sowjetunion geschleust, wo für sie in Moskau ein Heim – eben das Kinderheim Nr. 6 – eingerichtet wurde. Schafranek zeichnet die Geschichte dieses Heimes, in das auch einige deutsche Kinder kamen, nach und konzentriert sich auf die dirigistischen und indoktrinierenden Seiten der Erziehungsmethoden dort; das Bild des eigentlichen Heimlebens bleibt dahinter blaß und vermag die »positiven Erinnerungen an das Kinderheim« (S. 78) bei den meisten seiner Bewohner, auch der später Befragten, nicht zu erklären.

Den Schwerpunkt legt der Autor auf die späteren Lebenswege der Bewohner und Mitarbeiter des Heimes – im letzten Teil auch anhand von sechs biographischen Einzelstudien – bis in die Nachkriegszeit hinein. Die fast durchweg tragischen Schicksale – nicht wenige endeten mit dem Tod durch Erschießen und Lagerhaft in der UdSSR – sind zutiefst berührend. Und sie widerspiegeln die widersprüchliche Geschichte der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts: die tätige Solidarität kommunistischer (oder kommunistisch dominierter) Organisationen – und die Instrumentalisierung von einzelnen und Gruppen, auch der Kinder, im Interesse der sowjetischen Politik (z.B. im Zusammenhang des Stalin-Hitler-Paktes 1939), die schließlich die kommunistische Idee und die sozialistische Praxis pervertierte.

Die durchgehend kritische Tonlage gegenüber solchen Organisationen wie die IRH bzw. der Komintern und den ihr angeschlossenen Parteien ist berechtigt: Sie ließen sich instrumentalisieren und übernahmen im Zuge dessen den persönlichkeitsnegierenden Umgang mit ihren Mitgliedern und deren Kindern. Dafür enthält das Buch erschreckende Beispiele (u. a. das Schicksal des deutschen

Pädagogen Fritz Beyes, S. 92-114, und die o. g. sechs biographischen Studien, S. 143-206). Dennoch scheint ein differenzierteres Herangehen an Geschichte und Wirken z. B. der IRH angebracht: Sie, überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, half in wirklichen Notlagen, auch den Kindern, um die es hier geht, was Schafraneks Darstellung mehr mittelbar als direkt zu entnehmen ist, so aus dem Abschnitt »Familiengeschichtlicher Hintergrund der emigrierten Schutzbundkinder« (S. 22-30).

Das trifft auch für einzelne Spitzenfunktionäre der MOPR (und viele ihrer namenlosen Helfer) zu, so N.N. Scharonow (von Schafranek nur in einer Fußnote beiläufig erwähnt), der sich nachweisbar für in NKWD-Heime verbrachte Kinder verhafteter ausländischer Kommunisten eingesetzt hatte und dem offensichtlich die schnelle Lösung des von Schafranek beschriebenen Problems, die Rückkehr eines der Kinder 1947 nach Österreich betreffend (S. 191), zu danken war.

Der Autor wendet sich ein weiteres Mal dem großen antisozialistischen Terror der Jahre 1937/1938 zu, der mit der vom NKWD konstruierten »Operation Hitlerjugend« auch die damals in Moskau lebenden österreichischen und deutschen Jugendlichen mit voller Wucht traf. Die Materialien dazu hatte N. Mussienko zusammengetragen (vgl. Neues Deutschland vom 28. August 1995 und Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 1, 1996). Schafranek konzentriert sich besonders auf den verbrecherischen Mechanismus der Terrorpraxis, deren Achse absurde Vorwürfe, Lüge, Dokumentenfälschung und Folter bildeten. (In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß das vom Autor auf S. 108 mit einem Fragezeichen versehene »Geständnis« H. Schinkels, F. Beyes sei »antisowjetisch eingestellt«, einem mit Sicherheit von den NKWD-Vernehmern gefälschten Protokoll entstammt, das keine einzige eigenhändige Unterschrift Schinkels enthält, sondern nur seinen maschinenschriftlich eingetragenen Namen.) Anhand der NKWD-Akten verfolgten N. Mussienko und H. Schafranek die weiteren Schicksale der verhafteten und gefolterten Jugendlichen: Mehrere wurden erschossen, die anderen kamen in Arbeitslager, nur wenige überlebten.

Auch die Lebenswege derjenigen, die der Terror nicht unmittelbar getroffen hatte, waren – seit dem 22. Juni 1941 überschattet vom Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion und der übermenschlichen Anstrengung des Krieges – schwer. Einige der Jugendlichen wurden in die sogenannte Arbeitsarmee (Trudarmija) verpflichtet, deren Bedingungen sich kaum von den Strafearbeitslagern unterschieden hatten – und überlebten diese nicht.

Bei der Darstellung der entbehrungsreichen Lebensbedingungen der übrigen Emigranten und ihrer Kinder sollte nicht unerwähnt bleiben, daß diesen Bedingungen, den nicht selten tödlichen Hunger eingeschlossen, die gesamte sowjetische Bevölkerung ausgesetzt war – und die Hauptursache dafür war der vom faschistischen Deutschland angezettelte Krieg.

Das Buch reiht sich ein in die Historiographie des sowjetischen Stalinismus und erhält ein besonderes Gewicht als Beitrag zur »Vermenschlichung« der Geschichte, indem es auf Lebensläufe einzelner – in diesem Fall einer Gruppe von Kindern und Jugendlichen – aufmerksam macht, was in der bisherigen Geschichtsliteratur – in Ost und West gleichermaßen – weitgehend vernachlässigt wurde.

ULLA PLENER

Gerhard Kaiser:
Rußlandfahrer.
 Aus dem Wald in die Welt.
 Facharbeiter aus dem Thüringer
 Wald in der UdSSR 1930-1965
 WAGE-Verlag Tessin 2000,
 260 S. (15 DM)

Bei der Industrialisierung der Sowjetunion folgte die KPdSU unausgesprochen Trotzki's Idee von einer »ursprünglichen Akkumulation« – mit äußerster Brutalität. Die durch die Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln freigesetzten Bauern, zumeist Analphabeten, waren allerdings nur zu einfacheren Arbeiten einsetzbar. Um den schnell spürbaren Facharbeitermangel zu beheben, bediente sich die KPdSU deshalb der Kommunistischen Internationale, besonders der KPD. Ab 1928 wurde die Einwanderung von deutschen Facharbeitern forciert.

Gerhard Kaiser beschreibt das Schicksal thüringischer Facharbeiter – viele von ihnen Mitglieder und Sympathisanten der KPD –, die die Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in der Sowjetunion eine Alternative sehen ließ. Sie gehörten zu den 20000 Ausländern, die mit ihren Familien bis 1932 dem Ruf folgten, am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen. Kaiser wählt den »Blick von unten«, er folgt dem Schicksal einzelner Familien, darunter Werkzeugmacher aus Suhl und Glas- und Thermometermacher aus der Ilmenauer Gegend, die oft unter schwierigsten Bedingungen Betriebe in der UdSSR aufbauten.

Auf dem NKWD-Gelände in Butowo bei Moskau wurden zwischen 1936 und Anfang der vierziger Jahre 20 765 Menschen erschossen und in Massengräber verscharrt, unter ihnen viele Thüringer, die meisten am 28. und 29. Mai 1936 (in Anhang sind die Namen und Schicksale der Auswanderer aufgelistet).

Andere Thüringer lieferte die Sowjetunion an Deutschland aus oder schickte sie in Lager. Beide Wege führten viele Opfer direkt in den Tod. Kaiser schreibt gegen das Vergessen an – ohne alle Polemik. Was bei diesem Thema keineswegs selbstverständlich ist.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Harald Werner (Hrsg.):
Zwischen Staat und Markt.
 Der öffentlich geförderte
 Beschäftigungssektor,
 VSA-Verlag Hamburg 1999,
 202 S. (29,80 DM)

Crossover:
**Regionales Wirtschaften als linke
 Reformperspektive,**
Westfälisches Dampfboot
Münster 2000, 228 S. (29,80 DM)

Beide Bücher widmen sich verwandten und sich teilweise überschneidenden Themen. In dem von Harald Werner herausgegebenen Buch geht es im engeren Sinne um den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Im Crossover-Buch ist der ÖBS eingebettet in Analysen und Vorstellungen über regional-

wirtschaftliche Steuerung. Damit wird auch deutlich, welche Diskussionszusammenhänge den Aussagen beider Bücher zugrunde liegen: Harald Werner bezieht sich auf den, von ihm wesentlich selbst geprägten PDS-Diskussionszusammenhang um die PDS-Bundestagsfraktion mit wenigen Ausnahmen. Dem Crossover-Buch liegt ein ca. zweijähriger parteiübergreifender Diskussionsprozeß von linken Grünen, SozialdemokratInnen und demokratischen SozialistInnen zugrunde. Damit ist erklärt, daß in Harald Werners Buch eine relativ einheitliche Sichtweise auf die Problematik (bis auf den Beitrag von Helmut Holter) zugrunde liegt, während im Crossover-Buch unterschiedliche Ansätze anzutreffen sind.

Von zentraler Bedeutung im erstgenannten Band ist der von Harald Werner zusammen mit Matthias W. Birkwald und Heidi Knake-Werner geschriebene Beitrag »Vom Beschäftigungsprogramm zum Umbaukonzept« (S. 98-111), in dem sie nochmals ihre Vorstellungen vom ÖBS entwickeln. Die zentrale Idee für den ÖBS sei, die »Selbstorganisationsfähigkeit« der Gesellschaft zu fördern. Es gehe darum, neue alltägliche Basisbeziehungen zu schaffen, um die schwächer werdenden Einflüsse von Familien, Nachbarschaft und Betrieb auszugleichen. Die AutorInnen meinen, der ÖBS könnte »die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass nichtkommerzielle Eigenaktivitäten alltagsnahe Kooperation und soziales Miteinander jenseits von Markt und Staat neu entstehen« lassen. (S. 84) Freiwillige Zusammenschlüsse sollen durch qualifizierte Hauptamtliche unterstützt werden oder Serviceleistungen für Initiativen, Vereine und Selbsthilfegruppen, aber auch für ehrenamtliches Engagement in Politik und Gewerkschaft zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt ein schlüssiges Konzept, das im einzelnen aufgeschlüsselt wird.

Andererseits bleiben Fragen offen. So wird das Verhältnis zum traditionellen zweiten Arbeitsmarkt sehr ungenau oder kaum beschrieben. Er soll »zur Ausgangsbasis eines völlig neuen Sektors« gemacht werden. (S. 70) Auch das Verhältnis zur Privatwirtschaft und den jetzt agierenden Sozialverbänden u.a. wird kaum thematisiert. Zwar wird der Zusammenhang zu anderen Feldern der Sozialpolitik beschworen, aber die finanziellen Konsequenzen

werden nicht in den Zusammenhang mit anderen sozialpolitischen Forderungen der PDS gestellt. Zur Finanzierung wird einerseits richtig nachgewiesen, daß man die Selbstfinanzierungseffekte nicht überschätzen dürfe. Andererseits aber ist es eine tiefe Illusion zu glauben, der vorgeschlagene Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben auf zentraler Ebene würde keine große Bürokratie nach sich ziehen. Aber offenbar hängen diese Illusionen damit zusammen, daß die AutorInnen auch beim Non-Profit-Sektor unbedingt eine »gesamtgesellschaftliche Planung und Kontrolle« einführen wollen. (S. 89)

Aber all diese Fragen des Rezensenten sind ohnehin nicht relevant, weil die AutorInnen davon ausgehen, daß der von ihnen konzipierte ÖBS ohne einen neuen Verteilungskompromiß und eine gerechtere Einnahmepolitik bei Steuern und Sozialabgaben (u.a. Wertschöpfungsabgabe) sich nicht realisieren lasse. Unter diesem Gesichtspunkt bleibt ein solcher Sektor eine schöne Idee und man kann sich die ganzen Modellversuche im Osten sparen.

Offenbar wollen die AutorInnen mit diesem Sektor zu viel erreichen (gesamtgesellschaftliche Umwälzung, S. 95). Dadurch verlieren sie den Blick für das Mögliche. Das liegt u.a. daran, daß sie völlig überzogene Einschätzungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation vornehmen. So stellen sie die These auf, daß die soziale Reproduktion der Gesellschaft nicht mehr gewährleistet sei. Auch gehen sie der Vorstellung nach, der öffentliche Sektor müsse expandieren und lehnen die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungen an private Unternehmen generell ab. Das bedeutet eine klare Absage an die Eigentumsvielfalt und offenbar auch eine Absage daran, daß ÖBS-Projekte sich einmal selbst finanzieren und am Markt erfolgreich teilnehmen sollten.

Anderere Positionen, wie z.B. die von W. Brüggem (siehe Crossover-Buch) werden mit der agitatorischen Keule erschlagen. So wird ihm unterstellt, er bemerke nicht, »dass hinter der theoretischen Markttheorie die schmutzige Praxis der Profitmaximierung« stehe. (S. 78) Drei Seiten später wird aber (mit Uwe Klett) positiv vermerkt, daß die Kommune selbst nicht Träger von Projekten der sozialen Infrastruktur sein müsse.

Joachim Bischoff konstatiert eine »tiefe gesellschaftliche Krise in den kapitalistischen Metropolen«. Diese weitreichende Position untersetzt er nicht länger. Er vertritt die These, daß »nur in einer Kombination von Wirtschaftssteuerung, Erneuerung des Sozialstaates und einem neuen gesellschaftlichen Rahmen für den dritten Sektor« diese Krise zu überwinden sei. (S. 56) Ausgehend davon meint Bischoff, daß eine Entwicklung des dritten Sektors ohne gleichzeitige Reform des Sozialstaates unrealistisch sei. (S. 53) Er begründet diese Position damit, daß es eine Gemengelage des zivilgesellschaftlichen Geflechts von Verbänden, Vereinen, Stiftungen etc. mit der politischen Struktur des Gemeinwesens einerseits und den überlieferten Verteilungsverhältnissen und Umverteilungsströmen andererseits gebe. Zudem stelle auch die Überschneidung von öffentlichem Sektor und Teilen der Non-Profit-Organisationen ein gewichtiges Hindernis dar. Außerdem gebe es auch deshalb eine große politische Zurückhaltung dem Non-Profit-Sektor gegenüber, solange die Expansion des Non-Profit-Sektors mit einem Abbau von Leistungen und Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst verbunden sei.

Der Autor will »eine neue Mischung von freiwilliger Tätigkeit und bezahlter Erwerbsarbeit« im Dritten Sektor erreichen. (S. 64) Er erläutert aber nicht, in welcher Weise das geschehen könne. Aber genau auf die konkrete Ausformung kommt es an, um sich von anderen Vorstellungen aus verschiedenen Lagern abzugrenzen. Zuzustimmen ist seiner Position, daß es darauf ankomme, eine neue (Klassen?)-Koalition zwischen Lohnabhängigen und zumindest relevanten Teilen der sozial Ausgegrenzten herzustellen. Dabei könne die Anerkennung der Vielfalt der bürgerlichen Vereine und Organisationen zum einen und die steuerliche Förderung und finanzielle Subventionierung des Dritten Sektors Voraussetzung für einen Aufschwung in der sozialen Integration und eine neue Qualität des gesellschaftlichen Konsensus schaffen.

Helmut Holter begreift den ÖBS als eine arbeitsmarktpolitische Strategie zur Verbesserung der Kooperation regionaler Akteure, die gemeinsam dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungssituation und einer zukunftsorientierten Gestaltung der Region verpflichtet

sind. (S. 138) Im Unterschied zu anderen geht er auf den Zusammenhang von ÖBS und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ein (ähnlich wie im Beitrag von Uwe Kremer und Benjamin Mikfeld im Crossover-Buch). Anders als in den Beiträgen von Harald Werner u.a. sieht Holter in Wettbewerb und Kooperation zwei Antriebslogiken im Prozeß der Entstehung und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, wenn man sie nicht auf Vereinfachungen reduziere. (S. 137) Holter betont auch, daß ÖBS in Mecklenburg-Vorpommern durchlässig zum ersten Arbeitsmarkt sein müsse. Holter geht es auch um die Auflösung der strukturpolitisch defensiven Addition individueller Leistungsansprüche und deren Überführung in gemeinnützige Projekte.

Der Vorteil von Holters Beitrag liegt darin begründet, daß er nicht isoliert auf den ÖBS starrt, sondern ihn in die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und Mechanismen auf Landesebene einbettet.

Genau diese breitere Sicht durchzieht die Mehrheit der Beiträge im Crossover-Buch, obwohl hier sehr unterschiedliche Positionen ausgeführt werden. Im Eingangsbeitrag grenzen sich Uwe Kremer und Benjamin Mikfeld von der gängigen wirtschaftspolitischen Alternative (Angebotsorientierung contra Stärkung der Binnennachfrage) ab. Eine solche Sichtweise verschleie sich dem strukturellen Problem, daß wir es mit einer gespaltenen ökonomischen Entwicklung zu tun hätten, »die in der Tendenz auf eine Entkoppelung der Akkumulationsdynamik des Exportsektors vom Binnensektor hinausläuft«. (S. 18) Während nach wie vor hohe Exportgewinne erzielt würden, leide der Binnensektor unter einer stagnierenden Nachfrage und darunter, daß ihm die Rationalisierungserfolge der hochproduktiven Sektoren vermittelt über wachsende Arbeitslosigkeit und entsprechend steigende Lohnnebenkosten aufgehalst werden.

Von dieser Position ausgehend, leiten die Autoren ihre Grundthese ab: »Erforderlich ist ein gesamtwirtschaftlicher Transfermechanismus, der die Produktionsgewinne des Exportsektors zum Aufbau von qualifizierter Beschäftigung im Binnensektor nutzt«. Hier plädieren die Autoren für eine Verbindung von Verteilungs- und Strukturpolitik, vor allem sprechen sie sich für eine differenzierte Bela-

stung durch Steuern und Abgaben aus und wollen einen Fonds »Nachhaltige Regionalentwicklung« bilden. Die höhere Belastung nicht investierter Gewinne sowie hoher Geldvermögen und ihrer Erträge können Mittel für diesen bundesweiten Fonds bilden. Die Autoren plädieren für eine konsequente Einbindung der Arbeitsmarktpolitik in das Modell der integrierten Regionalwirtschaft.

Willi Brüggens geht ebenfalls von dem blockierten Werttransfer der Weltmarktindustrien zu den regionalen Wertschöpfungsketten aus. Seine These lautet: Von den großen Konzernen müsse man lernen, um diese Blockade aufzubrechen und »geplante Märkte« in der Regionalökonomie schaffen. Brüggens betrachtet ausführlich neue Entwicklungsprozesse in den Konzernen und schlußfolgert, daß diese Prozesse für die Regionalökonomie zu nutzen seien. Es gehe darum, »neue qualitativ gezielte Transferprozesse zu organisieren, ohne dabei auf Bürokratie, Kontrolle und Bevormundung zurückgreifen zu müssen«. (S. 86) Was angeboten werde, entscheide die Politik. Die Frage, wer diese Leistungen am qualitativ besten, am effizientesten und am kundenfreundlichsten erbringt, bleibe dem Marktmechanismus überlassen. Die Politik müsse sich die Entscheidung darüber vorbehalten, welche Leistungen gefördert werden sollen und welche Kriterien die Leistungsanbieter erfüllen müssen, damit sie in den Genuß dieser Förderung kommen. Es würde so keinen Interessengegensatz zum privaten Handwerk und zu öffentlich geförderten Beschäftigungsinitiativen geben. Ein Niedriglohnsektor und eine Aufspreizung des Lohngefälles würde vermieden.

Diesen Problemlösungen steht Reiner Schiller-Dickhut skeptisch gegenüber. Er meint, daß die Trennung von Auftragsvergabe (Politik) und Auftragnehmer eine Illusion sei. Es würde nicht weniger bürokratisch sein, weil andere Ineffizienzen und Bürokratien entstehen würden (zusätzliche Kontroll- und Steuerungsmechanismen für Anbahnung, Vereinbarung, Koordination und Kontrolle von Tauschaktivitäten). Es entstünden eventuell niedrige Beschaffungskosten, aber dafür höhere Transaktionskosten. Warum dann nicht gleich konsequent die Verwaltungen und öffentlichen Betriebe reformieren, statt sich

durch die Ausschreibungsverfahren und die Übertragung der Aufgaben an Dritte zusätzliche Glieder im Steuerungsmodus einzubauen.

Offen bleibt aber, auf welchen Wegen er den öffentlichen Sektor reformieren will, daß diese bessere Effekte erzielen. Andererseits kann man ihm gut folgen, wenn er zwischen personenbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und Kultur einerseits und infrastrukturbezogenen Aufgaben mit den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation, Abfall und Abwasser (Kommunalwirtschaft) unterscheidet. Brüggens Modell mache zwar im ersten Bereich Sinn, aber nicht im zweiten. Dort hätten die Bürger ohnehin nicht die Möglichkeit, sinnvoll zwischen verschiedenen Angeboten zu wählen. Im öffentlichen Nahverkehr seien hingegen Ausschreibungen durchaus sinnvoll.

Gerade diese Auseinandersetzung ermöglicht es, unterschiedliche Konzepte zu vergleichen. Relativ unabhängig von dieser Debatte sind die Beiträge zum ÖBS. Diese wiederum sind deutlich gespalten in Theoriebeiträge (Harald Werner, Frieder Otto Wolf) auf der einen und den Beiträgen, die auf praktische Veränderungen (PDS-Erfahrungen in ostdeutschen Ländern) zielen. Aber auch dort gibt es unterschiedliche Ansätze. Nach dem Lesen der Beiträge stellt sich deutlicher die Frage, ob es einen in großem Umfang aufgebauten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als die Alternative für mehr Beschäftigung überhaupt geben kann, der nicht von unten wächst. Deshalb konzentriert sich die Debatte offenbar auch mehr und mehr auf Modellversuche und auf eine Überwindung der Mängel von AMB. Eine organische Einbettung in die Regionalökonomie, die zwar in den verschiedensten Beiträgen gefordert wird, ist offenbar kaum ausführlicher bzw. organisch entwickelt.

Auffallend ist auch der unterschiedliche Blickwinkel zwischen den verschiedenen Beiträgen: Während die einen ihren Zielpunkt auf mehr Effizienz und auf eine andere Organisation der regionalen Ökonomie legen und die Schaffung von Arbeitsplätzen nur indirekt eine Rolle spielt, gehen die andern zu kurzschlüssig nur von der Arbeitsplatzfrage aus und nehmen die strukturellen ökonomischen Fragen kaum oder nicht in ihre Betrachtung auf. Wenn man auch das Nebeneinander ver-

schiedener Debattenlinien bemängeln kann, so hat das Buch doch u. a. den Vorteil, daß es dieses Nebeneinander offenbart und den Blick der jeweiligen Akteure bzw. Theoretiker auf die anderen Sichtweisen öffnen kann. Noch wichtiger ist es, sich beide Bücher zusammen als Lektüre vorzunehmen, um einen Überblick über den Debattenstand aus den verschiedenen Diskussionszusammenhängen zu erhalten.

HORST DIETZEL

Jonathan Strom:
Orthodoxy and Reform: The
Clergy in Seventeenth Century,
 Beiträge zur historischen
 Theologie 111,
 Mohr Siebeck Tübingen 1999,
 282 S. (168 DM)

Strom, der 1987/88 als Fulbright-Stipendiat und später (1992/94) in Rostocker Archiven forschte, versucht, theologische und religiöse Entwicklungen innerhalb der kirchlichen Reformbewegung des 17. Jahrhunderts in Beziehung zu setzen zum sozio-politischen Umfeld von Stadt und Region. Dadurch entsteht ein vielschichtiges Bild von der herrschenden lutherischen Orthodoxie am Vorabend des Pietismus mit seinem Schwerpunkt der persönlichen Frömmigkeit, aber auch von Selbstverständnis und Funktion der Rostocker Geistlichkeit.

Das Buch steckt voller Fakten und Anschauung, immer um historische Fairneß nach allen Seiten bemüht, zum Beispiel auch gegenüber jenen Akteuren, die noch von den schrecklichen Ereignissen des Hexenwahns erfaßt werden, der in dieser Zeit zwar nicht mehr als Epidemie, aber auch einzeln noch entsetzlich genug wütete.

Schwerpunkt der Untersuchung bilden im weitgespannten Rahmen die Auseinandersetzungen zwischen dem Rat der Stadt und den Rostocker Pastoren (sogenanntes »Geistliches Ministerium«) im 17. Jahrhundert – rund hundert Jahre nach einer Abstimmung mit den Füßen, die die Menschen zu biblisch orientierten Predigern und zur offiziellen Einführung der Reformation in Rostock geführt

hatte. Wer hatte nach dem 30jährigen Krieg das Sagen in der Stadt und wer hatte das Recht dazu?

Strom setzt ein mit einem Fall im November 1648, in dem Joachim Harmes wegen Ehebruchs aus der evangelischen Kirche exkommuniziert wurde, also aller sozialen Kontakte verlustig ging. Als Harmes drei Sonntage später sein Bedauern erklärt, wird er wieder in die kirchliche Gemeinschaft aufgenommen und dem herzlichen Entgegenkommen ihrer Mitglieder empfohlen mit der Auflage an diese, ihm sein Vergehen nicht mehr vorzuhalten. Der Rat der Stadt ist empört. Seiner Meinung nach hätte er nämlich zuvor als erstes und vornehmstes Mitglied der örtlichen Kirche in einem solchen Rechtsfall konsultiert werden müssen. Der mecklenburgische Herzog selbst schränkt schließlich die Möglichkeiten der sozialen Sanktionen durch das Geistliche Ministerium ein.

Dieser erste Bann im 17. Jahrhundert veranschaulicht nach Strom ein neues Bemühen des evangelischen Klerus um spirituelles und moralisches Leben der Gesellschaft nach den Zerstörungen des 30jährigen Krieges. Der städtische Rat, der großen Einfluß auf die Besetzung der Pfarrstellen hat, versteht sich wegen seiner juristischen Kompetenzen durchaus als Herr der Kirche, wohingegen die Pastoren lediglich Diener derselben seien.

Auch später bleiben alle Bemühungen um einen Ausgleich zwischen Rat und Ministerium erfolglos. Die Reformbewegung möchte mit der evangelischen Erneuerung durch die Reformation Luthers fortfahren, weshalb es ihr vor allem um die Wahrung der Unabhängigkeit gegenüber dem Rat geht. Dabei bleibt die Kritik am eigenen Verhalten nicht aus: »Der theologische Schalk ist der subtilste. Er hat manchen Schafspelz, damit er sich bedecken kann« (Heinrich Müller, 1666).

Das Bemühen mit letztlich untauglichen Mitteln ist nur begrenzt erfolgreich. Erst später, im Pietismus, kommt es zum Zuge, hat sich selbst verändert und sucht nach anderen Wegen.

Der amerikanische Historiker Strom vermittelt der Leserschaft die Gewißheit, daß die Reformation der Kirche immer neu ansetzen muß mit in der Sache begründeten Mitteln – und (so sei hinzugefügt) die der Stadt auch.

JENS LANGER

ILJA SEIFERT

Being somewhat imperfect –
Deliberations on the image of Man

Recent developments in bio-technology – lately demonstrated by the achievements in the Human Genome Project – tend to alter our traditional image of Man as a somewhat imperfect being. The improvement of human genetic codes appears not only as a possibility but a desirability. As this perspective progressively enters the realm of possibility, it simultaneously challenges democratic social movements whose objectives are to establish a socialist society. Which image of the human being should they sustain under the impression created by the present results of »successful« bio-genetic engineering in natural sciences? The author – who is himself a handicapped person– strongly pleads for a firm rejection of all delusions that try to make us believe that every possible innovation perceived as being within reach, must be accomplished. Rather than submit to so-called »technological imperatives« – in most cases simply »efficiency driven«, the most important goal should be to make all spheres of social life accessible to all human beings, each, in his on way, being somewhat imperfect.

BIRGIT ROMMELSPACHER

PDS and Feminist Policy – is there a Contradiction?

Analysing recently presented contributions to the ongoing programmatic debate, the author points out a considerable discrepancy between theory and praxis, in regards to the prevailing concepts of feminist policies. She points specifically to an apparent lack in analyses of social power structures and systems of rule. The social position of women and the specific forms of exploiting their labour are structurally rooted both in how they are involved in the material production and in their cultural-symbolic status in private life: The author admits the existence of considerable differences between East and West Germany. Another discrepancy – that will definitely be accentuated with globalization – exists between native and migrant women. Therefore, the author pleads for »critical feminism« that looks not only forward – to from whom women should emancipate themselves – but also takes a retrospective look – to at whose expense will women emancipate themselves.

HANS-GERT GRÄBE

Rethinking socialism today – the »open source project«

Current deliberations about socialism as a particular social formation should – according to the conviction of this author, who works as an expert in information technology – go back to the famous quote of Karl Marx, that the »germ of the new social structure will develop within the old capitalist society«. One of the most astonishing developments in this regard can be witnessed inside the field of computer software where the monopolistic giant Microsoft now is seriously challenged by the competition of the Linux-community.

While Microsoft is strongly a ›copyright‹ orientated corporation, that tries to maximise profits, not least, through its commercial licence policy, Linux is a ›copyleft‹ project in which the expertise of thousands of software specialists all over the world is consolidated to develop both a low-priced and stable performing disc-operating-system and programmes for all sorts of users. The driving forces behind Linux are two aims: First, this project is regarded as a means of democratising technological progress because it makes access to high tech independent of the financial status of the user. And second, the global community of software experts wants to show that (besides any profit incentive) they are capable of offering more intelligent solutions than a transnational corporation with nearly unlimited financial resources. In light of the debate about socialism, the existence of (and probably the growing success of) Linux can be viewed as evidence that within a capitalist environment there are always islands of solidarity and efficient resistance against the purely profit orientated strategies.

HORST GROSCHOFF

What consequences do the »end of the weltanschauung [ideological] party« concept have?

The failure of state socialism has also shaken the concept of »scientific socialism« down to its roots. In the opinion of the author, the issue of an ethical justification for socialism (originally raised by Bernstein) must be re-appraised, particularly because of the indispensability of ideological tolerance in the current general functioning and developing framework of left parties and movements. This is a basic question for the PDS, still faced with its heritage of the monolithic ›weltanschauung‹ of the GDR past. In light of the party's ongoing programmatic discussion, this finally raises a number of supplementary questions particularly views on culture and religion.

MICHAEL WOLF

From »Concerted Action« to »Alliance for Jobs«

In his article, Michael Wolf discusses the structure of the so-called bargaining systems as a typically German instrument for organizing industrial relations. These systems are designed to resolve conflicts or problems by seeking compromise between the interest groups involved or their representatives through bargaining. The article focuses on the »Alliance for Employment«, its background, and the endogenous and exogenous conditions and scenarios affecting its success or failure. It begins with a brief analysis of an analogue historical campaign called »Concerted Action« but goes on to describe the first initiative for an »Alliance« which ended in failure. This is followed by a close look at the origins, objectives and organizational framework of the current – second – »Alliance« campaign and a comparison between »Concerted Action« and »Alliance«. The article concludes with a few reflections on conditions and scenarios affecting the »Alliance's« success or failure.

Redaktion:
George Pumphrey,
Jörg Schultz,
Arndt Hopfmann

Vorankündigung

GERECHTIGKEIT ODER BARBAREI Internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung 5. und 6. Oktober 2000 in Berlin

Ein knappes Jahr nach der Blockade von Seattle und nur eine Woche nach der Tagung des *Internationalen Währungsfonds* wird die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in Berlin die Konferenz *Gerechtigkeit oder Barbarei* veranstalten. Sie soll Podium sein für

den Schrei nach Gerechtigkeit: Unrecht muss benannt werden!
die Suche nach Gerechtigkeit: Alternativen sind möglich!
den Kampf um Gerechtigkeit: Widerstand ist notwendig!

Unrecht muss benannt werden!

Die Weltgesellschaft befindet sich in einem globalen Umbruchprozess. Die relative Stabilität der Nachkriegsordnung ist in den letzten zehn Jahren einer Welle technologischer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Wandlungen gewichen, die so fundamental sind, dass mit Recht von einer »globalen Revolution« gesprochen werden kann.

Umbruchprozesse solcher Größenordnung setzen die Frage »Gerechtigkeit oder Barbarei« auf die Tagesordnung. Nicht sog. Sachzwänge entscheiden über die Zukunft, sondern Menschen und die von ihnen geschaffenen Organisationen. In sozialen Umbrüchen werden Rechte und Pflichten, Ansprüche und Anrechte, Chancen und Gefahren grundlegend neu verteilt. Konträre Auffassungen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit stoßen aufeinander. Sie müssen sich am Schicksal jener messen, die durch die gegenwärtigen Ordnungen am stärksten diskriminiert werden. Wirtschaftliche, politische, kulturelle und auch militärische Macht wird eingesetzt, um den Verteilungsprozess zu beeinflussen. Was bedeutet dies für das Leben jener, die über wenig oder keine Macht verfügen?

Die bisherigen Ergebnisse der globalen Umwälzung sind dramatisch: 348 Menschen besitzen soviel Geld wie 2,7 Milliarden. Jeden Tag verhungern allein in Afrika 51 000 Kinder. Die globale Umweltzerstörung ist zur akuten Bedrohung geworden, von der schon heute Milliarden von Menschen schwer betroffen sind. 70 Prozent der Armen dieser Welt sind Frauen. Sie leisten weltweit zwei Drittel der Arbeit und erhalten nur ein Zehntel des Lohns. Der Wohlfahrtsstaat der westlichen Industriestaaten ist für größere Teile der Bevölkerung dauerhafter Erwerbslosigkeit oder Arbeitsleben in Armut gewichen. Der Explosion von Einkünften aus Vermögen des

oberen Fünftels stehen stagnierende oder sinkende Einkünfte aus Löhnen und Gehältern gegenüber. Unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit ist die globale Revolution zur sozialen Konterrevolution geworden.

Die Folgen des gegenwärtigen Umbruchs werden weit in das 21. Jahrhundert wirken. Um das Recht aller auf ein Leben in Würde durchzusetzen, müssen die Pflichten wie die Rechte, die Lasten und der Reichtum dieser Welt gerecht verteilt werden. Der Anspruch, daß alle Menschen ihre grundlegenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wirksam wahrnehmen und sich dadurch frei behaupten können, muß eingelöst werden. Er ist global und gilt über die Generationen hinweg. Soll ein Mehr an Gerechtigkeit hergestellt werden, so müssen die Gewinne aller vor allem Gewinne jener sein, die bisher im besonderen Maße benachteiligt sind.

Der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus war nur der Beginn großer institutioneller Veränderungen in allen Regionen und der Weltgesellschaft. Eine gerechte Gestaltung der Umbrüche der Gegenwart wird ohne eine grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnungen nicht zu vollziehen sein. Neue Machtverhältnisse und neue Formen ihrer sozialen, ökologischen und zivilen Regulierung werden zu entwickeln sein. Völlig neue Maßstäbe von Fortschritt müssen dabei durchgesetzt werden.

Alternativen sind möglich!

Der globale Umbruch hat die soziale Frage in ihren Dimensionen von Oben und Unten, Nord und Süd, Männer und Frauen, Heute und Morgen auf schärfste Weise neu gestellt. Doch liegen die alternativen Antworten nicht auf dem Tisch. Aber sie können und müssen gefunden werden. Dabei stellen sich viele Probleme. Einige seien genannt:

Ist das Argument der Standortsicherung als Scheinzwang entlarvbar? Welche Handlungsalternativen innerhalb der sozialen Sicherungssysteme bestehen? Wie lassen sich diese mit selbstbestimmten und geschlechtergerechten Arbeits- und Lebensstrukturen verbinden, die dazu beitragen, die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsteilung im Erwerbs- und Hausarbeitsbereich aufzubrechen? Wie kann der neueren Entwicklung der vermehrten hierarchischen Arbeitsteilung unter Frauen begegnet werden? Bedeuten Konzepte von Grundsicherung die Utopie im Realen oder dienen sie lediglich zur Legitimierung von Billiglöhnen? Ist eine Grundsicherung im weltweiten Kontext zu rechtfertigen, oder bedeutet sie die weitere Abschottung der »Festung Europa«? Kann eine Wirtschaftstheorie Grundlage bleiben, welche Nutzen mit Geld gleichsetzt anstatt mit Glück in seinen vielfältigen Aspekten?

Was können erste Schritte sein, um Ungerechtigkeiten zu vermindern oder zu verhindern? Wie können Alternativen aussehen, die realistisch sind und doch für betroffene Menschen einen Unterschied spürbar werden lassen? Geht es um das Recht

aller, effizient im Kapitalismus mitzumachen, oder um etwas darüber hinaus? Wie sind Selbstbestimmung und gerechte Verteilung zu erreichen? Wie lassen sich Umweltschutz und Produktion vereinbaren, ohne zu einem weiteren Machtinstrument des Nordens über den Süden zu werden? Wo werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Geschlechtes benachteiligt? Was bedeutet es für Demokratie, wenn Macht und Ohnmacht so ungleich verteilt sind? Und was für das Gesicht der Welt, wenn von den hundert größten Wirtschaftseinheiten der Welt mehr als die Hälfte nicht Länder, sondern transnationale Konzerne sind? Fallen Hunger, Unterernährung, fehlende Bildung und Gesundheitsversorgung, Arbeitslosigkeit von Milliarden von Menschen weiterhin unter den Kollateralschaden einer Gesellschaft, welche Verwertung nicht von Existenzberechtigung trennen kann? Glauben wir an M. Thatchers Devise »TINA« – There Is No Alternative? Oder werden nicht doch Utopien und Visionen einer gerechteren Welt gebraucht?

Widerstand ist notwendig!

Die Konferenz *Gerechtigkeit oder Barbarei* steht in der Tradition des leidenschaftlichen Engagements von Rosa Luxemburg für die Verbindung von Gleichheit und Freiheit. Wie kaum eine andere in Deutschland hat sie sich gegen den heranziehenden Weltkrieg gewandt, dessen Folgen das ganze zwanzigste Jahrhundert geprägt und die Entstehung totalitärer Diktaturen ermöglicht haben. Frühzeitiger als viele andere hat sie davor gewarnt, der »großen Gleichheit« die Freiheit zu opfern. Mit ihrem Leben hat sie dafür bezahlt, dass sie sich mit dem Bündnis zwischen deutschem Militarismus und entstehender deutscher Republik nicht abfinden wollte.

Neu an den Demonstrationen im Zusammenhang mit der WTO und bereits zuvor mit dem nicht zuletzt an den Protesten gescheiterten Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) ist die Globalisierung des Widerstandes. Statt nach protektionistischen Lösungen zu rufen, kam es in Seattle zu einer Solidarisierung von PostgewerkschaftlerInnen aus Kanada mit Maquiladoraarbeiterinnen aus Mexiko, von Bauern aus Indien mit Stahlarbeitern aus den USA. Es formiert sich die Verknüpfung von lokalem und regionalem zu globalem Widerstand.

Der globale Kapitalismus prägt das Leben von Menschen unterschiedlicher Regionen, Ethnien, Geschlechter, Klassen. Die Präsenz dieser (oft leidvollen) Erfahrungen – welche für die Oberschicht der Welt hinter steigenden Aktienkursen und den Mauern geschützter Enklaven verborgen bleiben – soll die Konferenz prägen, weshalb aus möglichst vielen Bereichen Menschen eingeladen werden. Gleichzeitig steht dahinter die Überzeugung, dass nur im Miteinander Antworten gefunden werden können, welche es erlauben – wie die zapatistischen Rebellen im mexikanischen Urwald es ausdrücken –, eine Welt zu schaffen, »in die viele Welten passen«.

Aktuelle Informationen unter www.rosaluxemburgstiftung.de

WAS BLEIBT VON MARX?

Studienreise

vom 11. bis 13. Mai 2000

nach Frankfurt/Main und Trier

Am 11. Mai machten sich zwanzig Menschen aus unterschiedlichen Richtungen des ganzen Landes auf den Weg, um in Frankfurt zueinander zu stoßen. Die Idee zur Reise war schon im Sommer 1999 geboren worden. Die wissenschaftliche Leitung hatte Prof. Dr. ROLF HECKER, Berlin. Geplant war eine Synthese aus Ost und West, Alt und Jung, Männern und Frauen, Anhängern linker sozialistischer Politik mit Wurzeln bei Marx, geplant als kreativer Abschluss der achteiligen Seminarreihe »Das Kapital« – zur Editions-geschichte und zu grundsätzlichen Intentionen von Karl Marx und Friedrich Engels.

Zum Seminar an der Goethe-Universität Frankfurt im Studentenhaus trafen sich die Geschichtsstudentin CATHLEEN BÜR-GELT und der Informatikstudent JANIS VOIGTLÄNDER von der TU Dresden, der Promotionsstipendiat MATTHIAS REINECKE, der in metallischer Chemie an der Bergakademie Freiberg promoviert, um ihren marx-schen Horizont durch die Sicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Uni Frankfurt zu erweitern, die hier den Marx »voreingenommen, ohne den nicht unbedeutenden Ost-Klotz «DDR« am Bein aufarbeiten konnten. Da waren GUNDULA RÖHNSCH, die zum Problem der Straßenjugendlichen in Deutschland promoviert, und MARTINA WESSEL, die durch ihre Promotion zur Änderung von Geschichtslehrbüchern in Deutschland beitragen will, beide Stipendiatinnen der RLS. Teilgenommen haben selbstverständlich auch die Stipendiaten STEPHAN GRIGAT, der an der Freien Universität in Berlin und an der Universität in Wien bei Prof. Dr. EVA KREISKY zur Marx-schen Kritik des Fetischcharakters der Ware promoviert, und SABAH ALNASSERI aus Frankfurt, der zur Krise der Gesellschaftsformationen und neuen Akteuren im arabischen Raum promoviert. Da trafen zwölf Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der Karl-Marx-Gesellschaft e.V. aus Frankfurt und Umgebung mit 21 Teilnehmenden aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen. Sie alle verband eins: der Wille und der unbändige Wissensdurst zur Beantwortung der Frage – was bleibt von Marx im 21. Jahrhundert der Hochtechnologien, die weltweit überwiegen, obwohl die Indianer in Südamerika noch die einfache Warenproduktion üben, im Jahrhundert der massenhaften Ausgrenzung von mehr oder weniger qualifizierten Menschen im arbeitsfähigen Alter, im Jahrhundert der totalen

Dr. Sigrid Pfeiffer – Jg. 1956,
Diplom-Betriebswirtin
und Agrarhistorikerin,
Referentin des Studien-
werks der Rosa-Luxem-

– von Marx beschriebenen – Polarisierung. Die historische Tendenz der kapitalistischen Akkumulation fand sich zweifellos bestätigt, die Frage nach dem derzeitigen Totengräber blieb offen und konnte auch am Abend bei heißen Diskussionen in einer typischen Frankfurter Äbbelwoikneipe nicht restlos geklärt werden. Dabei standen uns hier kompetente Marx-Forscher wie HANS-GEORG BACKHAUS Rede und Antwort.

Früh am Morgen des 12. Mai ging es, durch die berühmtesten Frankfurter Staus etwas gebremst, in Richtung Trier. Wir konnten die wunderschöne Landschaft des Hunsrück genießen und dabei im Bus weiter fabulieren. Ich genoß die angeregte Unterhaltung mit unserer Stipendiatin, der Journalistikstudentin an der Universität Leipzig, ANNA LEHMANN. Es war für mich erfrischend zu erfahren: Die ostdeutsche Jugend, besonders die Frauen, hat sich auf den Weg gemacht. Sie haben sich auf den Weg gemacht, die Bedingungen der Demokratie, in der wir leben, zu nutzen. ANNA LEHMANN dürstet förmlich nach Wissen, das ihr nicht auf konservative Weise präsentiert wird. Deshalb nutzte sie die Chance der Studienreise. Bevor sie das Glück des Stipendiums der RLS hatte, jobte sie in den Semesterferien in verschiedenen Ländern, um sich ihr Studium zu verdienen. Dafür beweist sie jetzt schon mit 23 Jahren erstaunlichen Scharfblick.

Nach Trier begleitete uns auch Dr. NADJA RAKOWITZ von der Karl-Marx-Gesellschaft. Sie hat in diesem Jahr zur einfachen Warenproduktion promoviert. In Trier stießen zu uns die RLS-Stipendiatinnen aus Paris, CELINE JOUIN, die zum Verhältnis von Proudhon und Marx promoviert, und aus Siegen JANA MIKOTA, die durch ihre Promotion über Leben und Werk von Alice Rühle-Gerstel schon jetzt mit 25 Jahren eine besondere Affinität zur Historie entwickelt hat.

Ganz besonders freuten wir uns, dass sich Herr Ministerialrat Dr. MATTHIAS SCHÜTZ aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung die Zeit genommen hatte, aus Bonn herüberzukommen und den Nachmittag, Abend und den folgenden Vormittag mit unserer Gruppe zu verbringen, die zum überwiegenden Teil aus Stipendiatinnen und Stipendiaten der RLS bestand. Auch er stellte fest, dass uns mit der Zusammensetzung unserer Reisegruppe offensichtlich eine glückliche Kombination gelungen war. Die Jüngeren erhielten von den Älteren erstaunlich viele Antworten auf ihre Fragen, und das nicht nur zur Geschichte oder zur Marx-Rezeption. Die Älteren waren begeistert von der Dynamik, die die Stipendiatinnen und Stipendiaten entwickeln. Offensichtlich sehen sie hier eine Generation von jungen Linken heranwachsen, die ihr Werk möglicherweise fortsetzen werden.

Dr. SIEGFRIED RANSCH, ein Teilnehmer der Seminarreihe »Das Kapital« der politischen Bildung der RLS, war so begeistert, dass er in der darauffolgenden Woche sofort seine Bücherregale plünderte, um rechtzeitig zum Stipendiatentreffen in der RLS in Berlin alte und neue Schriften und Fachbücher aus Geschichte, Politik, Wirtschaft und Naturwissenschaft zur Ver-

fügung zu stellen. Dafür sei an dieser Stelle der Dank der Stipendiatinnen und Stipendiaten weitergegeben, die glühenden Auges stapelweise Bücher aus dem Luxemburg-Keller in Richtung Studienort schleppten.

Zurück zum Karl-Marx-Haus in Trier. Es ist im Besitz der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Hier führte uns Herr KÖNIG mehrere Stunden unermüdlich äußerst sachkundig durch die Ausstellungsräume im Geburtshaus von Marx. Auf drei Etagen wird ein Überblick gegeben über die Geschichte des Hauses, über Leben und Wirken von Marx und Engels und über die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Außerdem gibt es anhand von Miniaturmalereien einen Exkurs in die Baumwollproduktion des 19. Jahrhunderts. Ausführlich kann man nachvollziehen, wie die beiden Hauptwerke von Marx »Das kommunistische Manifest« und »Das Kapital« entstanden. Das Karl-Marx-Haus verfügt über eine weltweit einzigartige Sammlung von »Kommunistischen Manifest«-Ausgaben. Es existieren heute etwa 1200 Ausgaben in 200 verschiedenen Sprachen. Diese kleine Schrift, in der Marx und Engels in konzentrierter Form ihre Geschichts- und Gesellschaftstheorie darlegten, wurde in den vergangenen 150 Jahren von Anhängern und Gegnern immer wieder studiert. Es beeindruckt bis heute durch seine Schärfe, seine historische Perspektive und genaue Analyse, seine mitreißende Ausdrucksweise.

Die äußerst seltene Erstausgabe des »Kapital«, Band 1, ist im Karl-Marx-Haus zu sehen, natürlich auch -zig weitere Auflagen, auch vom Band 2 und 3, Ausgaben aus aller Welt. Die Erstausgabe erschien 1867 in Hamburg im Verlag von Otto Meißner in 1000 Exemplaren, geheftet, broschürt und mit einem papiernen Umschlag, um den Preis mit 3 1/3 Taler niedrig zu halten. Dies entsprach jedoch immer noch einem durchschnittlichen Wochenlohn eines Arbeiters. Es dauerte vier Jahre, bis die erste Auflage verkauft war.

Der letzte Raum der Ausstellung im Karl-Marx-Haus bietet kostbare und seltene Originale, wie Erstausgaben und Widmungsexemplare, Fotografien, Briefe, ein Band mit handschriftlichen Gedichten von Marx, 1857 seinem Vater zum 60. Geburtstag gewidmet, ebenso eine handschriftliche Volksliedersammlung von Marx für seine Braut Jenny von Westphalen aus dem Jahre 1839, Originaldokumente zur I. Internationale.

Während eines improvisierten Seminars hatten wir anschließend Gelegenheit, mit Prof. HECKER und Herrn KÖNIG aus dem gebotenen Stoff sich aufdrängende Fragen zu besprechen.

Vollgestopft mit neuem Wissen schleppte sich der müde Trupp gegen Abend zum abseits und auf dem Berge liegenden Sportjugendhotel. Nur der Gedanke an die am Abend bevorstehende Dampferfahrt auf der Mosel riss jung und alt hoch und wieder bergabwärts zum Fluss. Es war nicht zuviel gesprochen. Das Team der Firma Kolb entschädigte uns mit einem fantastischen Drei-Gang-Menü und einer wunderbaren Reise auf der Undine II stromaufwärts und stromabwärts, zum

Da das »Manifest« im Auftrag des Bundes der Kommunisten 1848 entstanden war, trug es anfangs keine Verfasseramen. Nach der Auflösung des Bundes der Kommunisten 1852 wurde das »Manifest« für fast zwei Jahrzehnte in den Hintergrund gedrängt. Erst in der Schlussphase der I. Internationale und mit der Bildung von nationalen Arbeiterorganisationen begann die weltweite Verbreitung. Wilhelm Liebknecht besorgte 1872 eine deutsche Neuauflage, die im Leipziger Verlag der Eisenacher Partei erschien und ein Vorwort von Marx und Engels enthält.

Sie hatte in Deutschland nicht die erwartete Resonanz. Als im Jahre 1872 die erste Auflage in russischer Sprache in St. Petersburg erschien, dauerte es nur wenige Monate, bis die 3000 Stück verkauft waren. Die Bände 2 und 3 des »Kapital« erschienen nach dem Tode von Karl Marx. Sie wurden 1885 und 1894 von Friedrich Engels aus den nachgelassenen Manus-

kripten herausgegeben. Den vierten Band hat Karl Kautsky von 1905 bis 1910 in drei Teilen unter dem Titel »Theorien über den Mehrwert« herausgegeben. Karl Marx hatte mehr als 3 000 Bücher und Aufsätze zur Konzipierung des »Kapital« durchgearbeitet. Vor allem setzte er sich mit den Theorien des schottischen Philosophen Adam Smith, dem Börsenfachmann David Ricardo sowie französischen Sozialisten auseinander. Marx stand ebenfalls unter dem Einfluß der deutschen Philosophen Kant, Hegel und Feuerbach. Die Theoretiker der klassischen politischen Ökonomie mußten sich nach Marx' Auffassung in Widersprüche verwickeln, weil sie die kapitalistische Produktionsweise als historisch unveränderlich ansahen. Im Unterschied dazu ging es Marx darum, die Gesetze, die diesen lebenden Organismus durchdringen, zu erkennen und zu analysieren, ebenso die Gesetze, die zu seinem Tod führen.

Beispiel unter der bizarren 2000 Jahre alten Römerbrücke hindurch. Die klare Nachtluft blies die erhitzten Köpfe wieder frei.

Die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten nutzten die einmalige Chance, Herrn Dr. SCHÜTZ ganz für sich zu haben. Er beantwortete geduldig, ausführlich und individuell alle Fragen zu Stipendien, zur ideellen Förderung, zu anderen Begabtenförderwerken. Dafür sei Herrn Dr. SCHÜTZ hier nochmals recht herzlich Dank gesagt, zumal das Studienwerk der RLS jünger als seine Stipendiatinnen und Stipendiaten ist.

Während der bis weit nach Mitternacht andauernden Gespräche und Diskussionen in der Kai-Kneipe an der Mosel wurden Pläne für künftige Seminare, Studienreisen oder Ferienakademien geschmiedet, je verwegener desto begeistrender. Warum sollten wir nicht auf den Spuren von Karl Marx in Moskau forschen? Könnten wir nicht in Paris vor dem Hintergrund der magischen Daten 1789, 1848 und 1870 mit französischen Kommunisten Phänomene des deutschen und französischen Nationalismus untersuchen? Prag oder bei Prag wäre ein sinnvolles Ambiente, um Fragen der EU-Osterweiterung im Kontext mit Globalisierung und internationaler Finanzkrise während einer Ferienakademie zu analysieren.

Am dritten und letzten Tag führte uns der Kunsthistoriker und belesene Insider WOLFGANG ALT durch das 2000 Jahre alte Trier. Er hatte selbst auf knifflige Fragen des auch an diesem Tage wieder hellwachen Publikums immer eine Antwort. Mehr als zwei Stunden lang schleppte er uns von der berühmten Porta Nigra der Römerzeit über das Wohnhaus von Karl Marx, das Kurfürstliche Palais hin zum Dom. Bemerkenswert waren die Abstecher zu Orten des antifaschistischen Widerstandes und anderen mahnenden Stätten der Jetztzeit.

Was bleibt von Marx? Für unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten STEPHANIE MAXIM, und ABDURRAHMAN GÜLBEYAZ aus Hamburg – beide promovieren zu aktuellen Themen, zur Frage von Wissen und Geschlecht, zu Fragen von migrationsbedingten Transformationsprozessen in Deutschland – bleibt Marx aktueller denn je. Für sie war diese Studienreise Anstoß, sich intensiver mit dem Werk von Marx zu beschäftigen. Sie stellten fest, dass dazu recht wenig gelehrt wird. Die Teilnehmer auch der achteiligen Seminarreihe »Das Kapital« in der RLS DIETER THIESSEN, MICHA STROTHMANN und DIETER ELSÉN, die mehrere Arbeitsloseninitiativen losgetreten haben, Dr. SIEGFRIED RANSCH und Dr. REINHOLD KOWALSKI aus Berlin und die Stipendiatinnen und Stipendiaten der RLS verbindet eins: durch Analyse der Werke von Marx und Engels die hochexplosiven Fragen der Gegenwart wenigstens teilweise wissenschaftlich fundiert beantworten zu können. Es verbindet sie die Hoffnung auf eine sozialere, ökologischere und humanere Zukunft.

Ein großes Dankeschön für die in jeder Hinsicht lehr-, ergebnis- und anstoßreiche Studienreise sei hier von den Teilnehmenden an Prof. Dr. ROLF HECKER weitergegeben, der die wissenschaftliche Leitung der Reise innehatte.

SIGRID PFEIFFER

LEERER MAGEN STUDIERT NICHT GERN

Eine Studienfahrt weiht die Teilnehmer in geschichtliche und kulinarische Feinheiten von Karl Marx' Geburtsstadt Trier ein

Der Begriff »Studienreise« birgt in sich den latenten Hintergedanken einer geistigen Anstrengung. Dieser Gedanke rückt auf die oberste Bewusstseinssebene der ermatteten Stipendiatin, die am Donnerstag, dem 11. Mai 2000, den steingrauen Campus der Universität Frankfurt/Main erreicht. Betontreppen führen vor die Tür des Seminarraums, und drinnen hat sich das Bewusstsein für drei Stunden dem Sein unterzuordnen. Karl Marx steht im Mittelpunkt der Referate und Diskussionen. Kapital, Tauschwert, Mehrwert – mehr wert wäre mir eine Tasse Kaffee, meldet sich das schwache Fleisch, und das disziplinlose Bewusstsein fügt sich fröhlich. Der Kaffee wird in der Pause eingenommen, und danach setzt sich mein leerer Kopf viel williger mit Marx auseinander. Aber den schwersten Kampf hat meine Arbeitsmoral damit schon hinter sich (leider verloren), denn fortan wird die natürliche Ordnung – erst das Fressen – dann die Moral – immer befolgt.

Im Anschluss kehren die Seminarteilnehmer in eine Frankfurter Restauration ein und verbringen den Abend mit anregenden Gesprächen bei Schlachteplatte und Äpfelwoi. Die Studienreise entwickelt sich zum ganzheitlichen Vergnügen. In den nächsten beiden Tagen studieren wir Marx' Geburtshaus, die Sehenswürdigkeiten drumherum und die lokale Küche.

Am Freitagmorgen brechen wir mit dem Bus nach Trier auf. Der Busfahrer lässt sich von unserer historischen Mission schwer überzeugen; er besteht nach zwanzig Minuten Fahrzeit auf seiner gewerkschaftlichen Pause. Wir können sie ihm im Interesse des planmäßigen Fortgangs nicht gewähren. Der Angehörige des Proletariats ist für die PDS verloren, aber wir treffen pünktlich um 12 Uhr in Trier ein.

Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der Geschichte. Zusammen mit einer Schulklasse durchforsten wir jeden Zentimeter des Hauses, in dem Klein-Marx herumkrabbelte. Herr KÖNIG, Mitarbeiter des Karl-Marx-Hauses, versorgt uns mit Hintergrundwissen. Nach diesen geistigen Höhen erklimmt die Gruppe den Pfad zum Sportjugendhaus, unserer Herberge für die Nacht. Konditionsbedingt bilden sich Vorhut, Mittelfeld und Nachhut. Das erinnert an Ausflüge mit der Schulklasse, nur die Jungs sind ein bisschen älter. Der jüngste Teilnehmer der 30köpfigen Truppe ist 21, der älteste beinahe 70. Die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte führen auch an diesem

Anna Lehmann studiert
im
4. Semester Journalistik
und
Politikwissenschaft an der
Universität Leipzig

Abend wieder zu einem fruchtbaren Austausch, der nach einer Dampferfahrt in einem Weinlokal fortgesetzt wird. Nicht nur die Zunge löst sich, auch die Gedanken, denn in dieser Runde darf man das Wort Sozialismus noch in den Mund nehmen, ohne es in rhetorische Gänsefüßchen zu setzen.

Den letzten Tag beschließen wir mit einem Stadtrundgang durch Trier. Dann fahren die nunmehr durch Trier gewanderten und in Marx bewanderten Seminarteilnehmer in unterschiedliche Richtungen mit diversen Verspätungen wieder zurück zu ihren Basisgruppen.

Sigrid Pfeiffer, die das Unternehmen generalstabsmäßig durchorganisiert hat, wird mit der Deutschen Bahn für den Finalen Sabotageakt ihrer Pläne sicher noch ein Wörtchen zu reden gehabt haben. Doch die äußere Störung schmälert den Erfolg der Studienfahrt nicht im Geringsten. Sie haftet im Gedächtnis als Ausflug, der dem geistigen und körperlichen Hunger gleichermaßen gerecht geworden ist.

ANNA LEHMANN

MARX-SEMINAR IN FRANKFURT AM MAIN

Am 10. Mai diesen Jahres fand in Frankfurt am Main im Rahmen einer Studienreise der Rosa Luxemburg Stiftung ein mehrstündiges Seminar mit Mitgliedern der Marx-Gesellschaft e.V. statt. Neben Mitgliedern der Marx-Gesellschaft nahmen daran Studien- und PromotionsstipendiatInnen der Rosa Luxemburg Stiftung sowie Teilnehmer des von ROLF HECKER geleiteten und von der RLS organisierten »Kapital«-Seminars teil.

Die Marx-Gesellschaft mit Sitz in Hamburg ist aus dem 1992/93 in Frankfurt am Main von HANS-GEORG BACKHAUS, DIETHARD BEHRENS und HANS-JOACHIM BLANK initiierten Marx-Kolloquium hervorgegangen und gehört zu den ambitioniertesten Projekten einer undogmatischen Auseinandersetzung mit der Theorie von Marx und mit an Marx anschließender Gesellschaftskritik.

Einleitend informierte ROLF HECKER über die Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe, berichtete über MEGA-Arbeitsgruppen in Japan, den USA, Frankreich und Dänemark und wies darauf hin, dass auf Grund der Aktivitäten einiger notorischer MEGA-Gegner eine offensive Unterstützung der Herausgabe der Schriften von Marx und Engels nach wie vor notwendig sei.

HANS-JOACHIM BLANK beschäftigte sich mit dem Verhältnis der Kritischen Theorie und des heutigen Frankfurter Instituts für Sozialforschung zu Marx. Er wies darauf hin, dass der Begriff »Frankfurter Schule« problematisch ist, da die zu Adornos und Horkheimers Zeiten am Institut für Sozialforschung Arbeitenden keine einheitlichen Positionen vertreten haben, was insbesondere bei den Bezügen auf die Marxsche Theorie deutlich werde. Für Horkheimer habe es zwei zentrale Bezugspunkte gegeben: Schopenhauer und Marx. Die Interpretation der Marxschen Theorie sei stark vom Mitleidsbegriff Schopenhauers geprägt gewesen. Nach außen hin habe Horkheimer große Vorsicht walten lassen, sich nicht zu offensichtlich auf Marx zu beziehen. Vor allem in seinen letzten Lebensjahren sei der öffentliche Bezug auf Schopenhauer stärker geworden, was auch mit einer intensiveren Beschäftigung mit religiösen Motiven einherging. In den Horkheimerschen Notizen werde allerdings deutlich, dass der Bezug auf Marx keineswegs aufgehört habe.

Stephan Grigat ist Magister phil. und promoviert an der Freien Universität Berlin zum Thema »Fetischismus und Emanzipation. Die Marxsche Fetischkritik und ihre Rezeption im 20. Jahrhundert«.

Bei Adorno waren die Bezüge auf Marx in den veröffentlichten Schriften deutlicher als bei Horkheimer. BLANK wies aber darauf hin, dass sich die »Kapital«-Rezeption Adornos vor allem auf die ersten einhundert Seiten des ersten Bandes beschränkte. Tatsächlich ist bei Adorno in der Regel von der Warengesellschaft und vom Warenfetisch die Rede, wohingegen der entwickelte Kapitalbegriff kaum zur Sprache kommt. Mit Bezug auf HANS-GEORG BACKHAUS betonte BLANK jedoch, dass sich in Adornos Werk wichtige Fragestellungen für die Interpretation der Marxschen Kritik finden.

Am heutigen Institut für Sozialforschung gelten Marx und Engels als tote Hunde. Die Kritik der politischen Ökonomie ist dort kein Thema mehr. Forscher wie ALEX DEMIROVIC, die nach wie vor an der Marxschen Kritik interessiert sind und sich auch mit der Marx-Rezeption der Kritischen Theorie auseinandersetzen, vertreten keineswegs den Mainstream am Institut, sondern repräsentieren eine Minderheitenposition. In diesem Zusammenhang wies BLANK nachdrücklich darauf hin, dass es sich schlicht um einen Irrtum handelt, jemanden wie Jürgen Habermas zur Kritischen Theorie zu rechnen. Und in der Tat hat die unkritische Theorie des Positivisten Habermas mit den Intentionen Horkheimers und Adornos nichts mehr gemein.

DIETHARD BEHRENS skizzierte die Marx-Rezeption in der BRD seit den sechziger Jahren und formulierte vor diesem Hintergrund einige Überlegungen zur Methode und zum Gegenstand der Kritik der politischen Ökonomie. Er verdeutlichte, dass es Marx stets um die Kritik der Totalität kapitalistischer Gesellschaften gegangen ist. Wie ist solch eine Totalität jedoch zu fassen? Die Antwort darauf müsse sich in der Methode finden lassen. Anhand der Einleitung zu den »Grundrissen« skizzierte BEHRENS das Verhältnis von Abstraktem und Konkretem, von Einzelem und Allgemeinem in der Marxschen Methode und riss das Verhältnis zu Hegel an.

Bei Marx geht es in der Regel um ein wechselseitiges Hervorbringen, um die vermittelnde Bewegung zwischen zwei Polen. Besonders deutlich wird dies wiederum in der Einleitung zu den »Grundrissen«, wo Marx unter anderem zeigt, dass Produktion und Konsumtion keineswegs unvermittelt nebeneinander existierende Sphären sind, sondern Elemente einer Einheit: »Das Resultat, wozu wir gelangen, ist nicht, dass Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion identisch sind, sondern dass sie alle Glieder einer Totalität bilden, Unterschiede innerhalb einer Einheit. (...) Es findet Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Momenten statt. Dies der Fall bei jedem organischen Ganzen.« (MEW, Bd. 42, S. 34) Vor diesem Hintergrund wies BEHRENS darauf hin, dass bei Marx die Kritik Eingang in die Darstellung gefunden hat und diese Darstellung – wenn auch anders als bei Hegel – dialektisch wird.

In der Diskussion hob BEHRENS hervor, dass es Marx darum geht, an der Ökonomiekritik deutlich zu machen, was Gesell-

schaft ist. Blank betonte, dass es Marx im »Kapital« nicht um eine andere Ökonomie gegangen ist, sondern um die Kritik der ökonomischen Kategorien, die als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse dechiffriert werden sollen. Daraus ergibt sich, dass die von Marx behandelten Kategorien auch keine Allgemeingültigkeit für alle Gesellschaften haben. Allgemeingültigkeit besitzen sie nur in der bürgerlichen Denkungsart. Jede andere Vorstellung würde automatisch auf eine Ontologisierung hinauslaufen. HECKER und BEHRENS verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, dass der Marxismus-Leninismus genau diese Ontologisierung betrieben hat, indem die von Marx kritisierten Kategorien zu überhistorischen Bestimmungen erklärt wurden, während für Marx nur die Tatsache, dass in irgendeiner Form Naturaneignung stattfindet, epochenübergreifend war. Dem ML sei dadurch der Unterschied zwischen klassischer politischer Ökonomie und der Kritik an eben dieser abhanden gekommen.

NADJA RAKOWITZ referierte Auszüge aus ihrer Dissertation über »Einfache Warenproduktion«, die gerade im Freiburger ça ira-Verlag erschienen ist. Einleitend kritisierte sie die Vorstellung, die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie sei einfach die Fortsetzung und Erweiterung der Arbeitswerttheorie Ricardos gewesen. Sie verdeutlichte, dass Ricardo anders als Marx nie nach der Bedingung gefragt hat, wie es überhaupt sein kann, dass Waren einander gleichgesetzt werden.

Während sich die klassische politische Ökonomie vor allem mit der Frage nach der Wertgröße beschäftigt hat, wird bei Marx die Frage nach der Wertform zentral, also die Frage, wie es überhaupt möglich ist, dass x Ware $a = y$ Ware b sein kann. Marx sei es nicht einfach um eine bessere Werttheorie gegangen, sondern um Wertkritik, die sich zunächst einen Begriff davon machen muss, was dieses merkwürdige Ding »Wert« denn eigentlich ist. RAKOWITZ rekapitulierte die Marxschen Bestimmungen von Gebrauchs- und Tauschwert, von konkreter und abstrakter Arbeit und verdeutlichte, dass es sich bei letzterer um ein denknotwendiges Substrat handelt, um Waren vergleichen zu können.

RAKOWITZ erläuterte, dass die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit, die die Wertgröße bestimmen soll, bei Marx eine nicht-empirische Kategorie ist und daher auch nicht real feststellbar. Das Paradoxe, das die Marxsche Kritik zu fassen versucht, besteht darin, dass Arbeit die Substanz des Werts bildet, Arbeit als diese Substanz nicht fixierbar ist, und dennoch eine Quantifizierung stattfindet. Genau dieses Paradox ist das Ausgangsproblem der Marxschen Wertformanalyse.

RAKOWITZ kontrastierte die Marxsche Wertformanalyse mit den Vorstellungen Proudons. Wie Marx wollte Proudon die Ökonomie des Kapitalismus kritisieren und auch abschaffen. Anders als Marx, dem es um die Kritik des Kapitalverhältnisses und damit um die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Totalität ging, zielte Proudons Kritik jedoch nur auf einzelne Aspekte dieser Totalität. Er richtete sich gegen den Zins,

verteidigte aber den Markt, das Geld und die Warenform.

Davon ausgehend charakterisierte RAKOWITZ den Realsozialismus als eine Art Proudhonismus, der unter anderem die Ideale der Französischen Revolution verwirklichen wollte, die in Wirklichkeit nur vor dem Hintergrund des Kapitalverhältnisses zu verstehen seien und daher, so man dieses abschaffen will, mit diesem aufgehoben werden müssten. Marx erscheint so mit seiner Kritik am Proudhonismus als ein weitsichtiger Kritiker des realsozialistischen Gesellschaftsverständnisses.

Das Seminar in Frankfurt bot einen guten Einblick in die Tätigkeit der in der Marx-Gesellschaft arbeitenden und diskutierenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Die Wiederholung derartiger Veranstaltungen wäre wünschenswert, wobei die intensivere Diskussion der in Frankfurt angerissenen Themen einen sehr viel großzügigeren Zeitrahmen erfordern würde.

STEPHAN GRIGAT

ZEITGESCHICHTE ALS POLITISCHE BILDUNG Bausteine zum Nachdenken (II. Halbjahr)

Politische Bildung, die eine erkenntnisreiche Analyse-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit bei komplexen gesellschaftlichen Prozessen unterstützen soll, setzt die motivierende Fähigkeit zu kompetentem strategischem Denken voraus. Unsere Lebenswirklichkeiten sind vielschichtig, widersprüchlich und doch ein Kontinuum aus Geschichte und Gegenwart. Wer allein die scheinbar unumstößlichen Tatsachen, nicht aber auch die Optionen der Vergangenheit sieht, läuft Gefahr, eingübte Strategien konservieren zu wollen. Wo die Vielfalt von Konflikten nicht mitgedacht wird, erscheint die Zukunft allein irrational bedrohlich oder im anderen Extrem als zu bewahrende Fortschreibung des Gegenwärtigen. Ohne optionales Denken kein alternatives Handeln, ohne Geschichtsfähigkeit keine Flexibilität für die Zukunft der Möglichkeiten, die den engen Rahmen des dringend Notwendigen noch immer kreativ überschreiten werden. Politische Bildung braucht auch den Umgang mit Tabu- oder scheinbar überflüssigen Themen, das dialogische Prinzip und die Bereitschaft, auch das noch nie Gedachte in Worte zu fassen bzw. bisher Unausgesprochenes psychologisch gefahrenlos zu artikulieren.

Von dieser Überlegung ausgehend, entstand im Herbst 1999 ein Projekt »Zeit und Geschichte als Potentiale politischer Kultur«. Die Veranstaltungen fanden gemeinsam mit dem Jüdischen Kulturverein Berlin e.V. statt. Dass ein solches Projekt bei sorgamer Vorbereitung, Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit der Referenten und Gesprächsleitenden sehr hohe Teilnehmerzahlen bedeuten würde, war nicht unbedingt absehbar. Die Idee, mit Gesprächsteilnehmern eines großen Altersspektrums die Bereitschaft zum intergenerativen Austausch auf der Grundlage von historischen Ost-West-, mehr noch von politischen und damit persönlichen Biographien zu entwickeln, setzte sich durch. Das geeignete räumliche Ambiente des Jüdischen Kulturvereins Berlin wurde genutzt, der Ort brachte Persönlichkeiten zusammen, die in Berlin ansonsten eher wenig Berührungspunkte haben.

Zusätzlich zu diesem hier vorgestellten Projekt hat Prof. Dr. Rolf Richter das Projekt Akademische Abende konzipiert und mit großem Erfolg durchgeführt. Diese Akademischen Abende umfassen den jeweiligen akademischen Vortrag zu einem (bisher) geschichtsphilosophischen oder historischen Thema,

Irene Runge - Jg. 1942,
Dr. oec., Soziologin und
Publizistin, Vorsitzende
des Jüdischen Kulturvereins
Berlin, wissenschaftliche
Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Als Bausteine für die Idee politisch-zeitgeschichtlicher Aktivierung wurden bisher folgende Themen realisiert:

Der Streit um das Erbe der Rosa L. Oder: das stalinistische Luxemburgismus-Verdikt (Prof. Klaus Kinner)

Englische Botschafter, Snobs, Militärrattachés und Bolschewisten ... Briefe von Harro Schulze-Boysen (Dr. Hans Coppi)

Mit Zeit und Geschichte leben. Oder: Wie zuverlässig sind Erinnerungen? (Dr. Detlev Nakath, Dr. Klaus-Rüdiger Stephan)

Rabin-Gromyko-Barak. Israels historischer Weg zum Frieden (Prof. Theodor Bergmann)

Leo Stern. Manfred Stern (General Emilio Kléber). Brüder. Juden. Kommunisten. Zwei Schicksale zwischen Spanienkrieg, Gulag und DDR. (Dr. Mario Kefler)

Der Kibbutz auf dem Streicher Hof. Die Tatsache der vergessenen jüdischen Kollektivfarmen in Franken zwischen 1945 und 1948. (Jim G. Tobias)

Faschismus - Antifaschismus. Kolloquium zum 70. Geburtstag von Prof. Kurt Pätzold

die Diskussion und werden durch eine Musikdarbeitung umrahmt. Ein Glas Wein und ein kleiner Imbiß sind deutlich kommunikationsfördernd. Des weiteren ist Prof. Richter auf dem Gebiet Rechtsextremismus mit einer Vielzahl politischer Debatten an verschiedenen Orten hervorgetreten. Die Projekte fügen sich, damit das Grundziel bestätigend, zu eigenwilligen Bausteinen politischer Bildung zusammen. Im 2. Halbjahr 2000 wird die Arbeit mit vertiefenden Methoden und in gleichbleibender Form fortgesetzt.

Das Projekt »Zeitgeschichte« beginnt mit zwei Veranstaltungen, die einem Mangel begegnen, der sich zum inhaltlichen Bedürfnis entwickelt hat. Es geht dabei um Fragen der nationalen und ethnischen Identitäten sowie um Konzept der Diaspora. Die Erweiterung des Bildungskonzepts um diese Bausteine dient der Debatte neuer Erkenntnisse, tradierter Normen, stabiler Einstellungen und absehbarer Konfliktpotentiale und politischer wie kulturell-ethischer Lösungsansätze. Der gedankliche Rahmen ist auch mit dem Begriff Wertgeschichte und Toleranzproblematik zu umschreiben.

Was heißt denn eigentlich kurdisch? Über die Ethnizität von Kurden in der europäischen Diaspora (Birgit Amman-Taru)

Was heißt für wen jüdisch? Über die Vielfalt einer religiös, national und historisch selbst- und fremddefinierten globalisierten Bevölkerungsgruppe (Dr. Irene Runge)

Da die öffentliche Debatte zu migrationsspezifischen und ethnisch-nationalen Themen häufig durch aktuelle Ereignisse politisch instrumentalisiert und damit auf einzelne Aspekte reduziert wird, wird durch zunächst zwei Bildungsveranstaltungen ein auch unkonventionell weiterführendes Denken angeregt werden. Die jüdische und kurdische Diaspora weisen, wenn das Selbstbild zugrunde gelegt wird, eine Reihe erstaunlicher Gemeinsamkeiten auf. Judentum wird in Deutschland historisch nachvollziehbar zumeist nur durch den Holocaust definiert. Der moderne jüdische Diskurs über Nation, Religion und Staat Israel bleibt dabei ebenso wie das jüdische Selbstverständnis eher ausgespart. Die kurdische Identität ist vorwiegend als ein politisches Thema bekannt, wobei eine kurdische Selbstbestimmung ohne Belang scheint. Das politische und menschliche Unvermögen, sich ethnischen und nationalen Fragen zuzuwenden, schürt Fehldeutungen bis hin zu Aggression und brutalem Fremdenhaß. Wird ausgeklammert, wie politische, kulturelle, religiöse, ethnische und nationale Aspekte sich überlappen, wie einander ausschließende Identitätsmomente die inhomogenen Realitäten beispielsweise der Angehörigen dieser beiden Völker prägen (was sich für Außenstehende höchst widersprüchlich darstellen kann), versandet der Dialog im Geflecht aus negativen wie positiven Klischees und Vorurteilen. Das Fremdbild des Anderen ist seinem Selbstbild nicht nur nicht kompatibel, sondern die sachliche Analyse und Toleranz gegenüber dem vielleicht Unverständlichen (Irrationalen) wird eingeschränkt. Die kulturelle und politische Handlungsfähigkeit nimmt Schaden.

Der Baustein des Ethnisch-Nationalen und seiner politischen Dimensionen findet eine nächste Ebene in Veranstaltungen, die sich der Biographien politisch bedeutsamer Persönlichkeiten bzw. von Persönlichkeiten annehmen, die zeithistorische Prozesse begleiten oder bezeugen.

Angela Davis – Eine Legende lebt. Film und Diskussion (Ingeborg Weber)

Die Black Power Bewegung, die Aufhebung der Rassenschranken in den USA sind mit dem Namen von Angela Davis verbunden, es geht um schwarzes Selbstbewußtsein, das us-amerikanische Konzept eines Vielvölkergemischs als Theorie und die praktische Politik der letzten Jahrzehnte. Anfang November finden in den USA die Präsidentschaftswahlen statt. Angela Davis, fast eine Legende des Kampfes gegen Rassendiskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Minderheiten, ist heute in San Francisco Dozentin für Philosophie, Ästhetik und Frauenfragen und hat sie sich der Reform des us-amerikanischen Strafvollzugsystems verschrieben – als Lehrerin, Wissenschaftlerin und Autorin.

»Kristallnacht« oder Novemberpogrom? Das historische Geschehen und das

Verweilen der Erinnerungen. (Prof. Brumlik, Dr. Fichter, N.N. und Zeitzeugen)

Vor 62 Jahren wurde in ganz Deutschland eine zuvor kaum vorstellbare Unumkehrbarkeit des rassistischen Kurses der Staatsmacht und eines großen Teils ihrer Bevölkerung deutlich. Das Kolloquium soll anhand der Tatsachen die historische Verantwortung und auch die nachfolgenden Umdeutungen des damaligen Geschehens zur Diskussion stellen. Es knüpft an die vorangegangenen Veranstaltungen an, thematisiert politisches Denken als Zeitgeschichte und Zeitgeschichte als Folge politischen Denkens und ist von daher als Zwischenbilanz des Projekts zu Fragen der Zeitgeschichte gedacht.

Die Zaires und die Voigts – Eine schwarz-weiße Familiengeschichte. Filmbeitrag, Lesung, Diskussion mit der Filmemacherin und Autorin Ingeborg Weber.

Namibia, von 1884 bis 1915 unter dem Namen Deutsch-Südwest Teil deutscher Kolonialgeschichte, leidet bis heute an Folgen der damaligen Vertreibung der schwarzen Völker von ihren Ländereien. Die Bundesrepublik wurde 1990 zu Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von rund 1,8 Milliarden DM aufgefordert. Unter dem Stichwort reconciliation (Versöhnung zwischen Unterdrückern und Unterdrückten) werden auch die Folgen der Apartheid ab- und das Land (u. a. mit deutschen Geldern) aufgebaut. Der politische Dokumentarfilm dokumentiert das Ringen einer Herero-Familie im Gebiet Voigtland (nach der deutschen Familie Voigt benannt, die seit 1895 hier, also auf Herero-Land siedelt) mit den deutschen Voigt-Nachfahren, die diesen Raum ebenfalls als Heimat bezeichnen.

Dr. IRENE RUNGE

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,
wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY † und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF

Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)

E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM